

Nein zu einem Krieg zwischen Indien und Pakistan!

Revolutionary Socialist Movement, 3. März 2019, Infomail 1044, 5. März 2019

Die Spannungen zwischen Indien und Pakistan erreichten Ende Februar dieses Jahres einen dramatischen Höhepunkt.

Am 26. Februar ließ die indische Luftwaffe verlauten, sie habe ein Trainingslager in Balakot in Pakistan angegriffen. Diese Luftschläge waren die ersten auf Ziele jenseits der Kontrolllinie, die seit dem Krieg zwischen den beiden Ländern im Jahr 1971 in die Wege geleitet wurden. Auf einer Pressekonferenz erklärte der indische Außenminister Vijay Gokhale, dass bei den Angriffen eine „große Anzahl“ von „militanten TerroristInnen“, darunter KommandantInnen, getötet und zivile Opfer vermieden worden wären.

Pakistan widersprach dieser Darstellung. Der Generaldirektor der „Inter Services Public-Relations (Presseagentur der Gesamtstreitkräfte)“ (ISPR) der militärischen Institutionen des Landes gab bekannt, dass „indische Flugzeuge aus dem Sektor Muzaffarabad eingedrungen seien. Angesichts der rechtzeitigen und wirksamen Reaktion der pakistanischen

Luftwaffe haben sie auf der Flucht in Eile Last abgeworfen, die in der Nähe von Balakot fiel. Keine Verluste oder Schäden.“

Als Reaktion darauf schoss die pakistanische Luftwaffe zwei indische Flugzeuge im pakistanischen Luftraum ab. Eines der Flugzeuge stürzte in Asad Jammu und Kaschmir (teilautonomes pakistanisches Gebiet in der zwischen Indien und Pakistan umstrittenen Region Kaschmir) ab, das andere auf der indischen Seite von Kaschmir. Ein Pilot wurde verhaftet.

Beide Seiten setzten ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft. Eine weitere Eskalation zwischen den beiden atomar bewaffneten Regionalmächten stellte eindeutig eine echte Bedrohung dar. Auch wenn die Regierungen und herrschenden Klassen einen Krieg nicht gewollt oder gar vermieden haben wollten, könnten das Aufkommen nationalistischer Rhetorik auf beiden Seiten, die gegenseitige Androhung von Vergeltungsmaßnahmen und die inneren Widersprüche, die beide Länder heimsuchen, zu einer weiteren Eskalation und einer Ausbreitung des Krieges weit über Kaschmir hinaus geführt haben. Die militärischen Auseinandersetzungen in der Grenzregion dauern an. Der Luftraum über Pakistan und Nordindien wurde für einige Tage für zivile Flüge gesperrt.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Ländern sind selbst ein deutlicher Ausdruck der aktuellen internationalen Situation und des Kampfes um eine Neuaufteilung der Welt. Vorerst wollen alle imperialistischen AkteurInnen der Welt, die USA, China, die EU und Russland, eine weitere Eskalation in dieser Region vermeiden, die eindeutig dramatische globale Folgen hätte. Russland bot der indischen Regierung eine Vermittlung an. China und Russland wollen natürlich aus wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen eine weitere Eskalation zwischen den beiden Staaten verhindern. Ebenso wollen die USA und die europäischen Mächte verhindern, dass die Spannungen außer Kontrolle geraten.

Diese Faktoren haben einen großen Einfluss auf die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte in Indien und Pakistan. Aber wie der jüngste Konflikt gezeigt hat, sind sie bereit, mit dem Feuer zu spielen. Nicht zuletzt deshalb, weil die inneren Widersprüche in beiden Ländern den Nationalismus und damit die nationalistischen Bedrohungen zu einem fast klassischen Mittel machen, um die Unterstützung der Bevölkerung zu sammeln und die Aufmerksamkeit von der inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krise und dem Widerstand abzulenken. So kann zwar die unmittelbare Gefahr eines Krieges zwischen Indien und Pakistan für den Moment ausgeglichen werden, aber

die Ursachen der Krise werden sich keineswegs in Luft auflösen.

Die wahren Opfer – das kaschmirische Volk

Die wahren Opfer des historischen Konflikts zwischen Pakistan und Indien und der zunehmenden Spannungen stellt eindeutig das kaschmirische Volk.

Der indische Staat täuscht die Welt (und seine eigene Bevölkerung), indem er die Wurzeln des Konflikts als eine zwischen einem „demokratischen Staat“ und „TerroristInnen“ darstellt, als ob der Selbstmordanschlag islamistischer Kräfte am 14. Februar ein Einzelfall wäre, der ohne Bezug auf die Besetzung Kaschmirs durch Indien seit der Teilung verstanden werden könnte.

Die indische Armee hat Kaschmir den Krieg aufgezwungen. Tausende von Kaschmiris wurden getötet, verletzt, sind verschwunden und verhaftet. Frauen und Männer wurden vergewaltigt und sexuell missbraucht. Gummigeschossgewehre wurden gegen DemonstrantInnen eingesetzt, die Kinder, Frauen und Jugendliche verletzen und erblinden lassen. Seit Jahrzehnten sind die Menschen mit der einschüchternden und terrorisierenden Präsenz der Waffen des Militärs rund um

ihre Häuser und den täglichen Demütigungen von Übergriffen, Missbrauch und Schikanen durch das Militär konfrontiert. Nichts davon demobilisierte jedoch die politische studentische und Jugendbewegung, deren Widerstand gegen die indische Besatzung sogar Sympathie in Indien und international hervorrief.

Die indische Armee wurde durch den anhaltenden Widerstand und den Angriff im Pulwama-Bezirk vom Februar (siehe oben), bei dem ein islamistischer Selbstmordanschlag auf einen Armeekonvoi in Kaschmir mehr als 40 Mitglieder der Spezialpolizei tötete, frustriert und demoralisiert. Dies wurde zum Vorwand genommen, um die Angriffe auszuweiten und militärische Macht zu demonstrieren, indem Balakot in Pakistans Provinz Khyber Pakhtunkhwa (von 1901 bis 2010: Nordwestliche Grenzprovinz) bombardiert wurde.

Pakistan schoss indische Flugzeuge als Vergeltung ab und nahm einen Piloten gefangen. Der Premierminister des Landes, Imran Khan, bot dann Gespräche und Frieden an. Der Pilot wurde freigelassen und am 1. März als Geste des guten Willens an Indien übergeben. Dies zeigt einerseits die Schwäche und Isolation des pakistanischen Staates, andererseits hofft er, durch dieses Manöver sowohl regional als auch global zu profitieren. Viele aus der pakistanischen Linken lobten dies und unterstützten den taktischen Zug der

Regierung, was ihr einen linken Deckmantel verlieh. Das ist nicht nur unehrlich, es ist auch selbstzerstörerisch. Wenn es nicht gelingt, die ganze Heuchelei des pakistanischen Staates aufzudecken, wenn nicht auf die Verletzung und Verweigerung der demokratischen Rechte für die belutschischen, paschtunischen, sindhschen und muhajirischen Völker und Nationalitäten innerhalb Pakistans verwiesen wird, spielt dies den ZynikerInnen der Regierung in die Hände, die sich als rationale „VerteidigerInnen der Nation“ oder des kaschmirischen Volkes präsentieren.

In Wirklichkeit hat nicht nur Indien, sondern auch Pakistan dem kaschmirischen Volk das Recht verweigert, über das Schicksal seines eigenen Landes zu entscheiden. Kein Wunder, dass die Kaschmiris mit der pakistanischen Art der Kontrolle und Plünderung ihrer Ressourcen nicht zufrieden sind. Tatsächlich ist Pakistan bestrebt, den kaschmirischen nationalen Kampf entlang religiöser Spaltungslinien auseinanderzudividieren und ihn dadurch zu schädigen, mit der Absicht, ihn zu einem Werkzeug im Kampf um die regionale Macht zu machen.

Wir SozialistInnen sind gegen diesen Krieg. Die ArbeiterInnen, die Jugendlichen, die Volksmassen Indiens und Pakistans dürfen sich nicht zu Werkzeugen in den Auseinandersetzungen zwischen den

nationalistischen bürgerlichen FührerInnen machen lassen. Ein Krieg würde nur den Kapitalistinnen und den herrschenden Eliten dienen. Gleichzeitig dürfen wir, so sehr wir uns einem solchen Krieg widersetzen, die so genannte „Friedenspolitik“ dieser Regierungen nicht anerkennen. Sie ist nur ein Mittel, um ihre Klasseninteressen als Formen der „nationalen Verteidigung“ darzustellen.

Um der Region echten Frieden zu bringen, müssen wir, die pakistanischen und indischen Linken, ArbeiterInnen, Jugendlichen und alle Unterdrückten, uns mit dem kaschmirischen Volk solidarisieren. Die kaschmirische Bevölkerung ist es, die seit Jahrzehnten mit den Folgen von Besetzungs- und Machtkonflikten zwischen Indien und Pakistan konfrontiert ist. Die jüngste Verschärfung der Spannungen und die Situation, in der sich die einfachen Kaschmiris auf beiden Seiten der Kontrolllinie befinden, zeigen dies. Eine militärische Eskalation zwischen Indien und Pakistan könnte ihr ganzes Land zerstören und es zu einem blutigen Kampfplatz machen.

Ohne den Abzug der indischen und pakistanischen Armeen aus Kaschmir wird es keinen Frieden auf dem Subkontinent geben. Ohne dies können die Kaschmiri über ihr Schicksal nicht frei entscheiden, ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben.

Während wir das Recht der Guerillas, sich den Besatzungskräften zu widersetzen, anerkennen und verteidigen, schlagen wir eine andere politische Strategie vor: eine Strategie der Klassensolidarität und des gemeinsamen Kampfes, um die indische und pakistanische ArbeiterInnenklasse für die Auseinandersetzung um das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu gewinnen. Wir treten für einen massenhaften Kampf der ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen und Armen ein und verbinden den Kampf um Selbstbestimmung mit dem für eine sozialistische Zukunft. Es ist die Pflicht jedes/r SozialistIn in Indien und Pakistan, den kaschmirischen Kampf für Unabhängigkeit zu unterstützen und ihn mit dem gegen imperialistische Ausbeutung und für eine sozialistische Konföderation Südasiens zu verbinden.

Die Ukraine und die Verwirrung des trotzkistischen Zentrismus

Martin Suchanek, Revolutionärer Marxismus 46, Oktober 2014

Umbruch- und Krisenperioden des Kapitalismus als Weltsystem werfen immer auch neue Schlüsselfragen auf, die als politische Richtschnur für eine ganze Generation gelten können.

Die Entwicklungen in der Ukraine gehören zweifellos dazu. Sie stellen politische Kräfte auf die Probe, unterziehen ihre Politik einem grundlegenden Test. Betrachten wir die Ereignisse seit Ende 2013, so müssen wir feststellen, dass der größte Teil der Linken – zumal der in den deutschsprachigen Ländern – hier kläglich versagt hat.

Ein besonders beschämendes Bild haben dabei viele Organisationen abgegeben, die aus dem Trotzismus hervorgegangen sind, wie z.B. die „Vierte Internationale“ oder Marx 21. Angesichts des aggressiven Kurses des US-amerikanischen wie auch des deutschen Imperialismus und der EU haben sich diese Linken als unfähig erwiesen, dieser Offensive – insbesondere auch der eigenen herrschenden Klasse – etwas entgegenzusetzen. Im Gegenteil, sie haben sich, wie wir sehen werden, über weite Strecken der Offensive angepasst.

Der Maidan

Heute können wir recht deutlich erkennen, dass die sog. „demokratische“ Bewegung des Maidan mit dem Sturz von Janukowytsch zur Errichtung einer erz-reaktionären Koalition aus Monopolkapital (Oligarchen), Neo-Liberalen und Faschisten führte. Diese Regierung beließ es bekanntlich nicht bei Worten, sondern überließ Faschisten Teile des Staatsapparates, ermutigte und deckte Massaker an Oppositionellen – am bekanntesten das von Odessa – und hat jede ernsthafte politische Opposition und Linke de facto in die Illegalität getrieben.

Eine so große Kunst war es natürlich auch Ende 2013 und Anfang 2014 nicht, das zu erkennen.

Ursprünglich hatten sich die Proteste am Maidan gegen die Entscheidung der Regierung Janukowytsch formiert, das Assoziierungsabkommen mit der EU doch noch nicht im November 2013 zu unterzeichnen, sondern weitere Verhandlungen einzufordern. Das Abkommen sah nicht nur eine engere

politische und wirtschaftliche Bindung an die EU, freien Zugang für west-europäisches Kapital, massive Kürzungen sozialer Leistungen und Streichung von Subventionen – also allesamt riesige Einschnitte für die Lohnabhängigen und Bauern des Landes – vor. Es beinhaltete auch eine engere militärische Kooperation mit der NATO.

Zweifellos bildeten die prekäre soziale Lage der Gesellschaft, der enorme Gegensatz zu einer kleinen, superreichen Schicht von Monopolkapitalisten (Oligarchen), der Niedergang der Arbeiterklasse, extrem geringe Einkommen (selbst verglichen mit Russland und Polen) wie die drohende oder schon faktische Deklassierung des Kleinbürgertums und der Mittelschichten den sozialen Hintergrund der Bewegung gegen Janukowitsch und des „Maidan“. Dazu kamen noch der faktische Staatsbankrott, der drohende Verfall der Währung, was zur zweifelhaften Alternative führte, sich entweder zu den Bedingungen des IWF, der EU, der USA oder zu denen Russlands weiter zu verschulden.

Hinzu kommt, dass von Beginn an klar war, dass das EU-Assoziierungsabkommen klar zu einer stärkeren Westbindung führen sollte. Das bedeutete nicht nur eine Fortsetzung der US-amerikanischen und EU-betriebenen Politik eines immer weiteren Vordringens von EU und NATO an die Grenzen Russlands, sondern hatte auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene auch eine extreme Auswirkung für die Industrie, den Bergbau, ja generell die Wirtschaft des Südens und Ostens des Landes. Es war von Beginn an klar, dass das EU-Assoziierungsabkommen nicht nur die wirtschaftlichen Bindungen zu Russland schwächen würde, sondern auch die Betriebe in den östlichen Bezirken wie Lugansk, Donezk, Charkow der überlegenen Konkurrenz der deutschen, US-amerikanischen und anderer westlicher Unternehmen aussetzen würde – und damit nicht nur den Ruin dieser Unternehmen, sondern auch eine weitgehende Zerstörung der Arbeiterklasse im Osten des Landes mit sich bringen würde.

Es war daher kein Zufall, dass der Maidan von Beginn an keine landesweite, sondern v.a. eine Bewegung in den ukrainisch-

sprachigen Teilen war. Zweitens war der ukrainische Nationalismus von Beginn an das ideologische Bindglied, das die Bewegung gegen die Regierung Jankowitsch zusammenhielt.

Der zweifellos vorhandene soziale Unmut machte sich keineswegs in konkreten sozialen oder gar klassenspezifischen Forderungen – geschweige denn in einer Infragestellung des Privateigentums Luft. Vielmehr waren sie allenfalls diffus populistisch – gegen die Korruption gerichtet. Selbst das System der Oligarchen wurde nur in einer höchst einseitigen Weise – nämlich als jenes der wirklich oder vermeintlich pro-russischen Fraktion – angegriffen. Das hatte zur Folge, dass von Beginn an die Bewegung von Teilen des Kapitals gelenkt und finanziert wurde. Nicht zuletzt war der zum damaligen Zeitpunkt politisch „unabhängige“ (also keiner bürgerlichen Partei angehörige) Poroschenko einer der Hauptfinanziers des Maidan.

Ein weiteres Kennzeichen der Bewegung war, dass von Beginn an eine Allianz aus Vaterlandspartei, UDAR und der faschistischen Swoboda die „Sprecher“ der Bewegung (Jazenjuk, Klitschko, Tjahnybok) stellte. Wenn das in Frage gestellt wurde, dann nur von rechts, nämlich als die drei einen von der EU vermittelten Deal zur schrittweisen und kontrollierten Machtübergabe dem Maidan und seinen faschistischen und rechtsradikalen Kommandeuren nicht vermitteln konnten oder wollten.

Neben diesem Triumvirat traten außerdem von Beginn an imperialistische Scharfmacher wie der Neokonservative McCain oder Elmar Brock (CDU) auf.

Ende 2013 schien die Bewegung nach einigen größeren Demonstrationen dennoch abzuflauen.

“Es schien so, als würden die Demonstrationen an Zahl und Kraft verlieren. Die ‚demokratische‘ Opposition um die ‚pro-europäischen‘ Kräfte UDAR und die ‚Vaterlandspartei‘ sowie die faschistische Swoboda waren tatsächlich nicht in der Lage, die

Dynamik der ersten Tage aufrecht zu erhalten. Angekündigte „Generalstreiks“ stießen nicht auf die erhoffte Resonanz, etliche angekündigte Großdemonstrationen mussten sogar verschoben werden.

Die Regierung Janukowytsch überspannte dann jedoch den Bogen. Sie verschärfte das ohnehin schon extrem eingeschränkte Demonstrationsrecht Mitte Januar 2014 und begann, gegen die DemonstrantInnen in Kiew vorzugehen, die weiter den zentralen Maidan-Platz besetzt hielten. Die brutalen Räumungsversuche scheiterten und verfehlten ihren Zweck gänzlich. Die gefürchtete Sondereinheit „Berkut“ hinterließ massenhaft Verletzte, misshandelte Festgenommene auf unmenschliche Art und tötete mindestens 3, womöglich sogar 6 DemonstratInnen.

Sie vermochte nicht, mit repressiven Mitteln die Protestbewegung zu brechen. Eine Staatsmacht freilich, die auf eine Verschärfung der Unterdrückung setzt, verliert im Falle ihres Scheiterns nicht nur weiter an Legitimität in den Augen der Bevölkerung – sie wird auch nicht mehr gefürchtet.

Seither befindet sich Janukowytsch in der politischen Defensive. Den Oppositionsführern Klitschko, Jazenjuk und Tjahnybok bot er die Rücknahme der Gesetzesverschärfungen vom Januar, die Freilassung hunderter Gefangener sowie die Übernahme des Premierministerpostens an. In der Parlamentssitzung am 28. Januar trat Regierungschef Asarow zurück. Die Einschränkungen des Demonstrationsrechts wurden nach zwei Wochen wieder zurückgenommen.“ (1)

Die darauf folgenden Wochen waren die des Endes der Janukowytsch-Regierung. Er hatte die Initiative und auch das „Vertrauen“ der herrschenden Klasse, der Partei der Regionen und wohl auch des russischen Imperialismus verloren. Das erneute Erstarken der Bewegung hatte aber auch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zur Folge.

Auch wenn die Faschisten um Swoboda und den Rechten Sektor

nicht die Mehrheit der Maidan-Leute stellen mochten, so wurden sie mehr und mehr zur führenden Kampfkraft, die den Takt vorgab.

In Kiew begann die Opposition praktisch schon vor dem Sturz von Janukowytsch die Kontrolle der öffentlichen Plätze zu übernehmen, ebenso in einigen Bezirken und Städten der West- und Zentralukraine. Am leichtesten war das, wo Swoboda ohnedies schon die Bürgermeister oder Gouverneure stellte. Die dortigen Polizeieinheiten liefen entweder zu den Rechten über (sofern sie nicht ohnedies schon von ihnen kontrolliert waren), wurden gesäubert und durch Faschisten und Nationalisten ersetzt.

Aus dieser ländlichen Reserve wurden auch reihenweise AktivistInnen des Maidan rekrutiert und deren Transport nach Kiew organisiert.

Die Faschisten drängten auf den gewaltsamen Sturz der Regierung, auf einen rechten Putsch, der eine anti-russische, nationalistische Regierung an die Macht bringen sollte, die sie weitertreiben konnten.

Ihr Pfund war dabei, dass sie die bewaffneten Einheiten und Kampftruppen des Maidan dominierten und auch mehr und mehr den ideologischen Takt (mit)bestimmten.

„Janukowytsch wollte in der vergangenen Woche die verfahrenere Situation durch die gewaltsame Zerschlagung der Platzbesetzung beenden. Doch dieser verzweifelte Akt blieb wirkungslos, weil er nicht auf eine unbewaffnete Menge, sondern auf wohl organisierte und bewaffnete faschistische Banden traf, die schnell die Polizei aus ihren Stellungen vertreiben konnten. Das provozierte ein regelrechtes Feuergefecht mit Dutzenden Toten auf beiden Seiten. Danach konnten die Faschisten, die ihren ‚Blutzoll‘ entrichtet hatten, von den formalen Führern der Opposition nicht mehr gezügelt werden.“

Von daher kam der Versuch der EU, einen Kompromiss für eine

einheitliche nationale Regierung zu schließen, zu spät. Als Oppositionsführer von der Bühne des Maidan-Platzes aus einen solchen Kompromiss verkünden wollten, wurden sie ausgepiffen. Die Milizen weigerten sich nicht nur, ihre Waffen abzugeben, sondern stellten sogar ein Ultimatum, dass Janukowytsch bis Sonnabend Mittag zurücktreten müsse oder sie würden ihn gewaltsam aus dem Amt jagen. Ihre Drohung brauchten sie jedoch gar nicht erst wahr zu machen, denn Janukowytsch floh bereits am nächsten Morgen und die Sicherheitskräfte waren aus den Straßen der Hauptstadt abgezogen.” (2)

Und weiter: “Am Freitag, dem 21. Februar, hatten die Euro-Maidan-Kräfte das Regierungsgebäude in Kiew eingenommen, während in Lwow im westlichen Landesteil die regionalen Behörden und die Polizei zu den Rebellen übergegangen waren und rechtsradikale Aktivisten und Polizeieinheiten in die Hauptstadt entsandt worden waren, um den Präsidenten zu stürzen. Nachdem er daran gehindert worden war, nach Russland zu fliehen, zog sich Janukowytsch am 22.2. angeblich in die zweitgrößte Stadt Charkow im Osten des Landes zurück. Am folgenden Tag stimmte das von faschistischen Banden und rebellierenden Polizeioffizieren ‚bewachte‘ Parlament, in dem ein Drittel der Abgeordneten fehlte, einstimmig für die Amtsenthebung von Janukowytsch.” (3)

All das zeigt, dass es mehr als gerechtfertigt war, in der Ukraine von einem Putsch zu sprechen. Auch wenn die Faschisten am Maidan eine treibende Kraft waren, war die neue Regierung sicher keine faschistische, sondern die Ultrarechten waren „nur“ eine Hilfskraft für die bürgerliche Regierung der Monopolkapitalisten.

Der Maidan-Putsch brachte dazu noch eine weitere wichtige Kräfteverschiebung. Nicht nur die „Straße“ war gegen den von der EU ausgehandelten Kompromiss mit Janukowytsch gewesen – auch die USA zogen einen gewaltsamen Sturz der Regierung letztlich vor. Die EU unter Steinmeier war zwar auch für die Inthronisation einer pro-westlichen Regierung, hätte aber

vorgezogen, das mit dem zähneknirschenden „Einvernehmen“ Russlands zu inszenieren, um erstens ihre wirtschaftlichen Interessen weiter uneingeschränkt verfolgen zu können und zweitens um sich Russland auch als „Partner“ im innerimperialistischen Ringen offen zu halten.

Für die USA war die Konfrontation auch willkommene Gelegenheit, nicht nur Russland weiter zurückzudrängen, sondern auch die „Partnerschaft“ von Deutschland und Russland dauerhaft zu unterminieren, wenn nicht zu zerstören. Weder die neue Regierung unter dem US-Verbündeten Jazenjuk noch die Faschisten ließen es an Deutlichkeit missen, worum es ihnen nach dem erfolgreichen Putsch gehen sollte.

Jazenjuk kündigte an, möglichst rasch der EU beitreten, in jedem Fall jedoch das Assoziationsabkommen unterzeichnen zu wollen. Die Hilfgelder der Freunde aus dem Westen und Kredite vom IWF sollten durch drakonische Angriffe auf die Arbeiterklasse bezahlt werden. Der ukrainische Nationalismus zeigte seine ganze reaktionäre Fratze, also in einem „Akt des Überschwangs“, wie es später hieß, Russisch (und andere Sprachen nationaler Minderheiten) als Amtssprachen abgeschafft wurden.

Die Regierung bestätigte damit nur alle Befürchtungen, dass ihr ukrainischer Nationalismus keine leeren Worte, sondern v.a. Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Bevölkerung und einer forcierten Unterdrückung der russischsprachigen Teile des Landes waren und sind. Im Osten der Ukraine wurden von der Regierung die alten Gouverneure und Bürgermeister wichtiger Städte ausgetauscht oder zur Unterstützung des Umsturzes und zum Vorgehen gegen die GegnerInnen des Maidan gezwungen.

Dass die Faschisten mit den „Feinden“ abrechnen wollten, war für jeden, der nur etwas sehen kann, auch schon vor dem Massaker von Odessa klar. Für Linke, für die KP, für die Gewerkschaften (außer den von Oligarchen kontrollierten sog.

„Unabhängigen“) war es Schluss mit jeglicher politischer Freiheit (sofern diese nicht schon zuvor von den Schutztruppen des Maidan praktisch vernichtet worden war).

Alle Ereignisse seither bestätigen die Einschätzung Charakters der Regierung wie der Massenbewegung des Maidan, die sie an die Macht gespült hatte, als reaktionär.

Der angebliche „Doppelcharakter des Maidan“

Anders freilich für einige zentristische „Analytiker“. Fast einen Monat nach (!) der Inthronisierung der Koalition von Oligarchen, Neoliberalen und Faschisten veröffentlicht Marx 21 unter dem Titel *„Weder Brüssel noch Moskau“* Thesen von Stefan Bornost und Yaak Pabst: *„Die jetzt gebildete Übergangsregierung in der Ukraine wird die Krise nicht entschärfen. Ihr Programm von sozialen Angriffen wird sie in Widerspruch zur Bevölkerung bringen.“*

Nach dem Sturz Janukowytschs liegt die Macht jetzt in den Händen der „Vaterlandspartei“ von Julia Timoschenko. Sie hat momentan die Unterstützung substanzieller Teile der Eliten, die sich eine Stabilisierung der Situation ohne Eingriffe in ihre Pfründe wünschen. Offensichtlich sind die Spitzen der „Vaterlandspartei“ bereit, ihre Macht mit Hilfe der extremen Rechten abzusichern. Der neue Innenminister Arsen Avakow hat angekündigt, Repräsentanten des sogenannten „Rechten Sektors“, eines Verbundes von Nazi-Organisationen, in das Innenministerium zu holen. Das ist eine gefährliche Situation für die ukrainische Linke.

Dennoch ist es verfrüht, in der Regierungsbildung den Endpunkt der Bewegung zu sehen. Denn die Maidan-Bewegung ist bei aller Widersprüchlichkeit keine Bewegung für den Austausch einer Fraktion der herrschenden Klasse durch eine andere gewesen. Im Gegenteil: Die Maidan-Proteste teilten ein Element der Platzbesetzungen, wie wir sie in den letzten Jahren in

Spanien, Griechenland und anderswo gesehen haben: Ein starkes Misstrauen gegen die Eliten und die institutionalisierte Politik. Dieses Misstrauen gilt, völlig zu Recht, auch der Opposition. Nelia Vakhovska, die Projektkoordinatorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kiew, beschreibt treffend: „Die Besonderheit der ukrainischen Proteste besteht darin, dass sie sich grundsätzlich von der Parteipolitik abgegrenzt haben. Parteipolitik liegt für viele Protestteilnehmer jenseits der Grenze zum Schmutzigen und Unzuverlässigen. Und sobald ein Sympathieträger von einer Seite auf die andere wechselt, verliert er an Sympathien. Zum Beispiel Klitschko: Er hat erheblich an Sympathien verloren, seitdem er in die große Politik eingestiegen ist. Und über Timoschenko macht man sich sogar lustig: Da kommt sie aus der Krankenhaushaft und versucht, das alte Spiel fortzusetzen, hält eine sehr emotionale Rede und erhebt klare Ansprüche auf die Präsidentschaft oder eine andere Führungsposition. Das ist sehr schlecht angekommen.“ (4)

Diese Passagen verdeutlichen die Oberflächlichkeit und Kurzsichtigkeit, mit der die Lage in der Ukraine zum damaligen wie heutigen Zeitpunkt verharmlost wurde und wird.

So wird darauf verwiesen, dass sich die Menschen auch über bürgerliche Politiker lustig machen. Wenn das als Beleg für die Existenz einer „Bewegung“ herhalten soll, die auch noch fortschrittlich sein soll, dann ist es fast unmöglich, dass eine solche Bewegung nicht existiert.

Der Vergleich mit den „Platzbesetzungen“ in Spanien usw. offenbart gleich mehrere Probleme der Einschätzung.

Erstens wurden die Bewegungen in Spanien, Griechenland oder Blockupy in den USA offenkundig nicht von Elmar Brock und McCain besucht. Diese „Platzbesetzungen“ selbst waren natürlich auch widersprüchliche, ihrem Klassencharakter nach kleinbürgerliche Massenbewegungen, die verschiedene Schichten der von der Krise Betroffenen gegen die bürgerlichen

Regierungen und Sparprogramme unter dem Banner sozialer Forderungen, aber auch klassenübergreifender Formeln wie „echter Demokratie“ oder utopischer Konzepte formierten. Sie waren trotz aller Schwächen jedoch progressive Massenbewegungen, weil sie sich gegen zentrale Angriffe der herrschenden Klasse und die Abwälzung der Krise auf die Ausgebeuteten und Unterdrückten richteten.

Der kleinbürgerliche Charakter zeigte sich aber auch in politisch höchst problematischen, ja reaktionären Momenten, die Bornost und Pabst aber anscheinend für eine Errungenschaft halten: die grundsätzliche Ablehnung von Parteipolitik – und damit verbunden ein „Apolitizismus“.

In Wirklichkeit war und ist diese „Ablehnung“ – so nachvollziehbar sie angesichts der Politik etablierter Parteien einschließlich vieler sozialdemokratischer oder vorgeblich „linker“ auch sein mag – ein Einfallstor für Populismus und Demagogie.

Es ist kein Zufall, dass dieser „Antipolitizismus“ in Griechenland am wenigsten ausgeprägt und am kurzlebigsten war, weil die dortige Arbeiterbewegung – vertreten durch das zentristische Bündnis Antarzia und die reformistische Syriza – in den Kämpfen gegen die Regierung Samaras und in Verteidigung des Syntagma eine politische Vorherrschaft erringen konnte. Sie konnten gegen die Bullen beweisen, dass sie in der Lage waren, die Massen besser zu verteidigen als die organisations- und parteifeindlichen Ideologen und WortführerInnen des „Antipolitischen“.

Griechenland zeigt, dass es durchaus möglich ist, dass sich organisierte Linke gegen diese kleinbürgerlichen Ideologien durchsetzen können. Es ist aber in jedem Fall notwendig, dass RevolutionärInnen klar erkennen und aussprechen, dass hinter dem prinzipiellen Ablehnen von Parteipolitik immer auch die prinzipielle Ablehnung von Klassenpolitik steht. Diese Ideologie ist immer gefährlich. Beim Maidan verdeutlicht sie

aber – anders als bei den Platzbesetzungen in Madrid, Athen oder New York – nicht die Unreife und politische Rückständigkeit einer fortschrittlichen Bewegung, die es nach vorwärts zu treiben und für eine Klassenpolitik zu gewinnen gilt.

Beim Maidan ist das Gerede von der Ablehnung der „Parteipolitik“ nur der beschönigende Ausdruck für das Vorherrschen reaktionärer Ideen einer kleinbürgerlichen Bewegung. Der deutlichste Ausdruck dafür ist der ukrainische Nationalismus, das inszenierte gemeinsame Absingen der Hymne, der Ehrung der Ukraine samt ihrer nazistischen Helden wie Bandera.

Das Beispiel des Maidan zeigt außerdem auch, dass es keine Bewegung gibt und auch nicht geben kann, die nicht die Interessen bestimmter Klassen bündelt oder zum Ausdruck bringt. Der Maidan war politisch von einem Block dominiert, der drei unterschiedliche Klassen beinhaltet:

a) den westlichen Imperialismus (die Bourgeoisie der USA, der BRD und anderer), die seit Jahren an der „Demokratiebewegung“ gearbeitet hatten. Die USA soll lt. Nuland rund 5 Milliarden Dollar investiert haben. Die BRD hat über die Adenauerstiftung gleich eine eigene Partei, Klitschkos UDAR, geschaffen.

b) Teile der ukrainischen Oligarchie. Diese waren von Beginn an dominierend bei der Organisation der Bewegung vertreten, vor allem über die „Vaterlandspartei“, aber auch „unabhängige“ Oligarchen wie Poroschenko, die wirkliche, präsidiale Inkarnation der Ablehnung der „Parteipolitik“.

c) Die kleinbürgerlich-reaktionären faschistischen Parteien/Bewegungen Sowoda und „Rechter Sektor“. Sie repräsentierten die unter Druck geratenen, „zu kurz gekommenen“ Teile von kleineren Kapitalisten, Selbstständigen, Kleinbürgern aller Art, der Landbevölkerung sowie deklassierte Schichten, die ins Lumpenproletariat abgesunken sind oder

abzusinken drohen.

Letztere Kraft war unter den Massen zunehmend stärker als die Oligarchie. Die Imperialisten hatten natürlich nur „indirekt“ Zugriff. Aber die Betrachtung dieser sozialen Kräfte zeigt viel deutlicher, wer den Maidan hinter allem Brimborium von „Hass auf Parteien“ wirklich dominierte. Wenn sich an der Dominanz etwas verschob, so nur das Gewicht innerhalb dieser Kräfte.

Bornhorst und Yaak umgehen diese Frage vollkommen, indem sie einfach nur behaupten, dass der Maidan eine „Bewegung von unten“ gewesen wäre – eine billige, nichtssagende Floskel, mit der sich manche sog. MarxistInnen offenkundig die Untersuchung des Klassencharakters einer Bewegung zu ersparen meinen.

Die sog. „Ablehnung der Parteipolitik“, die Ablehnung von Korruption und Machtmissbrauch und ähnliche allgemeine Forderungen haben obige Allianz offenkundig nicht gehindert, sehr offen ihre Hegemonie über den Maidan auszuüben.

Sie waren auch ein Mittel dafür. Die „Ablehnung der Parteipolitik“ war nichts anderes als ein Codewort für die Ablehnung der Politik zweier bestimmter Parteien – der Partei der Regionen und auch noch der KP. Die Forderungen gegen Korruption waren v.a. Forderungen gegen die Korruption und Bereicherung einer bestimmten Fraktion der Oligarchen, die nur als allgemeine Forderung erschien.

Das erklärt auch, warum trotz angeblicher Ablehnung jeder Parteipolitik, monatelang Parteipolitiker ganz offen den Maidan gelenkt haben, jeden Abend sprechen konnten. All das ist nicht so schwer zu erkennen. Umso schlimmer wiegt, dass Bornost/Yaak dieser Oberflächenerscheinung aufsitzen.

Das geht bis zur grotesken Verdrehung der Realität, wenn noch am 17. März behauptet wird, es wäre „verfrüht, in der Regierungsbildung den Endpunkt der Bewegung zu sehen. Denn die Maidan-Bewegung ist bei aller Widersprüchlichkeit keine

Bewegung für den Austausch einer Fraktion der herrschenden Klasse durch eine andere gewesen.“

Dass die „Bewegung“ des Maidan nach erfolgreicher Regierungsübernahme aufhörte eine Massenbewegung zu sein, kann eigentlich jeder Blinde sehen. Wozu hätte sie auch weiter bestehen sollen, wo doch das Ziel der wesentlichen Kräfte erreicht war. Am besetzten Platz blieben nur die Faschisten und Ultra-Nationalisten zurück, die solcherart über die „Revolution“ wachen wollten.

Die Bewegung hat offenkundig nicht nur zum Austausch einer Fraktion der herrschenden Klasse durch eine andere geführt, sie hat auch zu einer massiven Rechtsentwicklung im Land geführt, da eine Fraktion der herrschenden Klasse nun alles für sich beanspruchte und der Westen wiederum die ganze Ukraine als sein Einflussgebiet reklamierte.

Die Maidan-Bewegung mag Ende 2013 noch keine Bewegung zum Sturz der Regierung gewesen sein, da es wahrscheinlich die meisten auch als unrealistisch betrachtet hätten. Seit Ende Januar/Anfang Februar 2014 war es das praktische Ziel des Maidan und aller seiner Aktionen, den Aufbau der faschistisch geführten Kampftruppen, den Sturz der Regierung Janukowytsch herbeizuführen und selbst die Macht zu ergreifen.

Sicherlich mögen davon heute schon viele AnhängerInnen des Maidan – inklusive vieler Faschisten, die sich als „kleine Leute“ wieder einmal betrogen fühlen – etwas anderes, eine „Regierung“ des „kleinen Mannes“, des ehrlichen Nationalisten erwartet haben. Allein mag sich der Kleinbürger auch gern ein „klassenübergreifendes“, kleinbürgerliches Regime wünschen, das über der ganzen Nation herrscht – das gibt es eben nicht im Kapitalismus. Dass sich so mancher Parteigänger des Maidan ein anderes, womöglich sogar noch reaktionärereres Regime erhofft hatte – beweist freilich nichts gegen die Tatsache, dass die Übergabe der Macht von einer Fraktion der Oligarchen auf eine andere Ziel der Führung und der Bewegung war. Es

beweist nur, dass sich alle möglichen Beteiligten des Maidan – von den rechtesten und reaktionärsten bis zu sog. „Linken“ – für diese Tat mit illusorischen Phrasen betören mussten.

Ein enteigneter Sieg des Volkes?

Noch weiter als Marx21 geht die „Vierte Internationale“ (ehemals Vereinigtes Sekretariat) in der Resolution *„Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen“*.

„Der Sturz von Janukowytsch bedeutete den Sieg einer quasi-aufständischen Bewegung und kam nicht durch einen ‚vom Westen unterstützten antirussischen, faschistischen Putsch‘ zustande. Auch wenn Janukowytsch 2010 durch Wahlen, die als legitim anerkannt wurden, ins Amt kam, ist er selbst für seinen Untergang verantwortlich.“ (5)

So kann man die Frage auch „lösen“. Dass Janukowytsch einen Untergang verdiente, ist sicher unbestritten – damit erledigt sich aber mitnichten die Frage, wie und durch wen er ersetzt werden sollte. Während Marx 21 so tut, als wären der Sturz der Regierung und ihre Ersetzung durch eine Koalition aus Faschisten und Oligarchen ein ungewolltes Nebenprodukt gewesen – so geht die Vierte Internationale noch weiter und feiert die reaktionäre Machtübernahme als „Sieg einer quasi-aufständischen Bewegung“ und stellt die Realität auf den Kopf.

Um das zu begründen, äußert die Vierte ähnliche Argumente wie Marx21. Die Bewegung hätte „revolutionäre“ (!) und reaktionäre Züge aufgewiesen:

“Wir haben im Februar (in der Resolution des Internationalen Komitees) die charakteristischen Merkmale dieser Bewegung unterstrichen: Sie wies ‚eine Kombination von revolutionären (demokratischen, antihierarchischen, selbstorganisierten) und reaktionären Zügen‘ auf. Welche die Oberhand gewinnen, ist nach wie vor eine Frage von politischen und sozialen Kämpfen. Diese Züge waren eng verbunden mit dem Charakter der

gegenwärtigen postsowjetischen ukrainischen Gesellschaft (atomisiert, ohne klare Klassenidentität, Verfall des Bildungswesens und Hegemonie der reaktionären nationalistischen Ideen, kombiniert mit einem legitimen Engagement für nationale Unabhängigkeit und dem dramatischen Erbe des Stalinismus).“ (6)

Über die reaktionären Züge des Maidan müssen wir hier nicht lange sprechen. Selbst in der Resolution der Vierten sind freilich die „revolutionären“ Züge der Bewegung dünn gesät.

So gesteht der Text, dass die „*Formen der Selbstorganisation begrenzt geblieben sind*“: *“Im Wesentlichen handelte es sich um den Bau, die Erhaltung und Verteidigung dieser Rebellencamps und der Barrikaden mitten im Winter, die Organisierung der Verpflegung und der Gesundheitsversorgung. Teams haben Verwaltungsgebäude besetzt, eine Versammlung von Studierenden hat vor allem die Transparenz des Haushalts für das Bildungswesen durchgesetzt. Es wurden ‚Sotnia‘ (Hundertschaften) zur Selbstverteidigung gebildet, eine Minderheit von ihnen wurde von politischen Organisationen kontrolliert, die auf dem Maidan waren.“ (7)*

Diese Mischung aus Lappalien und gleichzeitiger Ignoranz gegenüber der Frage, wer eigentlich was für welchen Zweck selbst organisiert, ist schon bemerkenswert. Die Buden rechter Banden werden zum „Rebellencamp“, die Barrikaden, die Neonazis aufbauen helfen, müssen dann noch als Beleg der „Selbstorganisation“ herhalten. Bei den übrigen Punkten wird es eher noch trister: So war der Maidan vom Fehlen jeder wie immer gearteten „Repräsentativität“ geprägt, was seine „Instrumentalisierung“ erleichtert hätte. Rechte und Faschisten haben sich auch dort getummelt, auch wenn nach Ansicht der Resolution ihre Anzahl übertrieben wurde. Die Bewegung hätte zwar „ein Gespür für soziale Fragen“ gehabt, aber keine „sozialen Forderungen“ aufgestellt. Die Linke war über der Frage des Maidan tief gespalten und sehr schwach und hatte auf dem Maidan wenig zu melden.

All das spricht offenkundig gegen die ganze These der Vierten, die aber trotzdem tapfer versichert, dass der Maidan „Ausdruck von sozialen und demokratischen Bestrebungen“ gewesen wäre.

Möglich ist das nur dadurch, dass die Vierte den Begriff „revolutionär“ in einem extrem nichtssagenden Sinn verwendet. Irgendwie war es anscheinend „demokratisch, antihierarchisch, selbstorganisiert“. Selbst nach den Einschätzungen der Vierten war die Verbreitung dieser „revolutionären“ Eigenheiten äußerst gering.

Mit einer revolutionären Bewegung – erst recht nicht mit einer Klassenbewegung – hat das selbstredend nichts zu tun.

Die Resolution führt aber noch ein Moment für den „revolutionären Charakter“ der Bewegung an, dem wir uns weiter unten stärker zuwenden werden – dem „legitimen Engagement für nationale Unabhängigkeit und dem dramatischen Erbe des Stalinismus“, das dem Maidan anscheinend den „revolutionären“ Zug rettete.

Die Faschisten und ihre Bedeutung

Bevor wir uns dieser Frage zuwenden, müssen wir jedoch auf die Rolle der Faschisten in der Bewegung und der neuen Regierung eingehen. In *„Weder Brüssel noch Moskau“* werden Bornost/Yaak nicht müde, darauf hinzuweisen, dass die Bewegung keine faschistische Bewegung war.

„Trotz der starken Präsenz der extremen Rechten ist die Protestbewegung ‚Euromaidan‘ keine faschistische Bewegung. Es ist wichtig, einen Unterschied zwischen der Bewegung und den an ihr beteiligten Organisationen und Parteien zu machen.“ (8)

Während Marx21 die „starke Präsenz“ der Faschisten immerhin in Rechnung stellt, spielt die Vierte selbst diese herunter: *“Die kleinen Gruppen der nationalistischen extremen Rechten (Pravyj Sektor usw.), die mit Swoboda rivalisierten, haben in der Selbstverteidigung der Bewegung eine Rolle gespielt. Ihre*

gewollte ‚Sichtbarkeit‘ und ihre Angriffe auf linke AktivistInnen wurden vor allem von den Regierungs- und den russischen Medien und später von den Bestandteilen des ‚Anti-Maidan‘, die sich zur Linken zählen, herausgestellt, um den gesamten Maidan zu diskreditieren.“ (9)

Selbst „Sozialisten“ wie Ilya Budraitskis, die höchst fragwürdige Einschätzungen des Maidan zum Besten geben, bestätigten die Stärke des Nationalismus und den Einfluss der Oligarchen, aber auch die brutalen Angriffe von Rechten auf Linke:

„Denn jede Protestbewegung spiegelt die Widersprüche der Gesellschaft wieder, in der sie kämpft. Starker Nationalismus und extrem mächtige Oligarchen auf der einen Seite, keine Tradition von Selbstorganisation und Klassenbewusstsein, keine großen Gewerkschaften auf der anderen Seite. (...)“

Ich rede nichts schön. Wenn du auf dem Maidan sagst, dass du Marxist bist, kann es sein, dass du angegriffen wirst.“ (10)

Was die Vierte betreibt, ist reine Weißwäscherei. Russische Medien und Regierungseinrichtungen mögen die Angriffe auf Linke für ihre Zwecke verwenden. Das ändert aber nichts an den Fakten.

Die Faschisten waren am Maidan alles andere als eine „kleine Gruppe“. Je mehr die Konfrontation mit der Regierung auf einen bewaffneten Zusammenstoß zusteuerte, wurden sie zum Stoßtrupp der Bewegung, zu einer dominierenden Kraft. Das macht nicht den Maidan als ganzes „faschistisch“. Es ist aber Ausdruck davon, dass der Maidan eine reaktionäre Massenbewegung war. Das Prestige des „Rechten Sektor“ und anderer kam nicht nur daher, dass sie die „mutigsten KämpferInnen“ waren, sondern auch dass sie Ziele des Maidan, den Kampf für den Sturz von Janukowytsch am entschiedensten zum Ausdruck brachten.

Daher geht auch der ganze Vorwurf von Marx 21 und der Vierten daneben, dass die militanten Faschisten die Bewegung „spalten“

und gefährden“ würden. Im Gegenteil, ihre Methoden waren unerlässlich, um den Sturz von Janukowytsch und den Putsch in Kiew durchführen zu können.

Es waren ihre Schocktruppen, die unter anderem das Parlament stürmten, bei der Wahl der neuen Regierung und des Präsidenten sicherstellten, dass das Parlament unter Ausschluss etlicher Abgeordneter „richtig“ abstimmte.

Die Verharmlosung der Faschisten hat vor und nach dem Sturz von Janukowytsch in Texten der Zentristen viele Facetten angenommen. Eine davon hat Ilya Budraitskis in einem Interview mit Marx21 zum Besten gegeben. Auch wenn er zugesteht, welchen Gefahren GenossInnen ausgesetzt waren, die am Maidan offen für linke Ideen, mit roten Fahnen oder Ähnlichem auftreten wollen, so bestreitet er letztlich die faschistische Gefahr mit folgendem Argument:

“Ich finde, wenigstens deutsche Linke, die mit dem Begriff ‚faschistisch‘ um sich werfen, sollten die Geschichte des Faschismus ein bisschen kennen.

Wie meinst du das ...??

Der Faschismus entstand nach dem Ersten Weltkrieg als Gegenbewegung zu starken kommunistisch-revolutionären Arbeiterbewegungen in großen Teilen Europas. Faschisten hatten das ausdrückliche Ziel, diese Arbeiterbewegungen zu zerschlagen und die Herrschaft des Kapitals zu sichern, weil der liberale Staat das nicht garantieren konnte. In Italien und Deutschland konnten sie die Macht ergreifen, in anderen Ländern nicht.

Und heute ...

... gibt es in der Ukraine 2014 weder eine große Arbeiterbewegung, noch eine faschistische Bewegung für ihre Zerschlagung, noch einen Staat, dem das Kapital misstraut. Es geht also weder darum, die Arbeiterklasse an die Macht zu

bringen, noch darum, die Arbeiterbewegung physisch zu vernichten.

Was für eine Bewegung ist es dann?

Auf dem Maidan kämpfen Menschen aus verschiedenen unterdrückten Klassen: Arbeiter, Arbeitslose, arme Selbstständige, Studierende, die keine Arbeit finden werden und andere. Ihr Gegner ist der Staat und die politischen Eliten. Der Begriff ‚faschistisch‘ ist verfehlt, weil die Klassenzusammensetzung der Konfliktparteien eine ganz andere ist.

Aber es sind Faschisten auf dem Maidan

Klar. Die Ideologie des „Rechten Sektor“ ist eindeutig faschistisch. Und sie versuchen auch, die Hegemonie über die Massenbewegung herzustellen. Aber das gelingt bislang glücklicherweise nicht, weil die Bewegung im Kern nichts mit Faschismus zu tun hat.“ (11)

Diese vollkommen mechanische Lesart des Faschismus könnte die ukrainische Arbeiterklasse noch teuer zu stehen kommen. Da es in der Ukraine keine große Arbeiterbewegung gibt und das Kapital dem Staat nicht misstraut – kann es gar keine faschistische Gefahr geben. Welch mechanistischer Unfug.

Das Kapital hat offenkundig schon dem Staatsapparat von Janukowytsch nicht ganz so sehr vertraut. Angesichts der drohenden sozialen Katastrophe und Kriegshetze der ukrainischen Regierung, dem bevorstehenden Staatsbankrott, ist es keineswegs so unwahrscheinlich, dass die ukrainische Bourgeoisie gezwungen ist, zu noch drastischeren Mitteln zu greifen, um drakonische Maßnahmen auf die Arbeiterklasse abzuwälzen – bis hin zu einer faschistischen Option, während sie heute eine von Oligarchen und Neoliberalen im Bündnis mit den Faschisten vorzieht.

Das zeigt aber auch, was schon damals von der Behauptung zu

halten war, dass die Bewegung des Maidan mit Faschismus nichts zu tun hätte, konnte dieser sich doch darin rasant ausbreiten und zu einer wichtigen Kraft werden.

Erst recht problematisch ist Budraitskis Deduktion, dass das Fehlen einer Arbeiterbewegung automatisch bedeutet, dass es keine faschistische Massenbewegung geben könne. Solcherart könnte es auch in Ungarn keine geben, wo die Arbeiterbewegung auch nicht sonderlich entwickelt ist. Erst recht wären Phänomene wie der klerikale Faschismus des „Islamischen Staates“ unmöglich, wenn obige These stimmen würde.

Budraitskis macht hier den Fehler, die allgemeinen geschichtlichen Entstehungsbedingungen des Faschismus in ein Schema zu pressen, wo dieser in jedem Land nur entstehen könne, wenn es zuvor eine starke, klassenbewusste Arbeiterbewegung und Vertrauensverlust der Bourgeoisie in ihren Staat gebe.

Schließlich übersieht die ganze Betrachtung auch, dass die herrschende Klasse und das Kiewer Regime sehr wohl eine Aufgabe für die Faschisten haben und hatten – die Niederschlagung des Volksaufstandes im Osten gegen die Kiewer Regierung, die Terrorisierung der Linken und Gewerkschaften, aller GegnerInnen aus der Arbeiterbewegung, die sich dem Maidan-Regime widersetzen wollen.

Das Massaker von Odessa

Am 2. Mai 2014 wurden in Odessa mehr als 40 AntifaschistInnen bestialisch ermordet. Die sozialistische Organisation Borotba hat eine genaue Darstellung dieses Massakers veröffentlicht, die wir auch auf unserer Website veröffentlicht haben und zu einer klaren politischen Schlussfolgerung kommen, die die politisch verantwortlichen nennt.

„Das Massaker in Odessa wurde von der Kiewer Junta organisiert mit dem Ziel, die Bevölkerung, die mit dem neuen Regime

unzufrieden ist, einzuschüchtern und die aktiven Kämpfer gegen das neue Regime zu beseitigen. Der Beweis dafür ist die Tatsache, dass die rechtsextremen Militanten zusammen gekarrt und gut ausgestattet wurden. Darüber hinaus ist die Untätigkeit der Polizei sowie die Tatsache, dass Angriff der Ultrarechten in Odessa mit der „Anti-Terror-Operation“ in Slawjansk synchron lief, ein Beweis dafür.

Die Kiewer Junta hat offen einen Kurs auf Gewalt und Gemetzel gegen ihre politischen Gegner eingeschlagen. Die Werkzeuge dieser brutalen Gewalt sind die Neonazis, die eng abgestimmt mit der Geheimpolizei handeln, die gut bewaffnet und von der Oligarchie finanziert werden.“ (12)

Das hindert freilich die „Vierte Internationale“ nicht, dieses zu verharmlosen und im Gleichklang mit ihren GesinnungsgenossInnen in der Ukraine um die sog. „Linke Opposition“ die Sache so hinzustellen, als wäre das Massaker ein unglücklicher Zusammenstoß zweier, gleichermaßen reaktionärer Seiten gewesen.

„Das Drama, das am 2. Mai in Odessa stattfand – als nach einer Aggression gegen eine Demonstration für die „Einheit“ der Ukraine, bei der es vier Tote gab, das Gewerkschaftshaus angesteckt wurde, was etwa 40 so genannten „pro-russischen“ Aktivisten, darunter ein Mitglied von Borotba, das Leben gekostet hat – hat zu einer Radikalisierung der ‚Anti-Maidan‘-Propaganda geführt. Es wird behauptet, es handele sich um ein ‚neues Oradour‘ unter dem Schutz eines „Nazi-Staats“ in Kiew. Begleitet wird diese Behauptung noch von der Beschuldigung, man lege eine ‚inhumane Gleichgültigkeit‘ an den Tag, wenn man diese Interpretationen bestreitet.“ (13)

Hier sind wirklich Weißwäscher der Kiewer Regierung unterwegs, die auch davor nicht zurückschrecken, das Massaker von Odessa als Mittel zur „Radikalisierung“ von Propaganda gegen Kiew hinzustellen. Auch die Präsidentschaftswahlen vom 25. Mai, bei der sich die Junta von Kiew eine demokratische Legitimation zu

verschaffen versuchte, werden ganz im Sinn der Verharmlosung der Faschisten beschrieben:

“Die extreme Rechte der Westukraine, die Kandidaten der Swoboda-Partei und des Rechten Sektors, landeten weit abgeschlagen bei 1,2% bzw. 0,7%. Soviel zur Behauptung, in der Westukraine herrschten die Faschisten. Auch aus ihren Regierungsämtern (drei Minister und ein Generalstaatsanwalt) konnten sie offensichtlich keinen Honig saugen.” (14)

Schon die Zählung ist fragwürdig, „vergisst“ Angela Klein doch Oleh Ljaschko, der 8,32 Prozent der Stimmen erhielt, der durchaus als halb-faschistisch bezeichnet werden kann und der schon im Wahlkampf mit aggressivem Nationalismus aufgefallen war, sich vor dem Wahlkampf mit illegalen Verhören und Folterungen an „prorussischen Aktivisten“ öffentlich gebrüstet hatte. Er ist außerdem auch ein Mitbegründer des „Bataillon Asow“, eines rechtsradikalen Freiwilligenverbandes, das – wie etliche andere der faschistischen Milizen – offen mit nationalsozialistischen Symbolen auftritt.

Angela Klein sind solche Kandidaten offensichtlich keine Erwähnung wert. Sie gesteht nur zu, dass Swoboda und der Rechte Sektor bei Wahlumfragen für das Parlament stärker wären (5 resp. 2-3 Prozent), um sich dann zu folgender Aussage zu versteigen: *„Zweitens aber verschieben sie den Diskurs der bürgerlich-liberalen Mehrheit nach rechts, noch stärker in Richtung Nationalismus, Russenfeindlichkeit und Rassismus. Die ‚faschistische Gefahr‘ in der Ukraine liegt mit diesen Ergebnissen nicht höher als in Deutschland.“* (15)

Hier wird der parlamentarische Kretinismus bis zur Absurdität getrieben. Der Unterschied besteht eben nicht vorrangig darin, wie viele Prozente Nazis bei Wahlen erhalten oder mit wie vielen Abgeordneten sie vertreten sind. In der Ukraine geht der Einfluss der Faschisten weit über die Wahlerfolge hinaus (wie faschistische Parteien oft auf der Straße, in der Aktion stärker sind als auf der parlamentarischen Bühne, gerade weil

sie Kampforganisationen der Konterrevolution verkörpern).

In der Ukraine hat die herrschende Klasse mittlerweile die Faschisten in Teile des Repressionsapparates inkorporiert. Das erfolgt zum einen derart, dass sie polizeiliche Funktionen offiziell oder geduldet übernehmen – nicht zuletzt dort, wo die Faschisten ohnedies Stadt- und Kreisverwaltungen stellen. Zweitens finanzieren Oligarchen faschistische und ultranationalistische Kampfverbände im Bürgerkrieg gegen den Osten des Landes oder stellen solche in ihren eigenen Verbänden ein. Und drittens rekrutiert sich die von der Kiewer Regierung neu geschaffene „Nationalgarde“ zu einem großen Teil aus Faschisten und Rechtsextremen.

Hinzu kommt, dass die sich verschärfende gesellschaftliche Krise ein zusätzlicher Nährboden für das Wachstum des Faschismus darstellt – bis hin zur Möglichkeit, dass diese in gar nicht allzu ferner Zukunft sehr wohl eine „Machtoption“ werden können.

Die viel größere gesellschaftliche Bedeutung und Gefahr des Faschismus in der Ukraine ergibt sich eben nicht aus einem bloßen Blick auf Wahlergebnisse (die selbst schon fragwürdig interpretiert werden), sondern nur aus einem Blick auf die Gesamtheit der politischen und ökonomischen Entwicklung.

Geradezu grotesk wird es, wenn Angela Klein zustimmend einen „Rechtsextremismusforscher“ zitiert, der offenkundig blind ist gegenüber dem ukrainischen Rassismus und Faschismus: *„Ein Neonationalsozialismus ist nach Ansicht von Anton Schechowzow, Rechtsextremismus-Forscher am University College London, innerhalb der extremen Rechten der Ukraine noch peripher. Er erklärt damit auch das relativ geringe Maß an rassistischer Gewalt in der Ukraine, vor allem während der letzten Jahre.“*
(16)

Hier wurde offenkundig nicht nur die Bilanz der letzten Jahre gründlich frisiert, sondern auch jede Gewalt gegen RussInnen

oder russisch-sprachige Teile der Bevölkerung vorsorglich aus der Bilanz rausgerechnet.

Die Präsidentschaftswahl – legitim oder nicht?

Die Bilanz der Wahlen vom 25. Mai umfasst freilich noch einen anderen politischen Aspekt. Marx21 oder die Vierte Internationale erkennen die Legitimität der Wahlen an.

„Durch die Wahl vom 25. Mai ist der Oligarch Petro Poroschenko Präsident der Republik geworden. Er erhielt die Stimmen von 54,7 % der WählerInnen, während die Beteiligung bei 60,3 % der Wahlberechtigten lag (diese Zahl ist mit Sicherheit zu hoch). Diese Wahl, die vor dem Hintergrund der Spannungen stattfand, die von sozialen Fragen ablenkten, drückt jedoch ein Bestreben der Bevölkerung aus, der Ukraine eine souveräne Repräsentation zu geben.“ (17)

Hier wird die falsche Einschätzung des Maidan als „enteigneter Sieg des Volkes“ einfach verlängert. Die Wahlen brachten keineswegs das „Bestreben der Bevölkerung“ zum Ausdruck, der „Ukraine eine souveräne Repräsentation“ zu geben.

Es ging vielmehr darum, der Machtübernahme durch eine Regierung aus Monopolkapitalisten und Faschisten eine „demokratische“ Legitimation zu verleihen, eine Regierung, die durch einen reaktionären Putsch an die Macht gekommen war, von US-amerikanischen und europäischen Imperialisten gestützt wird und in deren Interesse regiert.

Die Bevölkerung im Osten der Ukraine lehnte diese Wahlen, wie selbst Angela Klein zugestehen muss, ab. *“Das Kiewer Institut für Soziologie führte am Tag der Wahl eine Telefonumfrage in den Regionen Donezk und Lugansk durch und fragte u.a. danach, ob die Befragten zur Wahl gehen würden und wenn nicht, warum nicht. Das Umfrageergebnis ist ganz aufschlussreich: 17% gaben an, sie wollten zur Wahl gehen, würden jedoch daran gehindert.*

67% sagten, sie würden nicht wählen gehen. Von diesen gaben 46% politische Gründe an: keinen wählbaren Kandidaten, keine fairen Wahlen, Donbass gehöre nicht mehr zur Ukraine; 32% organisatorische Gründe: in ihrem Wahlkreis fänden keine Wahlen statt; 17% gaben persönliche und andere Gründe an; und 7% sagten, sie fühlten sich bedroht, es sei zu gefährlich, wählen zu gehen.“ (18)

Doch nicht nur im Osten, in der ganzen Ukraine kann von demokratischen Wahlen keine Rede sein. Die Kommunistische Partei der Ukraine wurde an einem effektiven Wahlkampf offen gehindert. Organisationen wie Borotba hatten korrekterweise eine Wahlbeteiligung im Voraus ausgeschlossen und zum Boykotte der illegitimen Wahlen aufgerufen.

Anders die sog. “Linke Opposition”, eine opportunistische Gruppierung in der Ukraine, die sowohl der Vierten Internationale als auch Marx21 nahesteht.

Sie trat zu den Kommunalwahlen am 25. Mai im Rahmen der “*Assembly for Social Revolution*” (19) an.

Das Programm ist an lokaler Borniertheit und politischer Harmlosigkeit kaum zu überbieten. Die AutorInnen und KandidatInnen bringen es darin fertig, kein Wort (!) über die Lage im Land zu verlieren (Präsidentenschaftswahl, Zweck der Wahl in Kiew, die Klitschko als Bürgermeister inthronisiert, imperialistischen Einfluss, Faschismus, Massaker von Odessa, Krieg gegen „Volksrepubliken“ ...). Statt dessen wird in den wenigen Zeilen zur sozialen Frage, die sich im wesentlichen auf die Forderung nach Steuererhöhungen konzentrieren, die Erhöhung der Parkgebühren im Zentrum Kiews gefordert. Kein Wunder, dass eine solche „revolutionäre Versammlung“ auch von der Kiewer Regierung locker geduldet werden kann. Vor einer solchen „Linken Opposition“ brauchen sich die Rechten, die Kapitalisten und Neo-Liberalen sicher nicht zu fürchten.

Die politische Kasperei der extrem opportunistischen und

korrupten Version des "Trotzkismus" in der Ukraine, die zusammen mit Libertären, Anarchisten und ein paar anderen offenkundig in der "Demokratie" des Maidan den letzten Rest von Verstand verloren zu haben scheint, sind die Kräfte, auf die sich die "Vierte" oder Marx21 in Kiew stützen. Es ist der "extreme" Flügel der legalen Opposition, all jener, die das Kiewer Regime zu Recht als keine ernst zu nehmenden GegnerInnen betrachtet.

In ihrer Resolution vom 8. Juni 2014 kommt die Vierte Internationale dennoch nicht darum herum, eine Bilanz der Präsidentschaftswahlen zu ziehen, die der Maidan-Euphorie ins Gesicht schlägt: *„In der modernen Geschichte der Ukraine ist das ‚Big Business‘ nie so stark direkt in die Leitung des Landes eingebunden gewesen; fast alle, die in der Forbes-Liste der Reichsten in der Ukraine oben stehen, bekleiden derzeit hohe Posten in der Exekutive.“* (20)

Die imaginäre „demokratische Revolution“ ist also bei einer weiteren Machtverschiebung nach Rechts angekommen.

Die Bewegung im Osten

Wir kommen hier auf einen weiteren Aspekt der Einschätzung durch die Vierte Internationale zurück, den sie zu einem Zeichen der „revolutionären Züge“ des Maidan macht: das „legitime Engagement für die nationale Unabhängigkeit“.

Zweifellos kämpfen RevolutionärInnen für die Unabhängigkeit der Ukraine vom westlichen wie russischen Imperialismus. Wir lehnen z.B. die Eingliederung der Krim in das russische Territorium ab – wiewohl wir gleichzeitig das Recht der Bevölkerung der Krim wie anderer Bezirke verteidigen, darüber zu entscheiden, ob sie im ukrainischen Staatsverband bleiben, ob sie unabhängig werden oder sich einem anderen Staat anschließen wollen. Wir haben die Eingliederung in das russische Gebiet abgelehnt, weil es die Kräfte im Kampf gegen die Kiewer Regierung schwächte und vom dem ukrainischen

Nationalismus als Mittel missbraucht wurde und wird, den Widerstand im Osten wie alle AntifaschistInnen als „russische AgentInnen“ zu diffamieren.

Es ist aber auch für jeden nüchternen Beobachter einigermaßen klar, dass eine klare Mehrheit der Bevölkerung der Krim nicht mehr im ukrainischen Staat bleiben wollte, gerade weil sie den reaktionären Charakter der Putschistenregierung, die Vernichtung der Industrie und Lebensgrundlagen im Osten, die Eingliederung in EU und NATO, die Gefahr durch die Faschisten und insbesondere auch den unterdrückerischen und reaktionären Charakter des ukrainischen Nationalismus erkannte – jedenfalls tausend Mal klarer als die „Vierte Internationale“.

Die Bevölkerung im Osten erhob sich. In einem Artikel vom Mai 2014 weist Frank Ickstadt, der selbst Charkow besucht hatte, auf die Ursachen der Bewegung hin:

“In der zweiten Aprilhälfte begann die Kiewer Regierung, Truppen gegen die ‚Terroristen‘ im Osten zu schicken. Nur: diese ‚Terroristen‘ sind keine Agenten Putins oder gewaltbereite Schläger, auch wenn das die Propaganda der westlichen Medien so vermitteln möchte. Als die ersten 20 Panzer nach Slowjansk rollten, wurden sie von weitgehend unbewaffneten BürgerInnen ‚empfangen‘, ließen sich entwaffnen und fuhren wieder nach Hause.

Einige Panzer wurden allerdings auch von Gruppen übernommen, die mit Besetzungen von lokalen Regierungsgebäuden die Macht übernommen haben. Dass sie nicht alle Panzer beschlagnahmt haben, war wohl ein Fehler, denn die Regierung in Kiew begann nach dieser Niederlage, ausgewählte Spezialkräfte zusammenzustellen, die – anders als die Soldaten aus dem Volk – bereit sind, auch auf die Bevölkerung zu schießen. Wenige Tage später stellten sie das auch unter Beweis. Es gab die ersten Toten, die nicht auf das Konto von Faschisten gehen, sondern eindeutig auf das der Regierung.

Die Regierung Jazenjuk steht heute ähnlich da wie ihre Vorgängerin unter Janukowytsch. Sie kontrolliert nur Teile des Landes, sie schwankt zwischen Brutalität und ‚Angeboten‘, die keiner ernst nimmt, um die Bewegung zu stoppen. So hatte Jazenjuk angeboten, den Regionen mehr Autonomie zu gewähren. Gleichzeitig werden die dortigen BesetzerInnen aber als ‚Separatisten‘ diffamiert, die angeblich ganze Regionen Russland angliedern wollten – obwohl die meisten nachweislich gar keine Lostrennung wollen, sondern mehr regionale Autonomie.

Aber die Massenbewegung, die Janukowytsch stürzte, hatte einen anderen Charakter als die jetzige Bewegung, die sich v.a. im Osten des Landes formiert. Die Maidan-Bewegung stand von Anfang an für reaktionäre Ziele wie die Assoziierung an die EU; sie stand von Beginn an unter Kontrolle bürgerlicher Parteien, von der Vaterlandspartei, über Klitschkos UDAR bis hin zu den Faschisten der SWOBODA und den Schläger-Trupps des ‚Rechten Sektors‘. Die Bewegung im Osten hat demgegenüber den Charakter einer Volksrebellion.

Die Massen, die im Osten auf die Straße gehen, empören sich über die antidemokratischen und national-chauvinistischen Maßnahmen der Kiewer Putsch-Regierung, über die Beteiligung von Faschisten an dieser Regierung und die entsprechende Freiheit, die deren Schlägerbanden heute genießen. Sie empören sich über die unhaltbaren sozialen Zustände, die die neue Regierung noch verschärfen will, ja unter dem Diktat von EU und IWF verschärfen muss.“ (21)

Die AutorInnen der Vierten – und viele andere rechte Zentristen – bestreiten jedoch, dass die Bewegung im Osten je Massencharakter und eine Massenbasis hatte. Sie wären nicht viel mehr als militärische Apparate gewesen, die dann in der Regel auch noch mehr oder weniger sofort von russischen Agenten durchgesetzt gewesen wären.

Quelle dieser Bewegung war sicherlich nicht das besondere

politische Geschick der im Donbas wirkenden Kräfte – es war vielmehr eine Reaktion auf die aggressive anti-soziale und nationalistische Politik der Kiewer Regierung.

Selbst der Spiegel – sicherlich keiner pro-russischen Agitation verdächtig – wies im April 2014 darauf hin:

„In Umfragen vor der Krise fand sich nie eine Mehrheit für eine Abspaltung der Donbass-Region von der Ukraine. Doch es zeigen sich die fatalen Fehler der Maidan-Revolutionäre. Um den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch zu stürzen, ließen sie sich auf ein Bündnis mit nationalistischen Kräften ein, die Lenin-Denkmäler stürzen und den zutiefst russisch geprägten Osten der Ukraine ‚entrussifizieren‘ wollen. Der Übergangsregierung gehören zwar Nationalisten aus dem Westen der Ukraine an, aber kein einziger Politiker, der das Vertrauen der Ostukrainer besitzt. Das rächt sich jetzt. Anders als auf der Krim stellen Ukrainer im Osten des Landes vielerorts die Bevölkerungsmehrheit. Die neue Regierung in Kiew aber mögen nur wenige verteidigen...“ (22)

Borotba und der russische Marxist Kagarlitzki wiesen in ausführlichen Analysen auf die sozialen Wurzeln der Bewegung im Osten hin, warum die wirtschaftliche Orientierung auf die EU praktisch zum industriellen Kahlschlag im Osten des Landes führten muss, wo der größte Teil der ukrainischen Arbeiterklasse konzentriert ist.

“Selbst vor dem Beginn der globalen ökonomischen Krise zeigte die Eisenverhüttung – die „Lokomotive“ der dezentralen ukrainischen Wirtschaft, die 40-50 Prozent des Exports darstellte – offensichtliche strukturelle Schwäche: altmodische Technologien, Ineffizienz (Die Produktion einer Tonne Stahl benötigt in der Ukraine 52,8 Arbeitsstunden, 38,1 in Russland und 16,8 in Deutschland), hoher Energieverbrauch und Abhängigkeit von ausländischen (hauptsächlich russischen) Energiequellen. So lange die Preise hoch waren, waren diese Schwächen nicht von entscheidender Wichtigkeit, aber jede

Verschlechterung der Konjunktur machte sie zu einer ernsthaften Bedrohung.

Die anderen Sektoren der ukrainischen Wirtschaft – die landwirtschaftliche Produktion (teilweise Pflanzen für industrielle Zwecke), die chemische Industrie (hauptsächlich die Produktion von Mineraldünger) und die Rohstoffindustrie (Erz und Kohle) sind ebenfalls hauptsächlich auf die Rohmaterialproduktion angewiesen und am Export orientiert. Wegen der Begrenztheit des Binnenmarktes entwickelten sich die übrigen Produktionssektoren (mit Ausnahme der Lebensmittelproduktion) nur in dem Ausmaß, in welchem sie dem exportorientierten Sektor dienten. In der Regel waren diese Bereiche der Wirtschaft von niedrigen Löhnen und Gewinnraten geprägt.

Mit dem Rückgang der nationalen Produktion in Gebieten außerhalb des exportorientierten Sektors steigerte sich die Abhängigkeit von Importen. Der Anteil der ukrainischen Güter innerhalb der gewerblichen Umsätze sank kontinuierlich, während der Anteil an Importen wuchs. Ab Mitte der 2000er überstiegen die Importe immer wieder die Exporte. Aus diesem Gegensatz wurde ein Anstieg der Schulden im Ausland gefördert, wovon sowohl die staatlichen als auch die privaten Schulden betroffen waren.

Mit der globalen Krise 2008 sank die Nachfrage an ukrainischen Exporten, während die Preise für Importe anstiegen und die Abhängigkeit von Importen wuchs. Das Modell des ukrainischen Kapitalismus war eindeutig zum Scheitern verurteilt.” (23)

Sogar in den Publikationen der Vierten Internationale muss die andere soziale Basis der UnterstützerInnen der Regierungsgegner im Osten zugestanden werden. So schreibt Wolodymyr Ischtschenko unter dem Titel “Maidan oder Anti-Maidan” in der SOZ vom Mai 2014:

“Denen, die die Selbstorganisation von unten auf dem Maidan

gefeiert haben, wird es komisch vorkommen, dass die Anti-Maidan-Protteste in der Ostukraine sogar noch stärker von der Basis aus und dezentral, netzwerkartig organisiert und zur Zeit ohne Leitfigur sind. Weder die Partei der Regionen noch die KP der Ukraine spielen die Rolle einer politischen Vertretung für den Anti-Maidan, wie es die drei früheren Oppositionsparteien für den Maidan taten. Der sog. ‚Vertreter der Südostukraine‘ und frühere Gouverneur der Region Charkiw, Mychajlo Dobkin, den Russland auf gleichem Fuße mit der Regierung in Kiew zu den Verhandlungen mit der EU und den USA hinzuziehen wollte, wurde von den Protestierenden in Lugansk heftig ausgebuht. Ebenso wenig trauen sie den oligarchischen Eliten ostukrainischer Herkunft; oder dem reichsten Menschen in der Ukraine, Rinat Achmetow, der jetzt den Friedensstifter gibt; oder dem neuen Gouverneur der Region Donezk, Serhij Taruta. Und sie wollen auch nicht den diskreditierten und korrupten Janukowytsch zurück.

Die soziale Basis des Protests scheint hier plebejischer, ärmer und weniger gebildet zu sein als auf dem Maidan; man sieht mehr Arbeiter und Rentner und weniger Intellektuelle und hochqualifizierte Freiberufler, die helfen können, klare Forderungen zu formulieren und sie in den Medien zu verteidigen.“ (24)

Auch wenn der Autor am Ende üblen Snobismus gegen Arbeiter und Rentner durchblicken lässt – so bestätigt er doch, dass es sich im Osten um eine stark proletarisch geprägte Bewegung handelte. Sie war – bei allen Schwächen, einschließlich der Illusionen in Russland und des Einflusses russischer Nationalisten – eine legitime Bewegung, die – oft erst auch als Reaktion auf die Kiewer Repression und faschistische Angriffe in Odessa und Mariopul – Massencharakter erhielt.

Ihr progressiver Charakter drückte sich auch darin aus, dass sie die Anerkennung der Kiewer Regierung praktisch verweigerte und gegen die Faschisten und die ukrainische Armee nicht nur protestierte, sondern auch bewaffnete

Selbstverteidigungskräfte aufbaute. Anders als die Vierte erkannte sie, was die Wahl Poroschenkos bedeutete – das “demokratische Mandat“ für den Krieg gegen den Osten. Die selbsternannten „Volksrepubliken“ antworteten ihrerseits mit der Organisierung eines Referendums über den weiteren Status des Ostens, das ohne Zweifel eine Manifestation der Massenunterstützung war. Für RevolutionärInnen war es unbedingt erforderlich, in dieser Situation dem Widerstand im Osten Unterstützung zu geben und für seinen Sieg einzutreten.

Ökonomismus

Anders ein großer Teil der „trotzkistischen“ Organisationen (RSB, ISL, SAV, Marx21, RIO). Diese begnügten sich bestenfalls damit, die Kiewer Regierung, die Oligarchen, den Imperialismus und die Führungen der Volksrepubliken in Donezk und Lugansk zu kritisieren. Von diesen müsse unbedingt politische Unabhängigkeit gewahrt werden, deren Programm dürfe nicht politisch unterstützt werden.

Das war und ist natürlich vollkommen richtig. Mit dieser korrekten Haltung wird jedoch gleichzeitig der konkreten, letztlich politisch zentralen Frage ausgewichen: Wie sollten RevolutionärInnen zum Widerstand der Bevölkerung des Ostens und Südens stehen? Gilt es diesen zu unterstützen – trotz der nicht-proletarischen Führung? Traten und treten sie für den Sieg über die Faschisten, die Nationalgarde und ihre Verbündeten ein?

Die Gruppe Arbeitermacht und die Liga für die Fünfte Internationale bejahten all diese Fragen klar. Diese Haltung teilen wir mit Kräften der antifaschistischen, sozialistischen Opposition in der Ukraine wie z.B. Borotba. Im Kampf zwischen Kiew und den Aufständischen sind wir für den Sieg letzterer.

Genau diesen konsequenten Schritt wollen viele Linke aber nicht gehen. Antifaschismus, gut und schön – aber warum für den Sieg jener eintreten, die aktuell kämpfen? Haben diese

nicht auch falsche, ja teils reaktionäre Gedanken? Können die nicht auch zum Spielball fremder Mächte, z.B. des russischen Imperialismus werden?

Natürlich. Aber die Unterstützung für den heutigen Kampf ablehnen, weil wir nicht garantieren können, dass sich dessen Charakter morgen wandelt, ist kein Mittel revolutionärer Politik, sondern ein Zeichen passiven Abwartens. Real läuft es darauf hinaus, sich im aktuellen Kampf „neutral“ zu verhalten – und damit letztlich der Seite der Kiewer Regierung und des Imperialismus zuzuarbeiten.

Daran ändert sich auch nichts, wenn man politisch unverfängliche Initiativen unterstützt, vorzugsweise rein wirtschaftliche Streiks unterstützt, die außerhalb des Bürgerkriegsgebietes stattfinden. So kann der eigenen Indifferenz angesichts der zentralen politischen und militärischen Konfrontation auch noch die Weihe einer „unabhängigen Arbeiterpolitik“ angedichtet werden.

Nichts gegen die Unterstützung von Streiks und wirtschaftlichen Kämpfen. Diese jedoch in einem Bürgerkrieg, der von einer halb-faschistischen Regierung, vom westlichen Imperialismus und auch der „eigenen“ Regierung angeheizt wird, zur Hauptachse von „Solidaritätsarbeit“ und Eingreifen zu machen, hat nichts mit proletarischer Klassenpolitik oder Internationalismus zu tun!

Im Gegenteil: Es bedeutet, die Klasseninteressen der ArbeiterInnen nur mit dem Lohnkampf, mit dem gewerkschaftlichen Kampf zu identifizieren oder diesen für das „Wesentliche“ des Klassenkampfes auszugeben. Das ist Ökonomismus, „Nur-Gewerkschafterei“, wie es Lenin genannt hätte – also letztlich bürgerliche Arbeiterpolitik.

Exkurs: Verwirrung bei RIO

Die „Revolutionäre Internationalistische Organisation“ (RIO)

hat relativ wenig zur Ukraine publiziert, obwohl sie richtig analysiert, dass wir es dabei mit dem „schärfsten geopolitischen Konflikt seit Ende des ‚Kalten Kriegs‘ zu tun haben“. Im Artikel *„Die Reaktion herrscht in der Ukraine“* (25) stellt RIO ihre aktuelle Einschätzung und Perspektive dar.

Die Charakterisierung des Maidan als *„konterrevolutionär“* wie auch die Ziele der westlichen Imperialisten und Putschisten sind weitgehend richtig beschrieben. Auch das geo-strategische Interesse Russlands wird anerkannt, sein imperialistischer Charakter jedoch bestritten. Vielmehr wird es als *„Regionalmacht“* charakterisiert, die *„aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche weit davon entfernt“* wäre, *„als imperialistische Macht zu agieren.“*

Wir haben auf die Schwächen dieser hölzernen Form von Imperialismusanalyse, die die Frage, ob eine Macht als imperialistische Macht gelten kann, nicht von der Stellung des Landes im internationalen kapitalistischen Gesamtsystem ableitet, sondern vom Abklopfen einzelner Charakteristika, im Artikel zum russischen Imperialismus hingewiesen. (26) Wichtiger ist jedoch, dass RIO zu einer wirren Einschätzung der Lage im Osten kommt. So wird anerkannt, dass diese eine Reaktion auf die reaktionären Angriffe aus Kiew waren: *„Wir stellen die Volksrepubliken nicht auf die qualitativ selbe Stufe wie die Kiewer Putsch-Regierung. Einerseits, weil die PutschistInnen mit den Imperialismen kollaborieren, andererseits weil sie den BürgerInnenkrieg mit ihrem nationalistischen Paradigma de facto hervorgerufen haben.“* (27)

Daraus würde nun jeder logisch denkende Mensch schließen, dass die Volksrepubliken trotz ihrer bürgerlichen Führung und eines politischen Regimes der Volksfront (also von bürgerlichen Kräften wie auch Gewerkschaften oder linken Parteien), gegen die Reaktion verteidigt werden müssen.

Statt dessen erfahren wir im selben Text: *„In diesem*

StellvertreterInnenkrieg dürfen sich RevolutionärInnen nicht auf einer Seite des reaktionären Konflikts positionieren. Die Klassenkollaboration sowohl im Westen als auch im Osten hat nichts als die Spaltung der ArbeiterInnenklasse hervorgerufen und die Position der faschistischen Banden und der OligarchInnen gestärkt. Die Aufgabe revolutionärer MarxistInnen besteht im östlichen Raum darin, die reaktionären Regierungen sowohl im Westen als auch Osten der Ukraine zu bekämpfen, um das Proletariat vom Einfluss der zahlreichen bürgerlichen Führungen zu befreien. Sie kann nicht auf morgen verschoben werden.” (28)

Waren die beiden Seiten zuerst noch „qualitativ“ ungleich, sind wenige Zeilen später „beide Seiten gleichermaßen reaktionär.“

Um die Verwirrung perfekt zu machen, heißt es gegen Ende des Artikels: „Vor dem Hintergrund der notwendigen Verteidigung gegen militärische Angriffe muss ein sozialistisches Programm entwickelt werden.“ (29) Das heißt aber für jeden klar denkenden Menschen nichts anderes, als dass sich die Arbeiterklasse auf einer Seite im Konflikt positionieren soll/muss – ansonsten ist ja die Verteidigung einer Seite gegen Angriffe vollkommen sinnfrei.

Die ganze Verwirrung kommt daher, dass RIO die Bewegung im Osten einmal als reaktionär definiert, weil die Führung eine Volksfront ist. An anderer Stelle sieht sich die Gruppe aber wieder genötigt anzuerkennen, dass ein Teil der Bewegung im Osten und auch die „Volksrepubliken“ qualitativ verschieden von der Kiewer Seite wären.

Das Problem ist an sich leicht zu lösen. Als RevolutionärInnen unterscheiden wir auch in Donezk und Lugansk zwischen der sozialen Basis, den Zielen und Potenzen einer Bewegung und einer reaktionären Führung. Trotz des reaktionären Charakters der Spitzen der „Volksrepubliken“ müssen RevolutionärInnen diese gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen. Wir

bekämpfen diese Führungen dabei immer auch politisch und treten für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei ein – aber wir tun dies auf eine Art und Weise, die den Sieg gegen die Kiewer Reaktion herbeiführen soll. Und das heißt im Bürgerkrieg um die Führung in der militärischen Verteidigung zu kämpfen.

Ob die ArbeiterInnen eine unabhängige Klassenposition entwickeln und einnehmen und für den Bruch mit den Führungen der Volksrepubliken gewonnen werden können, hängt entscheidend auch davon ab, ob proletarische Revolutionäre ihr sozialistisches Programm mit den militärischen Erfordernissen verbinden können. Hier bietet RIO ein tragikomisches Bild der Verwirrung, das sich auch in ihrer Kritik an der Kriegsführung der Volksrepubliken zeigt:

„Doch wir schüren keine Illusionen in die Volksrepubliken, da sie die BergarbeiterInnen in der Ostukraine einer reaktionären Führung unterordnen. Ein Beispiel zur Illustration: Anstatt die ArbeiterInnen in der wichtigsten Industrieregion des Landes für einen Generalstreik zu organisieren, der zum einen den Vormarsch der ukrainischen Truppen aufhalten könnte und zum anderen ein erster Anhaltspunkt für eine Verbrüderung mit der ArbeiterInnenklasse in der Westukraine sein könnte, beschränken sich die Führungen der Volksrepubliken auf eine militärische Konfrontation auf dem Rücken der Zivilbevölkerung.“ (30)

Diese Passage beweist nur, dass die Strategen von RIO als alternative Führung nichts taugen. Beim Anrücken der reaktionären Armee, der faschistischen Nationalgarde und „Freiwilligenbataillone“ soll die Arbeiterklasse im Gebiet des Aufstandes einen Streik, ja, darunter gibt's RIO nicht her, einen Generalstreik organisieren. Ein solcher Generalstreik führt nur zur Desorganisation des Gebietes, das verteidigt werden soll. Er dient nicht der „notwendigen Verteidigung“, für die RIO angeblich ist, sondern schwächt sie, weil der Generalstreik zur Lahmlegung des öffentlichen Lebens in diesem

Bereich führt (sofern er ernst gemeint ist). Er hilft der Kiewer Junta.

Im Fall jeder Form des Angriffs – sei es durch Bombardements oder Artilleriebeschuss wie auch eine Bodeninvasion – bedeutet der Ruf, die Arbeiter zum Streik aus ihren Betrieben zu holen oder als Betriebsbesetzung zu führen (z.B. Schachtanlagen), oft nur, sich an einem bevorzugten Angriffsziel zu platzieren. Es ist ein Selbstmordkommando, keine zielführende Kampfmethodode.

Erst recht gilt das, wenn gegnerische Kräfte in das eigene Gebiet eindringen. Dagegen ist ein Streik keine wirksame Waffe, vielmehr geht es darum, die Wohngebiete und Fabriken militärisch gegen die Angreifer zu schützen und die Versorgung der eigenen KämpferInnen zu sichern. Wer zu diesem Zeitpunkt streikt, schwächt die Front.

Was RIO als Alternative zur Politik der Nationalisten anbietet, ist keine Alternative, sondern ein Himmelfahrtskommando.

Trotzki polemisierte in einer vergleichbaren Situation – dem spanischen Bürgerkrieg 1937 – gegen die Resolution der ultralinken Gruppierung innerhalb des linken Flügels der US-amerikanischen Socialist Party um Joerger und Salemmé, der 1937 als trotzkistisch ausgeschlossen wurde und die Socialist Workers Party (SWP) bildete. Die Position der Ultralinken war: *„Keine politische oder materielle Unterstützung für die bürgerliche Republikanische Regierung!“* (31)

„Ein Generalstreik, insbesondere im Kriege, kann nur das Ziel haben, die Regierung zu stürzen, kann nur eine Einleitung zum Aufstand sein...wenn wir den Soldaten auffordern, nicht zu kämpfen, dann müssen wir den Arbeiter (der durch seine Arbeit in den Munitionsfabriken der Valenciaregierung „materielle Hilfe“ leistet, auffordern, nicht zu arbeiten. Wenn wir aber, wie es der Fall ist, nicht stark genug sind, die Macht zu

ergreifen, dann müssen wir in den vom Kräfteverhältnis bestimmten materiellen Bedingungen militärisch gegen Franco kämpfen, während wir gleichzeitig uns politisch auf den Aufstand gegen Negrin vorbereiten.“ (32)

Ersetze Franco durch Kiewer Regierung und ihre Hilfstruppen, Negrin durch Gegenregierung des ostukrainischen Volksfrontbündnisses und ihre Milizen, und wir können Trotzki's Analogie beinahe 1:1 für den ukrainischen Bürgerkrieg übernehmen. Die verwirrten MächtigerntrotzkistInnen von RIO treten nicht in Trotzki's Fußstapfen, sondern die seiner ultralinken Kontrahenten um Joerger/Salemme!

Nationalistische Tendenz

Die Linie, sich im Bürgerkrieg neutral zu verhalten, bildet das Kredo etlicher zentristischer Gruppen. Die Vierte Internationale schwankte hingegen zwischen einer solchen ökonomistischen Linie und einer der „Verteidigung der Ukraine“

Statt die drohende nationale Unterdrückung des russischsprachigen Teils der Bevölkerung anzuprangern, erklärte sie das „Engagement“ für „nationale Unabhängigkeit“ einer Regierung und Bewegung für legitim, die (a) gerade dabei war, die Reste der „nationalen Unabhängigkeit“ an USA, EU, Deutschland, NATO abzutreten und (b) damit einen Feldzug gegen die russische Bevölkerung legitimieren wollte.

So erklärt sie in der Resolution „Volksbewegung und Imperialismen“ im Juni:

“Die Gewalt der bewaffneten Milizen ‚gegen Kiew‘, die jeden Dialog blockieren, erfordert sicher eine adäquate Antwort.“
(33)

Von wem eigentlich? Von der Kiewer Regierung, die monatelang ihre „Dialogbereitschaft“ durch die Nationalgarde und die Weigerung, mit den VertreterInnen von Donezk und Lugansk zu sprechen, unter Beweis gestellt hat? Dafür hat die Vierte aber

gute Ratschläge an die Oligarchentruppe von Kiew. Statt Krieg solle sie es doch mit „Demokratie und Frieden“ als „adäquater Antwort“ probieren

„Sie könnte sich jedoch auf die Bestrebungen der Bevölkerung nach Demokratie und Frieden stützen. Die Verteidigung der Einheit des Landes impliziert andere Antworten als militärische. Selbst wenn es schwierig ist einzuschätzen, was Lügenpropaganda ist und was nicht, so trifft es sicher zu, dass die von Kiew gestarteten ‚Antiterror-Operationen‘ nicht dazu geführt haben, dass das Chaos beendet wurde und das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden konnte.“ (34)

Welche Wunder! Dass das ganze Spiel mit der Unterstützung des ukrainischen Nationalismus keine leere Floskel ist, belegt der Schluss der Resolution der Vierten Internationale:

„Die nationale Frage steht im Zentrum der politischen Aktivität der Ukraine. Die Linke Opposition hat erklärt: ‚Das nationale und kulturelle Wiederaufleben der ukrainischen Nation und der anderen Nationen unseres Landes ist nicht möglich, ohne dass die sozialen Probleme gelöst werden.‘ Eine Linke in der Ukraine, die die nationale Dimension den Nationalisten überließe, würde sich von vornherein zum Scheitern verurteilen, denn im nationalistischen Lager gibt es bereits im Aufstieg befindliche Kräfte, die sich die Randständigkeit der sozialistischen Linken zunutze machen und in den Augen der Arbeitenden als Alternative auftreten.“ (35)

Hier wird – anders als bei zahlreichen sonstigen Artikeln – deutlich, dass es der Vierten oder jedenfalls wichtigen Teilen dieser Organisation sowie ihren ukrainischen AnhängerInnen – keineswegs um eine Ablehnung aller Nationalismen geht.

Ihre Politik hat auch nichts mit dem Eintreten für das nationale Selbstbestimmungsrecht zu tun. Das müsste erstens in der Ukraine ganz klar auch auf die russischen und russischsprachigen Teile der Bevölkerung angewandt werden. Diese sind

von nationaler Unterdrückung bedroht, nicht die Mehrheit der UkrainerInnen. Die Kiewer Regierung führt unter dem Namen der „Verteidigung“ der ukrainischen Kultur eine chauvinistische Kampagne und einen Krieg gegen alles „Russische“. Alles Gerede davon, in dieser Lage den Nationalisten „das Nationale“ nicht überlassen zu wollen, ist selbst eine Kapitulation vor dem Nationalismus und der eigenen herrschenden Klasse.

Mit einer leninistischen Nationalitätenpolitik hat das alles natürlich nichts zu tun. Diese müsste erstens vom Kampf gegen jede Form der nationalen Unterdrückung – und das ist in der Ukraine eben die Unterdrückung der Nicht-UkrainerInnen – und nicht umgekehrt ausgehen.

Zweitens hat der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht nichts mit dem Kampf für das „kulturelle Wiederaufleben“ der ukrainischen Nation zu tun. MarxistInnen verteidigen nie umstandslos das „Wiederaufleben“ der nationalen Kultur einer bürgerlichen Nation.

Natürlich gibt es in der Geschichte der ukrainischen Nation wichtige, bewahrenswerte progressive Elemente (wie in der jeder anderen Nation). Die „nationale Kultur“ der UkrainerInnen selbst ist aber wie die jeder anderen Nation eine bürgerliche Kultur – und kann daher nie als solche verteidigt oder gar zum Gegenstand ihre „Wiederbelebung“ gemacht werden.

Die Formel, die „nationale Dimension“ nicht den Nationalisten zu überlassen, ist daher in Wirklichkeit eine Kapitulation vor dem bürgerlichen Nationalismus und wird die Chauvinisten in der Ukraine nur bestärken, nicht besänftigen.

Die marxistische Nationalitätenpolitik verteidigt das Selbstbestimmungsrecht nicht, weil für sie „die Nation“ einen Wert an sich darstellen würde, sondern weil die Abschaffung aller Formen, die das Selbstbestimmungsrecht einschränken, darauf zielt, nationale Gegensätze, die aus der Unterdrückung

erwachsen, zu überwinden und so nationale Spaltungen der Unterdrückten zu überwinden (insbesondere die Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse).

Die Vierte Internationale und v.a. die sog. „Linke Opposition“ in der Ukraine haben diesen Pfad längst verlassen.

Dies wird auch nur notdürftig dadurch verhüllt, dass sie für die Bewegung im Osten wie auch gegen jene ukrainischen Linken, die gegen die Regierung kämpfen und von Repression bedroht sind, keinerlei Solidarität entwickeln. Das trifft nicht nur die obszönen Relativierungen des faschistischen Massakers von Odessa. Es betrifft auch das Schweigen bezüglich der Repression gegen GenossInnen von Borotba und die Kriminalisierung der Kommunistischen Partei der Ukraine. Unabhängig von allen politischen Differenzen ist es eine elementare Pflicht jedes Linken, jedes Demokraten (von KommunistInnen ganz zu schweigen), diese GenossInnen gegen die Repression zu verteidigen. Wer das mit dem Verweis auf die politischen Verbrechen der KP unter Janukowytsch – so real und groß sie auch waren – ablehnt, beweist nur, dass für ihn internationale Solidarität ein leeres Wort, eine bloße Phrase ist.

Im Gegenteil. So stimmen sie in die reaktionäre Hetze gegen die „Konferenz von Jalta“ vom Juli 2014 ein, auf der Linke aus Westeuropa, den USA, aber auch VertreterInnen aus Donezk und Lugansk, von Borotba und GenossInnen um Boris Kagarlitzki zusammentraten, um die Lage zu diskutieren und die Frage einer anti-faschistischen Bewegung gegen die Kiewer Regierung zu besprechen.

Angela Klein und andere Parteigänger des Maidan – von den in Osteuropa im Wesentlichen zum anti-kommunistischen Liberalismus gehörenden Anarchisten ganz abgesehen – haben diese Versammlung übelst denunziert (36). Wir verweisen hier auf eine Antwort eines britischen Genossen, der bei der Veranstaltung war (37), der diese Anschuldigungen klar

widerlegt.

Dasselbe trifft auf die Verleumdungen von Borotba zu. Auf diese hat unter anderem Andre Hunko ausführlich geantwortet (38). Es ist aber wohl besonders bemerkenswert, dass alle VerleumderInnen, auch wenn sie seitenweise über angebliche Zusammenarbeit mit Faschisten berichten, praktisch nichts zu Papier bringen, das eine inhaltliche Kritik darstellen würde. So hat z.B. die Konferenz von Jalta eine ausführliche Erklärung verabschiedet, die eine Mischung zwischen reformistischen und links-populistischen Vorstellungen darstellt.

Diese wurden in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht (39). In englischer Sprache haben wir auch eine Auseinandersetzung mit dieser Erklärung publiziert (40).

Es ist aber bemerkenswert, dass all die KritikerInnen nichts schrieben über die politischen Positionen von Borotba oder die politische Erklärung von Jalta. Der Grund ist einfach. Einer politischen Debatte über das Programm, über Strategie und Taktik im Osten der Ukraine und im Kampf gegen die Kiewer Regierung wollen diese Leute einfach ausweichen. Dabei ist das heute die dringlichste Aufgabe von revolutionären KommunistInnen in der Ukraine und international. Wir wollen daher zum Abschluss noch kurz unsere Position zur aktuellen Entwicklung darstellen.

Das Abkommen von Minsk

Nach Monaten des Bürgerkriegs in der Ukraine wurde am 7. September mit dem Abkommen von Minsk ein Waffenstillstand zwischen der Kiewer Regierung und den Aufständischen in Donezk und Lugansk vereinbart. Damit ist die offene militärische Konfrontation vorerst beendet – die großen Probleme des Landes sind damit natürlich nicht gelöst.

Der Waffenstillstand sieht zuerst eine Feuerpause und den

Austausch von hunderten Gefangenen auf beiden Seiten vor. Illegale Militäreinheiten, Kämpfer und Söldner hätten das Land zu verlassen, ein Amnestiegesetz soll Aufständische vor Strafverfolgung schützen. Darüber hinaus hält das Abkommen fest, dass Donezk und Lugansk Teil der Ukraine bleiben sollen, jedoch mit weitgehender Autonomie in finanzieller, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Ferner sollen möglichst rasch Kommunalwahlen im Osten des Landes abgehalten werden.

Man muss kein großes politisches Genie sein, um zu erkennen, dass diese Vereinbarung fast ebenso viele „Abmachungen“, wie strittige Punkte enthält, die in Zukunft im Kampf entschieden werden und keineswegs als sichere Vereinbarung gelten können. Wer legt z.B. fest, was eine „illegale Militäreinheit“ ist? Wer sichert wem Straffreiheit auf welchem Gebiet zu?

Vollkommen unklar ist, wer die bewaffneten Kräfte in einer zukünftigen Ostukraine organisieren kann oder darf. Erst gar nicht behandelt ist die Frage, wem die großen Unternehmen im Osten der Ukraine in Zukunft gehören sollen. Die dortigen Oligarchen wurden enteignet. Natürlich wollen sie „ihr“ Eigentum zurückhaben – so wie die Bevölkerung in Lugansk und Donezk diese den Räubern, Plünderern, den ostukrainischen Monopolkapitalisten sicher nicht wieder übergeben will.

Dass das Abkommen zustande kam, lässt sich leicht erklären. Die ukrainische Armee und ihre faschistischen und nationalistischen Hilfstruppen (Nationalgarde, Freiwilligenbataillone) standen kurz vor der militärischen Niederlage. Da war es für Poroschenko und Co. das geringere Übel, sich mit „illegalen“ Separatisten an einen Tisch zu setzen. Monatelang hatte die Kiewer Putschistenregierung, die ohne Unterstützung der westlichen Imperialisten kaum überlebensfähig ist, jede offizielle Beziehung zu den Volksrepubliken im Osten abgelehnt – und damit natürlich jede Verhandlungslösung praktisch unmöglich gemacht. Erst das Steckenbleiben ihrer Offensive und die drohende Einkesselung

ihrer Verbände haben zu einem „Gesinnungswandel“ geführt.

Nun saßen die Vertreter der ukrainischen Präsidentschaft und die „Gouverneure“ von Donezk und Lugansk am Minsker Verhandlungstisch. Ausgehandelt wurde das Abkommen von der OSZE unter Einbindung Russlands und natürlich auch der EU.

Zweifellos stellt das Abkommen eine diplomatische Niederlage der ukrainischen Regierung dar. Ein wirklicher Sieg der Aufständischen ist es aber auch nicht.

Kräfte an Kiews Seite

Auf Seiten der Kiewer Regierung waren es v.a. die Präsidentschaft um Poroschenko und sein „politischer Block“, die für das Abkommen eintraten. In der Ukraine repräsentieren sie heute v.a. das Bündnis mit der EU und den führenden europäischen imperialistischen Mächten.

Es ist daher kein Wunder, dass Poroschenko nicht nur von den Faschisten (Swoboda, Rechter Sektor, Ljaschko) massiv wegen „Verrats“ angegriffen wird. Auch die „Vaterlandspartei“ um Julia Timoschenko und der ehemalige Ministerpräsident Jazenjuk, der mit dem Wahlbündnis „Volksfront“ (bestehend aus Teilen der Vaterlandspartei, aber auch Faschisten wie der „Sozial-Nationalen Partei“ um ehemalige „Maidan-Kommandeure“) Ende Oktober zur Parlamentswahl antreten wird, greifen Poroschenko von rechts an. Darin sehen sie auch den einzigen Weg, eine Wahlniederlage zu verhindern. Ob das gelingt, ist zweifelhaft, weil sie erstens gespalten, zweitens aber selbst in dem Widerspruch gefangen sind, Poroschenko einerseits „Kapitulation“ vorzuwerfen, zum anderen jedoch selbst eingestehen zu müssen, dass die ukrainische Armee nicht in der Lage war, zu siegen.

Das ändert natürlich nichts daran, dass diese Kräfte jede Chance nutzen werden, einen neuen Feldzug gegen den Osten zu fordern, sobald sie die Zeit dafür gekommen sehen.

Außenpolitisch setzen sie auf die USA und ihre engeren Verbündeten in der EU. Für sie ist vollkommen klar, dass der Osten des Landes wieder unter die ungebrochene Herrschaft Kiews und des westlichen Imperialismus kommen soll, was nicht zuletzt durch Jazenjuks Lieblingsprojekt illustriert wird, eine Mauer an der Grenze zu Russland zu errichten.

Wie das Beispiel von Jazenjuks „Volksfront“ zeigt, ist auch der Übergang von „demokratischen“ nationalistischen Hetzern, imperialistischen Gefolgsleuten, Oligarchen-Marionetten zu den faschistischen Gruppierungen oft fließend. Im Bürgerkrieg konnten letztere sich weiter bewaffnen und bilden heute einen beachtlichen Teil des Repressionsapparates (v.a. die „Nationalgarde“).

Es ist also klar, dass der Waffenstillstand für diese Fraktionen, die allesamt eine Ukraine als Anhängsel des westlichen Imperialismus wollen, die allesamt mehr oder weniger aggressiv nationalistisch sind und die „natürlich“ die Betriebe im Osten ihren „rechtmäßigen Besitzern“, also Oligarchen vom Schlage Achmetows, zurückgeben wollen, nur eine Feuerpause darstellt, ihre Kräfte für den nächsten Schlag gegen die Arbeiterklasse (nicht nur im Osten des Landes) zu sammeln. Dieser muss natürlich nicht zwangsläufig oder in erster Linie militärisch sein – er wird aber unvermeidlich kommen.

Allerdings ist das Kiewer Lager von eigenen inneren Widersprüchen gekennzeichnet, die es in der nächsten Periode zu nutzen gilt.

Erstens gibt es einen realen Gegensatz zwischen Poroschenko und der EU/Deutschland einerseits und zwischen Jazenjuk und den USA andererseits. Das betrifft die Haltung zu einem möglichen Arrangement mit Russland. Deutschland u.a. EU-Staaten haben ein Interesse, einen für sie möglichst profitablen Kompromiss mit Russland zu schließen.

Die USA andererseits wollen, dass es an der Grenze zwischen zwei imperialistischen Rivalen bei einem Dauerkonflikt bleibt, der politische, militärische, diplomatische Ressourcen von beiden bindet. Auf der NATO-Tagung in Wales wurde Russland praktisch wieder zu einem Hauptfeind erklärt. V.a. die USA und ihren engeren Verbündeten wollen die NATO-Integration der Ukraine (gemeinsame Manöver) und die Aufrüstung der ukrainischen Armee wie der Frontstaaten zu Russland vorantreiben.

Aktuell findet das aber seine Grenze in den mangelnden Ressourcen Kiews, dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes inklusive drohenden Staatsbankrotts, der eigentlich nur durch imperialistische Hilfe verhindert werden kann, sowie in der Kriegsmüdigkeit von Teilen der ukrainischen Bevölkerung.

Poroschenko versucht vor diesem Hintergrund, die Parlamentswahlen zu nutzen, um seiner Herrschaft ein demokratisches Mäntelchen zu geben und das Kräfteverhältnis weiter zu seinen Gunsten zu verschieben.

Von wirklich demokratischen Wahlen kann natürlich nicht gesprochen werden. Nicht nur ist der Osten ausgeschlossen, auch wenn die Kiewer Regierung Pseudowahlen durchziehen will, indem in Lugansk und Donezk gemeldete BürgerInnen Abgeordnete für ihre Bezirke in anderen Landesteilen wählen dürfen. Hinzu kommt, dass ein Wahlkampf aller Parteien, die sich offen gegen die Kiewer Regierung stellen, praktisch nicht möglich ist. Die Kommunistische Partei ist zwar noch nicht verboten, befindet sich aber in einem Zustand der Halb-Legalität. Öffentliche Versammlungen werden von Faschisten gesprengt, TeilnehmerInnen zusammengeschlagen, in einzelnen Fällen auch ermordet. GenossInnen der KP, aber auch von linken, sozialistischen Organisation wie Borotba, werden verfolgt, festgenommen und des „Terrorismus“ angeklagt.

Der Osten

All das zeigt einmal mehr den erzreaktionären Charakter der Kiewer „Demokratie“, einer Allianz aus Oligarchen, Nationalisten und Faschisten. Mag diese auch ihre inneren Gegensätze haben – gegen die Arbeiterklasse und gegen alle Unterdrückten bildet sie einen Block.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es diese Regierung war, die den Krieg gegen den Osten der Ukraine, gegen Donezk und Lugansk angezettelt hat. Das „Verbrechen“ der dortigen Aufständischen bestand einfach nur darin, dass sie sich gegen die Putschistenregierung gewehrt haben, um faschistische Massaker wie in Odessa, die nationale Unterdrückung der russisch-sprachigen Bevölkerung und die Zerschlagung der Arbeiterklasse im Osten im Zuge der Zerstörung der Industrie infolge der EU-Konkurrenz zu verhindern.

Die Kiewer Regierung, der westliche Imperialismus, aber auch etliche „Linke“ stellen es gern so hin, dass sie gezwungen war, ihren Feldzug vorerst aufzugeben und den Waffenstillstand zu unterzeichnen – wegen einer wirklichen oder drohenden „russischen Invasion“!

Ohne Zweifel gab es v.a. seit dem Sommer 2014 mehr Unterstützung aus Russland. Aber erstens umfassten die Selbstverteidigungseinheiten von Donezk und Lugansk insgesamt rund 35-40.000 – und selbst die höchsten Zahlen der westlichen Presse bezüglich der russischen Kämpfer und Söldner gehen nicht über 5.000 hinaus.

Von einer „russischen Invasion“ kann also keine Rede sein. Anders als das Kiewer Regime jedoch hatten die Volksrepubliken zweitens die Bevölkerung auf ihrer Seite. Sie drückten einen realen Willen aus, dass sich die Massen nicht unter das Kiewer Diktat begeben wollten – so widersprüchlich und unklar ihre sonstigen Perspektiven auch sein mochten.

Das zeigt sich selbst in den Interviews, die ARD und ZDF nun aus dem Osten der Ukraine bringen, wo selbst deren ReporterInnen kaum UnterstützerInnen der Kiewer Regierung zu finden vermögen.

Kein Wunder, waren es doch diese vorgeblichen „Befreier“, die ganze Wohnviertel und die Produktionsanlagen, Bergwerke usw. bombardierten, die faschistische Mörderbanden bewaffneten und die Ostukrainer als „Untermenschen“ betrachteten.

Kein Wunder, dass rund eine Million EinwohnerInnen von Donezk und Lugansk (also rund ein Sechstel der Bevölkerung) nicht auf das Gebiet ihrer vorgeblichen „Befreier“, sondern ins „Reich des Bösen“, nach Russland geflohen sind.

Kein Wunder, wenn die ukrainische Regierung erst auf die Idee kam, einen „Hilfskonvoi“ für die Not leidende Bevölkerung zusammenzustellen, nachdem Russland hunderte LKW – sicher auch zu Propagandazwecken – Richtung Lugansk geschickt hatte.

Natürlich verfolgt Russland bei all dem seine eigenen wirtschaftlichen, politischen, geostrategischen imperialistischen Interessen. Zweifellos versucht die Regierung Putin, die Volksrepubliken in diesem Sinn zu nutzen und zu ihrem Instrument zu machen.

Doch das ändert erstens noch nichts am gerechtfertigten Kampf gegen die Kiewer Regierung. Zweitens zeigt auch die reale politische Entwicklung, dass die Interessen Russlands und der Volksrepubliken – ganz zu schweigen von deren Bevölkerung – keineswegs deckungsgleich sind.

Entgegen allen westlichen und ukrainischen Horrorszenarien will die russische Regierung keine Einverleibung von Donezk und Lugansk. Das läuft nicht nur ihren Wirtschaftsinteressen mit der EU zuwider. Russland müsste auch enorme Summen für den Erhalt und Wiederaufbau der Regionen zahlen – oder massive Unruhen einer stark proletarischen Region mit einer kampferprobten und bewaffneten Bevölkerung in Kauf nehmen. Und

schließlich will auch Russland nicht, dass Donezk und Lugansk zu einem Beispiel für die entschädigungslose Enteignung von Oligarchen werden.

In Donezk und Lugansk entwickelt sich zugleich auch unter den „Separatisten“ ein politischer Konflikt grundlegender Art. Erstens ist wie auf Kiewer Seite auch dort der Waffenstillstand umstritten, wird teilweise als „Kapitulation“ bezeichnet. Die entscheidende Konfliktlinie ist jedoch die strategische Zielsetzung der „Volksrepubliken“.

Auf der einen Seite finden sich im Bürgerkrieg gestärkte russisch-nationalistische Kräfte, die die endgültige Lostrennung von der Ukraine wollen. Für sie ist die Schaffung von Novarussia (Neurussland) das eigentliche Ziel. Ein Anschluss an Russland ist für sie eine Option, wenn auch nicht zwingend. In jedem Fall geht es um enge Partnerschaft. Ihnen schwebt natürlich ein kapitalistisches Neurussland vor, ein korporatistischer Staat. Anders als Putin (und natürlich erst recht die ukrainischen Oligarchen) wollen sie die enteigneten Fabriken den ukrainischen Oligarchen nicht zurückgeben. Das sicher nichts mit Prinzipien oder linken Positionen zu tun, sondern entspricht heute einfach der Massenstimmung im Osten. Zweitens schließt das keinesfalls eine zukünftige Privatisierung an „verantwortungsbewusste“ Unternehmer (womöglich aus Russland) durchaus ein.

Ihnen gegenüber stehen die „KommunistInnen“. Dieser Sammelbegriff umfasst die KP von Donezk und Lugansk, die sich praktisch von der Ukrainischen KP unabhängig gemacht hat, AktivistInnen radikalerer sozialistischer und kommunistischer Gruppen sowie KämpferInnen, die im Bürgerkrieg politisiert wurden. Sie planen die Gründung einer gemeinsamen Partei, der „Kommunistischen Partei des Donbass“.

Sie vertreten die Auffassung, dass der Kampf in Lugansk und Donezk „nur“ der Ausgangspunkt für den Kampf zum Sturz der Kiewer Regierung im ganzen Land wäre. Sie wollen eine

„gerechte Gesellschaft“ in der gesamten Ukraine, den Erhalt des ukrainischen Staates ohne Oligarchen und korrupte Bürokratie.

Ihr Programm ist eine Mischung aus linkem Reformismus und Populismus. Es ist aber sicherlich ein Ausdruck, den Aufstand im Osten zum Sprungbrett grundlegender sozialer Veränderungen zu machen. Die radikalsten Teile sprechen ähnlich wie Borotba von einer sozialistischen Umwälzung.

In all dem drückt sich aus, dass es im Osten der Ukraine nicht nur „Marionetten“ gab und gibt, sondern eine reale Massenbasis des Kampfes und einen politischen Differenzierungsprozess, der durch den Bürgerkrieg vorangetrieben wurde.

Ähnlich wie auf Kiewer Seite kommt es auch in diesen Regionen zu einer Neuformierung der Kräfte in Vorbereitung auf die unvermeidlichen nächsten Kämpfe. Die Wahlen in Donezk und Lugansk, die wahrscheinlich im November stattfinden, werden auch ein erster Test des Kräfteverhältnisses sein.

Als revolutionäre KommunistInnen haben wir von Beginn an die anti-faschistische, sozialistische Linke (insbesondere Borotba) im Kampf gegen die Kiewer Regierung aus Oligarchen, Neo-Liberalen und Faschisten unterstützt – trotz politischer und programmatischer Differenzen. Unsere Solidarität gilt auch heute diesen GenossInnen. Der Kampf gegen das Kiewer Regime, der Kampf für eine unabhängige, sozialistische Ukraine ist mit dem Waffenstillstand nicht beendet – er erreicht vielmehr eine neue Phase, wo die Eigentumsfrage und die Machtfrage klarer für das ganze Land hervortreten werden.

Endnoten und Anmerkungen

(1) Suchanek, Machtkampf in der Ukraine – Seine Ursachen und die Perspektiven der Arbeiterklasse, 1. Februar 2014, <http://www.arbeitermacht.de/infomail/726/ukraine.htm>

(2) Peter Main, Gegen den reaktionären Putsch und die

faschistischen Milizen, Neue Internationale 187, März 2014

(3) Ebenda

(4) Bornost/Pabst, Weder Brüssel noch Moskau, Marx 21, Ausgabe Nr. 35/2014, Seite 18-21, www.marx21.de

(5) Büro der Vierten Internationale, Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen, 8. Juni 2014, www.islinke.de

(6) Ebenda

(7) Ebenda

(8) Marx 21, Ausgabe Nr. 35/2014, Seite 18-21, www.marx21.de

(9) Marx 21, Ausgabe Nr. 35/2014, Seite 18-21, www.marx21.de

Interview mit Marx21

(10) Die Ukrainer kämpfen für eine bessere Gesellschaft, Interview mit Ilya Budraitskis, 20. Februar 2014, Marx 21, www.marx21.de

(11) Ebenda

(12) Borotba, Erklärung zum Massaker von Odessa am 3. Mai, Arbeitermacht-Infomail 747, <http://www.arbeitermacht.de/infomail/747/borotba.htm>

(13) Büro der Vierten Internationale, Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen, 8. Juni 2014, www.islinke.de

(14) Angela Klein, Die Wahlen in der Ukraine, SOZ 6/2014

(15) Ebenda

(16) Ebenda

(17) Büro der Vierten Internationale, Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen, 8. Juni 2014, www.islinke.de

(18) Angela Klein, Die Wahlen in der Ukraine, SOZ 6/2104

(19)

www.observerukraine.net/2014/05/17/socialist-campaign-for-kyiv-city-council

(20) Büro der Vierten Internationale, Volksbewegung und Imperialismen, www.islinke.de

(21) Frank Ickstadt, Ukraine am Beginn eines Bürgerkriegs?, Neue Internationale, Mai 2014

(22) Spiegel online, 23.4.

(23) Borotba, Hintergrund des Ukraine-Konflikts – eine Klassenanalyse,
<http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/hintergrund-des-ukraine-konfliktes-eine-klassenanalyse/>

(24) Wolodymyr Ischtschenko, "Maidan oder Anti-Maidan", SOZ 5/2014

(25) Baran Serhad, Die Reaktion herrscht in der Ukraine, 20. August 2014, www.klasse-gegen-klasse.org

(26) Frederik Haber, Die Auferstehung des russischen Imperialismus, in dieser Ausgabe des „Revolutionären Marxismus“, Seite 114 – 145

(27) Baran Serhad, Die Reaktion herrscht in der Ukraine, 20. August 2014, www.klasse-gegen-klasse.org

(28) Ebenda

(29) Ebenda

(30) Ebenda

(31) Leo Trotzki, Antworten auf einige Fragen, die spanische Lage betreffend (Gedrängte Zusammenfassung), 14. September 1937, in: Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39, Band

2 1936-39, Frankfurt/M., 1976, Text 69, S. 275, FN 19

(32) Ebenda, S. 275f.

(33) Büro der Vierten Internationale, Ukraine: Volksbewegung und Imperialismen, 8. Juni 2014, www.islinke.de

(34) Ebenda

(35) Ebenda

(36) Angela Klein, Querfront auf russisch, in: SOZ 9/2104, S. 15

(37) Richard Brenner, The Yalta conference on Solidarity with the Resistance in the South East Ukraine

<http://www.fifthinternational.org/content/yalta-conference-solidarity-resistance-south-east-ukraine>

(38)

www.andrej-hunko.de/component/content/article/7-beitrag/2119-zur-ukrainischen-linken-und-die-kampagne-gegen-borotba

(39) Die Erklärung von Jalta,
<http://kai-ehlers.de/texte/thesen/2014-07-16-erklaerung-von-jalta>

(40) Dave Stockton, A populist, not a communist manifesto,

www.workerspower.co.uk/2014/09/ukrain-yalta-conference-manifest

Revolution und Konterrevolution in der arabischen Welt

*Thesen der Liga für die Fünfte Internationale, Juni 14,
Revolutionärer Marxismus 46, Oktober 2014*

Der 3. Jahrestag des Ausbruchs der arabischen Revolutionen gab wenig Anlass zu Freudenfesten. Die Ereignisse in Ägypten, Syrien und Libyen markierten den Vormarsch einer Konterrevolution in unterschiedlichen Formen, die die meisten Hoffnungen und Errungenschaften von 2011 zermalmt hat.

In Ägypten wurde nach dem Putsch gegen den gewählten Präsidenten Mohammed Mursi unter dem Oberbefehl des Kommandeurs Abdel Fattah al-Sisi eine blutige Vergeltungskampagne gegen die Moslebruderschaft (MB) lanciert. Im August wurden Hunderte von der Armee getötet, als sie die Lager des Protestes auf den Plätzen Rabaa Al-Adawiya und al-Nahda auflöste.

Am 3. Jahrestag der Revolution brachten Polizei und Militär mehr als 50 MB-UnterstützerInnen um. AnhängerInnen der Jugendorganisationen, die die Revolution lostraten, wurden geschlagen und mittels Pfefferspray von den Straßen gejagt, um sie daran zu hindern, den Tahirplatz zu erreichen. Dieses mächtige Volkssymbol war für jene reserviert, die al-Sisi aufforderten, sich zur Präsidentialwahl zu stellen. AktivistenanführerInnen der Revolution vom 25. Januar wie Ahmed Maher, Ahmed Douma und Mohamed Adel von der Bewegung 6. April sind verhaftet und eingesperrt worden. Ihnen wird vorgeworfen, Demonstrationen ohne polizeiliche Erlaubnis organisiert zu haben.

Tausende sind interniert und es gibt Berichte über ausgedehnte Foltermaßnahmen und ungesetzliche Tötungen. Ein Gericht

verurteilte 528 Mursi-UnterstützerInnen zum Tode: weitere 700 vergleichbare Prozesse stehen noch an. Selbst wo die Urteile abgewandelt wurden, zeigen sie ein Ausmaß an Unterdrückung, das der frühere Diktator Hosni Mubarak nicht zu versuchen wagte. Die Tatsache von al-Sisis Wahl zum Staatspräsidenten unterstreicht nur den zutiefst konterrevolutionären Charakter der Geschehnisse seit dem Juliputsch. Der Staatstreich erfolgte in nicht geringem Umfang nicht nur dank der Rückendeckung von bürgerlichen Liberalen wie Mohammed El Baradei und Hamdeen Sabahi, sondern auch durch viele verworrene Revolutionäre aus 2011.

In Syrien haben das Regime Bashar Al-Assads und seine russischen, iranischen und libanesischen Protegés die Revolution in einen blutigen Bürgerkrieg verwandelt.. Schätzungen bewegen sich zwischen 100000 und 150000 Toten. 2 Millionen sind aus dem Land geflohen, 2/3 davon Frauen und Kinder. Zusätzlich sind 4 Millionen innerhalb des Landes vertrieben worden. In einem Land mit 22,5 Millionen EinwohnerInnen ist ein Viertel aus ihren Häusern verjagt worden.

Das Veto des russischen Imperialismus im UN-Sicherheitsrat, seine Lieferungen von Waffen und anderem Nachschubmaterial für Assad plus das Eingreifen von kampferprobten Hisbollah-Guerillas aus dem Libanon und der Revolutionären Garden aus dem Iran, sind maßgeblich für die Erfolge der Konterrevolution gewesen. Zur Zeit bleibt das die hauptsächliche imperialistische Intervention in Syrien, nicht die verbale Gestik von Obama, Cameron oder Hollande.

Letztere haben der Anti-Assad-Rebellion herzlich wenig materielle Hilfe gewährt. Tatsächlich hat ihre Furcht vor der unausweichlichen Bewaffnung ‚Al Khaidas‘, also irgendwelchen radikal-islamischen Kämpfern, sie davon abgehalten, überhaupt jemanden zu bewaffnen. Was an Nachschub kam, stammte aus Katar, Saudi-Arabien und der Türkei, die diesbezüglich weit davon entfernt sind, bloße Marionetten des weißen Hauses zu

sein. Das wird dadurch bezeugt, dass ihre Hilfe an die verschiedenen Strömungen von IslamistInnen floss, die ihnen am nächsten stehen und die die USA mehr fürchten als das Assad-Regime.

Doch die große Zahl sunnitischer Dschihadisten – einheimische wie auswärtige – wie die Al-Nusra-Front und die noch böartigere ISIS, ob sie nun Assad attackieren oder nicht, handelt als ‚Konterrevolution innerhalb der Revolution‘, begeht kommunalistische Gräueltaten und greift die Freie Syrische Armee (FSA) und die örtlichen Revolutionskomitees an. Sie sind auch ein Indikator für das starke reaktionäre Rückfluten, welches die Revolutionen des arabischen Frühlings befallen hat. Die aktuelle ISIS-Offensive im Irak hat überhaupt keinen fortschrittlichen Gehalt. Sie ist vielmehr geprägt durch einen umfassend sektiererischen Bürgerkrieg. Trotzdem müssen RevolutionärInnen jede Intervention seitens der USA und ihrer Verbündeten oder durch den Iran, um das nicht weniger reaktionäre Maliki-Regime zu festigen, verurteilen, sich ihr entgegenstellen.

In Bahrain schmachten die AktivistInnen von 2011 immer noch im Gefängnis, am berühmtesten die Bahrain 13. In Libyen zanken sich islamistische und Stammesverbände um die Beute der Revolution. In anderen arabischen Ländern herrscht tödliches Schweigen.

Nur in Tunesien schlagen gegenwärtig die Kräfte der Gewerkschaften, Jugend und Linken die Übergriffe sowohl der Feloul (Überbleibsel des alten Regimes) und islamistischer KonterrevolutionärInnen nieder. Aber auch hier haben sie sich in enorme politische Gefahr begeben, indem sie eine Übergangsregierung tragen, die verpflichtet ist, IWF-‚Reformen‘ umzusetzen. Ohne politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und Antikapitalismus könnte die Stärke tunesischer ArbeiterInnen auch durch die islamistische Demagogie radikalerer Salafistenbewegungen wie Ansar a-Sharia geschwächt werden, die unter Arbeitslosen und der Armut aktiv

ist.

In der Huffington Post bemerkte Al Jazeera's Chefanalyst Marwan Bishara: „Die schrecklichen Rückschläge in diesen beiden bedeutenden arabischen Nationen haben das Entzücken über die Revolution deutlich gedämpft und das Versprechen von Wandel unterhöhlt, wenn dieser noch mehr Instabilität, Gewalt und Verzweiflung mit sich getragen hat.“ Viele prominente AktivistInnen, besonders die in Ägypten eingekerkert sind für ihren Protest gegen die Repression im Gefolge von al-Sisis Coup vom 3. Juli, haben ihre Verzweiflung über die Ereignisse artikuliert, die ihre Hoffnungen scheinbar haben umschlagen lassen.

Ahmed Mader, Gründer der Bewegung 6. April, schrieb: „Alles ist zusammengebrochen.“ An eine zukünftige Generation JugendaktivistInnen gerichtet, schrieb er: „Statt dass eure Generation die Früchte des 25. Januar erntet, ist nun die Reihe an euch, von vorne anzufangen, nachdem der 25. Januar ausgemerzt wurde.“

Tatsächlich nützt es nichts, vorm Vorrücken der Kräfte der Konterrevolution die Augen zu verschließen. Den Irrtümern und Verbrechen der liberalen wie islamistischen Gruppierung zum Dank, die sich kurzfristig der Revolution bemächtigen konnten, formieren sich Herrschaftsgebilde ähnlich denen vor 2011 erneut. Was in Ägypten etwa im ersten Jahr unter al-Sisis Präsidentschaft abläuft, wird entscheidend sein.

Die Wirtschaftsprobleme des Landes könnten schnell Teile seiner Massenbasis entfremden. Das garantiert aber nicht die Herausbildung einer wirksamen Opposition gegen seine Herrschaft. Die opportunistische und fehlerhafte Politik der unabhängigen Gewerkschaften und der Linken bedeutet ein akutes Fehlen einer prinzipienfesten Führung, die eine Widerstandsstrategie gegen al-Sisi ausarbeiten kann.

Die Konfusion der extremen Linken und der Arbeiterbewegung ist

enorm. Z. B. unterstützten die Revolutionären SozialistInnen al-Sisis Amtsenthebung von Mursi ein Jahr, nachdem sie 2012 zu dessen Wahlunterstützung aufgerufen hatten, um Ahmed Shafik, 'den Kandidaten der Feloul', zu stoppen. Nachdem sie selbst Opfer der brutalen Unterdrückung geworden waren, gewährten sie bei der Präsidentialwahl 2014 Hamdeen Sabahi Gefolgschaft, dem zahmen Oppositionskandidaten, der al-Sisis Repression der MB befürwortete. Ebenso war der unabhängige Gewerkschaftsführer Kamal Abu-Eita für al-Sisis Staatsstreich und trat sogar als Arbeitsminister in dessen erstes Kabinett ein.

In den anderen wichtigen Staaten des arabischen Frühlings sind unterschiedliche Grade von Stillstand, Rückzug oder Niederlage der genuin revolutionären Kräfte gleichfalls nicht zu leugnen. Die demokratische Jugend und die ArbeiterInnen, die die revolutionären Bewegungen inszenierten, sind in den Hintergrund abgeschoben worden oder erlitten Märtyrertum in schockierendem Maß.

Die Vorstellung, Zugang zum Internet oder Satellitenfernsehen, die Nutzung 'sozialer Netzwerke' könnten als Schlüssel für unwiderrufliche demokratische Transformation fungieren, erfuhr eine gründliche Abfuhr. Die Illusion, spontane, friedliche Revolutionen, ohne Programm oder Anleitung durch politische Parteien, könnten diese Länder umkremeln, ist gleichfalls durch die Geschehnisse widerlegt. Alte bürokratische Institutionen, die Armee, die islamistischen Parteien, sogar kommunalistische Mörderbanden waren fähig, die großen Massenerhebungen, die von den Jungen vorbereitet und ausgelöst wurden, zu entern..

Gleichfalls weit vom Schuss ist es, für diese Niederlagen einzig die Verschwörung durch den US-Imperialismus und seine Verbündeten zu beschuldigen. Tatsächlich erwies sich das Handeln der Westmächte, vollständig konterrevolutionär in ihren Absichten, als eigentümlich unangemessen und wirkungslos. Jene Linken, die meinen, der Imperialismus existiere nur in der Einzahl, können kaum verstehen, was vor

sich geht.

Die Heerscharen der Konterrevolution erfahren machtvolle Hilfe vom russischen und chinesischen Imperialismus und ihren iranischen und – zu einem gewissen Teil – irakischen Klienten. Darüber hinaus verfolgen oft alte Alliierte der USA – Türkei, Saudi-Arabien, Golfstaaten wie Katar plus Israel – eine Politik, die den Wünschen der USA zuwider läuft. Obwohl sie oft entgegen gesetzte Seiten stärken, suchen alle diese Faktoren, eine Konterrevolution durchzudrücken, die ihre Interessen vorwärts bringt, indem sie den arabischen Revolutionen ein Ende setzen.

Doch trotz blutiger Rückschläge, politischer Verwirrung und Paralyse sind die Triebkräfte, die die Revolutionen 2010-11 starteten, noch nicht vollständig erschöpft. Die Gruppierungen der Konterrevolution sind weder allmächtig noch haben sie volle Kontrolle. Im folgenden Jahr werden sie vor denselben Problemen stehen wie sie die vorherigen Regimes erlebten: die Schwierigkeit, die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Nöte breiter Massen zu beseitigen. In Syrien zeigt allein, dass Assad auf iranische und libanesische Hisbollah-Truppen angewiesen ist, sein Rückgriff auf das Schüren sektiererischer Massaker, dass seine Kräfte zum Zerreißen gespannt sind.

In Ägypten konnte sich Abdel Fattah al-Sisi nur dank einer unheiligen und instabilen Allianz aus den Feloul und Liberalen etablieren, die sich zu einem ‚Ritt auf dem Tiger‘ des Militäroberkommandos aufmachten und unfähig sind, eine eigene soziale Basis zu schaffen. Wenn die Massen sich von den Regierungsmaßregeln nicht mehr täuschen lassen, ihren Attacken auf Gewerkschaften und Streiks, ihrer anhaltenden Niederhaltung der Linken, werden sie in immer größerer Zahl gewahr, dass sie keinen neuen Nasser, sondern einen neuen Mubarak eingesetzt haben.

Selbst wenn in Syrien, Ägypten und Tunesien Konterrevolutionen triumphieren sollten und eine betrügerische kapitalistische

‚Demokratie‘ in weit von den Träumen junger RevolutionärInnen vor 3 Jahren entfernter Gestalt eingerichtet wird, werden diese großartigen ‚Volksrevolutionen‘ (Lenins Bezeichnung) einen unauslöschbaren Stempel auf der Region hinterlassen und den Weg für künftige Großereignisse ebnen. So wie die russische Revolution von 1905, obgleich 12 Jahre später, sich als Generalprobe für eine weit großartigere Revolution erwies.

Die Aufgabe revolutionärer SozialistInnen im Nahen Osten, in Nordafrika und weltweit besteht in der Analyse der reichhaltigen Erfahrungen und der Verarbeitung der Lektionen der letzten 3 Jahre. Die Hauptthemen beinhalten: das Verhältnis der Jugend zur Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten und ausgebeuteten Schichten der Bevölkerung; ihr Hilfspotenzial für den Aufbau revolutionärer Organisationen; die Rolle alter und neuer Gewerkschaften während einer Revolution; die Bedeutung des Generalstreiks; das Verhalten zur Armee und der Gegensatz zwischen ihrem Oberkommando, ihrer Offizierskaste einer- und den Mannschaftsdienstgraden andererseits; islamistische politische Parteien und ihre liberalen prokapitalistischen GegnerInnen, und wie man sich von beiden nicht benutzen, missbrauchen lässt; die Rolle möglicher Bonapartes aus der Welt der Diplomatie und selbst der Unterhaltung; v. a. die Notwendigkeit einer revolutionären Arbeitermassenpartei, die die Fragen von Regierung, Macht für Jugend und Lohnarbeiterschaft, um soziale Gerechtigkeit und politische Demokratie zu erlangen, stellen und beantworten kann.

Es ist auch nötig, von revolutionären Strömungen an kritischen Punkten getroffene Entscheidungen unter die Lupe zu nehmen – sowohl korrekte und mutige wie schwerwiegende Fehler (siehe oben angeführte Unterstützung für Mursi und al-Sisi). Unterschiedliche, sich untereinander sogar befehdende, Abteilungen der Konterrevolution – einheimische wie auswärtige – haben aus solchen Irrtümern ihre Vorteile gezogen. Die Aufgabe besteht im Eintreten für fundamentale Prinzipientreue

und die strategischen und taktischen Vorschläge, die noch möglich sind und die konterrevolutionäre Rückflut umdrehen könnten, wenn die Massen sie annähmen. Selbst wenn bewiesen wird, dass die Geschehnisse 2013-2014 die revolutionären Periode beendet haben und eine der konterrevolutionären Reaktion eröffnen sollten, wird es verdammt Pflicht für die unausweichliche nächste Revolutionswoge in der Region sein, die Lehren aus dem arabischen Frühling zu ziehen.

Der revolutionäre Charakter des arabischen Frühlings

Lenins wohlbekannteste Analyse der Umstände, die Revolutionen einleiten, trifft voll auf die arabischen Revolutionen von 2011 zu. Sie treten ein, sagt er, wenn die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen „nicht mehr auf die herkömmliche Art leben wollen“ und zusätzlich die oberen Klassen nicht mehr in der Lage sind, „auf die alte Weise zu herrschen und regieren“, wenn „es für die herrschenden Klassen ausgeschlossen ist, ihre Herrschaft ohne Wandel aufrecht zu erhalten“, was zu einer „Krise der Politik der herrschenden Klasse“ führt, die „einen Spalt aufreißt, durch den Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen hervorbrechen“.

Das trifft mit voller Wucht auf die Situation in den arabischen Ländern in den Jahren, ja dem Jahrzehnt, zu, die der Explosion vom Winter 2010/Frühjahr 2011 unmittelbar vorausgingen. In vielen arabischen Ländern, besonders in Ägypten – die Komplizenschaft seines Regimes mit Israel und den USA war allzu offensichtlich – gab es Solidaritätsdemonstrationen von StudentInnen und Arbeitslosen mit den jungen Militanten der zweiten palästinensischen Intifada 2000-2002.

Die Hochphase der Globalisierung stürzte viele arabische Staaten in einschränkende finanzielle Abhängigkeit von den imperialistischen Zentren durch private

Auslandsdirektinvestitionen, IWF/Weltbank- und US/EU-Kredite. Die Kreditkonditionen verpflichteten sie, ihre Volkswirtschaften, Industrien und Dienstleistungssektoren noch weiter zu öffnen und die sehr begrenzten Sozialsysteme, Preiskontrollen, Lebensmittel- und Benzinsubventionen usw. herunterzufahren, die die nationalistischen Regimes zwischen den 1950er und 1970er Jahren geschaffen hatten.

Dann erzeugte der fieberhafte Aufschwung 2005-07, der diese Phase abschloss, eine gewaltige Inflation für Nahrungsmittel und Treibstoff ohne entsprechende Lohnzuwächse oder Arbeitsstellen für die Jungen. Das führte besonders in Ägypten zu Aufruhr und Streiks wegen Preissteigerungen. Wie Adam Hanieh feststellt (Lineages of Revolt): „Ägyptische ArbeiterInnen arbeiten oft 12 Stunden täglich und müssen zwei Jobs verrichten, verdienen 81% weniger als ArbeiterInnen in der Türkei, 65% weniger als solche in Tunesien, 40% weniger als in Indien und 15% weniger als selbst in Pakistan.“ Zwischen 2004 und 2009 griffen bei 1900 Protesten 1,7 Millionen ArbeiterInnen zum Mittel des Streiks.

Das trockene Zunder für eine Revolte existierte im Übermaß in Ländern wie Ägypten und Tunesien in Gestalt einer Aktivistenvorhut junger StudentInnen und ArbeiterInnen, gestählt durch Regimeunterdrückung, aber noch in der Lage, halblegal und halb im Untergrund zu operieren.

Eine gründliche Lektion kann aus Lenins Staat und Revolution gelernt werden. Hier bezieht er sich auf Marxens extrem tiefschürfende Bemerkung, dass die „Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschine die ‚Vorbedingung für jede wirkliche Volksrevolution‘ ist“. Lenin beobachtet, dass Marx' Bezugnahme auf eine Volksrevolution für jene MarxistInnen merkwürdig schien – vielleicht war ihm seine Feder durchgegangen – die groß wurden unter der menschenwürgenden Antithese zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution'. Er definiert als Volksrevolution eine, in der (a) „die Masse des Volkes, seine

Mehrheit, die untersten sozialen Gruppen, durch Unterdrückung und Ausbeutung niedergehalten, sich eigenständig erhoben und dem gesamten Verlauf der Revolution den Stempel ihrer eigenen Forderungen aufdrückten, ihr Streben, auf ihre eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der alten, die sich in Zerstörung befand, aufzubauen“.

Er fügt hinzu (b), eine ‚Volks‘revolution, die wirklich die Mehrheit in ihrem Sog mitreißt, kann nur eine sein, die Proletariat und Bauernschaft umfasst. Diese beiden Klassen machen dann das ‚Volk‘ aus. Eine solche Volksrevolution, vorausgesetzt sie zerschlägt die bürokratisch-militärische Staatsmaschine, könnte den Grundstein legen für „ein freies Bündnis zwischen armen Bauern und den Proletariern, wohingegen ohne eine solche Allianz, Demokratie instabil und die sozialistische Umwälzung unmöglich ist“.

Lenin fügt hinzu, nicht alle bürgerlichen Revolutionen seien Volksrevolutionen. Er zitiert als Beispiel die Offiziersrevolution der Jungtürken im osmanischen Reich. Und nicht alle Volksrevolutionen sind bei der ‚Zerschlagung‘ erfolgreich und scheitern deswegen. Hier führt er die russische Revolution 1905 an. Es sollte unterstrichen werden: Lenin betont, ohne Zerschlagen des alten Unterdrückungsapparats sei nicht nur ein Weitergehen zum Sozialismus ausgeschlossen, sondern auch der Erhalt dessen, was er stabile Demokratie nennt, d. h. eine, die gegen konterrevolutionären Umsturz gefeit ist.

Die sozialen Ursachen für die Massenunzufriedenheit wurden durch die globale Wirtschaftskrise verschlimmert. Die Jahre nach 2008 öffneten die Region für die Explosion einer Weltkrise, wie sie seit 1945 nicht ihresgleichen gefunden hat. Sie steigerte das schon wirklich hohe Niveau an Arbeitslosigkeit, besonders unter den Jungen. Das schuf die objektiven Bedingungen für ein regionales revolutionäres Erdbeben. Die anfangs Protestierenden forderten Maßnahmen gegen Hunger, Unterbeschäftigung und Inflation. Ihnen

schlossen sich schnell GewerkschafterInnen, StudentInnen, LehrerInnen und RechtsanwältInnen an, die politische Forderungen gegen Korruption, Polizeibrutalität, für Versammlungs- und Meinungsfreiheit erhoben.

Die tunesische Forderung nach ‚Würde‘, - ein Wort, das später in den Parolen in Syrien, Ägypten und anderswo wiederholt werden sollte – drückte die jahrzehntelang aufgestauten Frustrationen ‚normaler‘ BürgerInnen aus über ihre täglichen Erniedrigungen durch BeamtInnen, die routinemäßig Schmiergelder verlangten und PolizistInnen, die junge Menschen einschüchterten, festnahmen, schlugen und manchmal umbrachten – ohne Grund und straflos.

Am deutlichsten war die Entfremdung unter einer Jugendgeneration zu spüren, die eine Universitätsausbildung von einer Gesellschaft erhalten hatte, wo es keine Aussicht gab, jemals daraus Nutzen ziehen zu können. Dank zunehmenden Zugangs zu Medien außerhalb der Kontrolle ihrer eigenen Regimes, wurde diese jungen Leute eine Welt gewahr, wo Menschen wie sie selbst nicht so gemein behandelt wurden.

Die Forderungen, welche ‚das ganze Volk‘ oder wenigstens einen substantiellen Teil davon auf die Straße brachten, waren solche, die klassisch mit der Schaffung bürgerlich-demokratischer Systeme in Zusammenhang gestellt wurden: echter politischer Pluralismus, Verantwortlichkeit des Staats gegenüber seinen BürgerInnen bei freien Wahlen, Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Einschüchterung durch die staatlichen Unterdrückungsorgane, d. h. ‚Rechtsstaatlichkeit‘.

Selbst hierbei erwies sich als ausschlaggebend das Handeln der städtischen Arbeiterklasse, das Spaltungen im Staatsapparat provozierte und Ben Alis Flucht aus Tunesien erzwang. Auch in Ägypten war es die Gefahr, dass sich eine Welle von Arbeiterstreiks den Platzbesetzungen und blutigen Zusammenstößen in Alexandria und Suez anschließt, die letztlich das Militär überzeugte, Mubarak fallen zu lassen.

Die arabischen Revolutionen von 2011 ergriffen direkt wenigstens 5 ‚republikanische‘ Diktaturen (Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien und Jemen) und eine halbabsolutistische Monarchie (Bahrain). Die Länder, in denen die Ausbrüche sich schnell erledigt hatten oder unbedeutende Angelegenheiten blieben, waren oft solche, wo Invasionen, Besatzungen und Bürgerkriege bereits den entzündbaren Stoff für Rebellionen erschöpft hatten: Algerien, Sudan, Palästina, Libanon, Irak, Iran etc. Nichtsdestotrotz erwies sich der arabische Frühling als größte Revolutionswelle seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der ‚real existierenden Sozialismen‘ Osteuropas von 1989-91.

Der besondere Verlauf jeder Revolution oder Erhebung war Resultat gemeinsamer Züge, die sich mit spezifisch nationalen verbanden. Diese beinhalteten nicht nur die unterschiedlichen politischen Regimes wie traditionelle dynastische Monarchien oder militärisch-bonapartistische Republiken, sondern auch distinkte sozioökonomische Faktoren, die Öllrentierstaaten wie Saudi-Arabien, die Golfemirate und Libyen oder die mehr von Industrie und Handel geprägten Volkswirtschaften wie Ägypten, Tunesien und Syrien stützten. Irak besaß Merkmale der letzten beiden Kategorien.

Falsche Revolutionen, aber echte Konterrevolutionen

Gene Sharp, oft als führender Verfechter des Konzepts friedlicher nicht-ideologischer Revolutionen bezeichnet, argumentiert, es sei möglich, Regierungen mittels Massenmobilisierungen von ‚Volksmacht‘ ohne irgendeine Revolution im akzeptierten Wortsinn überhaupt zu ersetzen. Solche ‚Revolutionen‘ – selbst wenn sie keine Verschwörung zwischen US- und EU-Geheimdiensten und westlichen ‚Demokratie- und Menschenrechts‘-Stiftungsgesellschaften und zum Hohn fälschlich so gen. Nichtregierungsorganisationen (NGO) verkörpern – werden von den ‚demokratischen Imperialismen‘

leicht unter die Fittiche genommen. Die Farb- bzw. Blumenbezeichnung hilft jegliche politische Genauigkeit über deren Ziele vermeiden.

Dies strategische Modell wurde scheinbar bestätigt durch eine ganze Reihe von Regierungswechseln wie der ‚Rosenrevolution‘ in Georgien, der ‚orangenen‘ Revolution in der Ukraine, der ‚Tulpen-/rosafarbenen Revolution‘ in Kirgistan, der ‚Zedernrevolution‘ im Libanon und der ‚grünen‘ Revolution im Iran. In Tunis und Kairo maß sie sich an der Realität, wo die Bestrebungen, sie ‚Jasmin-‘, bzw. ‚Lotusrevolution‘ zu taufen, sichtbar scheiterten. Die ägyptische Revolution, bei der über 800 starben, war in keinem Sinn eine Gene Sharp-‚Revolution‘. Unverzagt machten sich die imperialistischen Strategen daran, die Occupy-Bewegung und den Tahrirplatz nachzuäffen mit ihrem Schwindel von der ‚Maidanrevolution‘, die die US-Regierung in der Preisklasse von 5 Mrd. \$ finanzierte.

In Ägypten konnte eine amorphe Bewegung mit der einfachen und negativen Parole ‚das Volk verlangt den Sturz des Regimes‘ tatsächlich 2 Präsidenten in Folge ‚absetzen‘. Aber sie zerstörte nicht das Militärregime hinter der politischen Fassade aus Präsident, Parlament, Oberstem Gerichtshof usw. Die Armee hat dreimal gezeigt, dass sie das politische Amt weiterzureichen versteht, um zu vermeiden, dass die Macht in die Hände des Volks fällt.

Zuerst übertrug sie die Macht von Mubarak auf Feldmarschall Tantawi, dann (neidisch und hinterlistig) von Tantawi auf Mursi. Diese ‚Macht‘ sollte sich als tödliche Falle für die Bruderschaft erweisen. Sie profitierte von einer teils echten, teils geschürten Massenerhebung gegen Mursi. Diesmal übertrug sie die Macht von Mursi auf Al-Sisi. Mehr noch, mithilfe der Liberalen, einer Abteilung der revolutionären Jugend (in Tamerod) und einem von den Medien inszenierten Personenkult um Al-Sisi installierte sie erfolgreich eine neu militärbonapartistische Diktatur, die anschließend in einer Plebiszitwahl legitimiert wurde.

Somit wird gegenwärtig in Ägypten der konterrevolutionäre Grundzug der liberalen Bourgeoisie präsentiert, der seit anderthalb Jahrhunderten bei jeder Revolution bestätigt ward. Es zeigt, dass dem Proletariat als einzig konsistenter revolutionärer Klasse – durch den Kapitalismus selbst erschaffen – zufällt, die Rolle auszufüllen, die in den ‚klassischen‘ bürgerlichen Revolutionen vom Bürgertum oder seinen Agenten gespielt wurde: die demokratische Revolution zu vollenden und ihre Errungenschaften dauerhaft abzusichern. Jene wiederum braucht sie für ihre Unabhängigkeit als Klasse.

Während deshalb das Proletariat durch die geschichtlichen Umstände aufgerufen ist, alle verschiedenen anderen unterdrückten Klassen hinter sich her zu führen, kann es diese führende Rolle nicht annehmen, ohne seine eigenen Forderungen zu erfüllen, die „despotische Übergriffe auf das Recht des Privateigentums“ (Kommunistisches Manifest) verlangen und schließlich den Sturz des Kapitalismus selbst. Um das zu erreichen, ist es erforderlich, zum subjektiven, d. h. bewussten Agenten der sozialen Revolution emporzusteigen.

Um ihre eigene letzte Niederlage zu verhindern, muss die demokratische Revolution von der Vervollständigung demokratischer Aufgaben zur Inangriffnahme sozialistischer Aufgaben übergehen. Das ist ohne das Zerschmettern des alten Repressionsapparats unmöglich: der paramilitärischen und Geheimpolizei, der Spionage- und Überwachungsmaschine. Dieses ‚Zerschmettern‘ erfordert v. a. die Befreiung der einfachen SoldatInnen von der Kontrolle durch ihr Oberkommando und ihr Offizierskorps. Dann, nur dann, können ‚Armee und Volk eine Hand (bilden)‘.

Zur gleichen Zeit gebietet die Grundlage der neuen proletarisch-demokratischen Ordnung die Demokratisierung der Armee durch Soldatenkomitees oder -räte und parallel dazu die Aufstellung einer Volksmiliz, die sich aus ArbeiterInnen, BäuerInnen und der Stadtarmut rekrutiert. Diese muss unter Kontrolle von Soldaten- und Arbeiterkomitees stehen, mittels

regelmäßiger Wahl von OffizierInnen etc. Nur so wird es möglich zu verhindern, dass Milizen unter den Einfluss von Stammes-, islamistischen oder schlicht kriminellen Elementen geraten, wie wir es in den Bürgerkriegen in Libyen und Syrien gesehen haben.

Diese Umstrukturierung kann nicht dem spontanen oder unvermeidlichen ‚Prozess‘ überlassen bleiben. Dafür muss bewusst eingestanden werden, zunächst von einer Minderheit innerhalb der eigenen Ränge der Lohnarbeiterklasse, die – in den Worten des Kommunistischen Manifests – „den allgemeinen Gang, die Bedingungen und schließlich die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ klar versteht, kurz, eine revolutionäre Arbeiterpartei.

Der halbkoloniale Militärstaat: Produkt einer schwachen Bourgeoisie

Kolonialbesatzung und ökonomische Ausbeutung der bevölkerungsreichsten arabischen Länder, nach 1945 abgelöst durch halbkoloniale Ausbeutung zugunsten des US-Imperialismus, vereitelten das Wachsen einer ‚nationalen Bourgeoisie‘ in Ägypten, Syrien oder Irak. Obwohl militärbonapartistische Herrschaftsgebilde zwischen den 1950er und 1980er Jahren eine gewisse staatskapitalistische Entwicklung fördern konnten, versagten sie völlig bei der grundlegenden Aufgabe, eine nationale Unabhängigkeit zu erreichen. Es gab kein arabisches Gegenstück zu Italiens Piemont oder Deutschlands Preußen, das ausländische Eindringlinge hinauswerfen oder die arabische Welt einigen konnte.

Eines der augenfälligsten Schwächemerkmale der nationalen Bourgeoisie in den arabischen Staaten ist ihre verachtenswürdige Unterwürfigkeit unter eine diktatorische Staatsmaschine, die einen solch großen Teil des Nationaleinkommens verschlingt und ihre Privilegien wie politische Macht z. T. auf Kosten des Bürgertums selbst

verteidigt. Das ist das Problem mit dem Bonapartismus, dem wenige arabische Staaten entkommen sind, wenn überhaupt (vielleicht nur der Libanon).

Selbst wenn die ‚Bonapartes‘ an der Spitze dieser Regimes aufrichtige arabische Nationalisten waren wie Nasser oder der junge Ghaddafi – stark in antiimperialistischer und antizionistischer Rhetorik und heftig populär bei den Massen, ist doch der Kern ihrer Herrschaftsgebäude immer die Militärkaste gewesen. Demokratische Freiheiten (besonders für unabhängige Gewerkschaften oder Parteien der Linken) existierten im Grunde genommen nicht. Darüber hinaus entwachsen sie alle schnell ihren radikalen, ‚revolutionären‘ Wurzeln, mutierten zu korrupten, parasitären und erstickenden Unterdrückungsregimes. Oft bewerkstelligten sie den Übergang von einem Anti- zu einem Pro-US-Standpunkt in diesem Prozess. Die Zivilgesellschaft, selbst ihre bürgerliche Elite, ist schwach und unfähig geblieben, diese haarsträubenden ‚Prätorianergarden‘ ihres Amtes zu entheben.

In Mubaraks oder al-Sisis Ägypten hat sich keiner der beiden Hauptflügel des Bürgertums – Islamisten und ‚säkulare Liberale‘ – fähig gezeigt, der Macht des Militärs die Stirn zu bieten. Das Militär ist selber eine Wirtschaftsmacht. Es wird durch US-Militär- und -wirtschaftshilfe als Belohnung für die Bewahrung eines reaktionären Friedensabkommens mit Israel getragen. Es kontrolliert ein großes Imperium von Unternehmen, die bis zu 40% der Wirtschaft des Landes ausmachen.

In Assads Syrien steht ein aufgeblähter Militär- und Geheimdienstapparat, der angeblich existiert, um das Land gegen Israel zu schützen, und teilweise auf Basis von Verwandtschaftsbeziehungen und sektiererischen Netzwerken rekrutiert wird, gewalttätig und bedrohlich ‚über‘ der Gesellschaft als Ganzes. Der Unterschied ist, dass er auf Geldquellen und Waffen fußt, die anfänglich aus der Sowjetunion stammten und später aus dem neuen imperialistischen Russland unter Putin.

In beiden Fällen sind die oberen Ränge des Staatsapparats zum Teil in die Bourgeoisie aufgenommen, entweder ‚legal‘ oder durch verschiedene Formen der Bestechung. Sie nutzen den Staatsapparat als Verteilernetz für Gönnerschaft zugunsten einer breiteren Basis aus den mehr plebejischen Klassen. Das verleiht der ‚Armee-Staatsbourgeoisie‘ die Fähigkeit, das ganze Bürgertum zu befehligen, ihm unproduktive Renten abzutrotzen und mit der Drohung sozialen Chaos‘ zu erpressen, falls die ‚private‘ Bourgeoisie ihr die Flügel zu stützen oder ihre Exzesse einzuschränken sucht.

Das halbkoloniale System und die Rolle imperialistischer Mächte

Solche Herrschaftsstrukturen sind nicht einfach Produkt innerer Dynamik, sondern der Stellung dieser Länder innerhalb des globalen Systems. Die Weltmärkte werden dominiert von den bürgerlichen Klassen der imperialistischen Länder, die internationale Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Welthandelsorganisation (WTO) benutzen, um diese Märkte zu ihren Gunsten zu manipulieren. Das stellt sicher, dass die ‚Privatbourgeoisie‘ nicht schlicht aus ihrem halbkolonialen Joch ihren Weg durch Handel finden kann, selbst wenn sie wie im Falle ölreicher arabischer Golfstaaten im Besitz einer strategischen Weltware ist.

Unfähig starke nationale Märkte für sich selbst zu entwickeln, ist das Bürgertum gezwungen, diesen Teil ihrer historischen Rolle an den Staatsapparat abzutreten, der sie durch Gründung nationaler Monopole ausfüllt. Das bildet dann die materielle Grundlage für eine Ideologie, die durch solche Kanäle wie die Massenmedien und das Erziehungswesen gefördert und verbreitet wird, gemäß der die Armee selbst ‚Repräsentantin des Volkes‘ und deshalb eine Quelle politischer Legitimität nach eigenem Gusto ist. Ein kriegerischer, aber hohler ‚Nationalismus‘ formt das Kernstück dieser Ideologie, selbst wo das tatsächliche Register der Verteidigung von des Landes

nationaler Unabhängigkeit oft wenig Ruhmreiches enthält.

Zudem bildeten die arabischen Diktaturen kollektiv ein regionales System, das durch seinen Platz in der imperialistischen Weltordnung geprägt wurde. In ihr spielt Israel die Rolle des Wachhundes und Vollstreckers für den US-Imperialismus. Es setzt seine Militärmacht ein, um jedes arabische Regime zu bestrafen, das seine erlaubten Grenzen überschritt und stützt jeden Staat zurecht, der Israels Monopol als herrschende Regionalmacht zu brechen drohte.

Die Türkei half als NATO-Mitglied und militärischer Verbündeter Israels, 'nationalistische' arabische Regimes wie Syrien und Irak einzudämmen. Saudi-Arabiens Ölreichtum wurde eingesetzt, um reaktionäre Bewegungen – nicht alle darunter 'islamisch' – über die ganze arabische Welt zu finanzieren, Diktaturen wie Mubaraks und Ben Alis den Rücken zu stärken.

Die erdölreichen arabischen Golfstaaten fungierten alle als soziales 'Sicherheitsventil', das ArbeitsmigrantInnen und sonstige unterbeschäftigte FreiberuflerInnen aus den ärmeren und bevölkerungsreicheren arabischen Staaten und darüber hinaus aufnimmt. Dieses 'Sicherheitsventil' kann auf- und zuge dreht werden. Es belohnt freundliche Regimes und bestraft andere so wie bei Saudi-Arabiens Ausweisung jemenitischer Staatsangehöriger im Gegenzug zur Unterstützung ihres Landes für Saddams Irak 1991 im Golfkrieg um Kuwait. Dieses Regionalsystem erblickte während des Kalten Krieges das Licht der Welt und schloss einen Platz für sowjetisch unterstützte 'nationalistische' Regimes in Ägypten (bis zu Sadats Wende zu den USA hin), Syrien, Irak, Libyen, Jemen und Algerien ein. Obwohl Ägyptens Militär anschließend jährlich Milliarden an Militärhilfe erhielt, um das Camp David-Abkommen von 1978 aufrecht zu erhalten, das das offizielle Ende des 30-jährigen Kriegszustands mit Israel besiegelte, schwächten und untergruben eine Reihe von Ereignissen das gesamte Gebilde. Zuerst stürzte 1979 die iranische Revolution den Schah, die andere dicke Säule für regionale Stabilität des US-

Imperialismus. Dies nötigte die USA 1980, Saddam Husseins Invasion des Iran zu ermutigen in der Hoffnung, dass Irak und Iran in den folgenden 8 verheerenden Jahren sich gegenseitig abnutzten. Dann stellte die US-geleitete Invasion des Irak 2003 es auf eine weitere Zerreißprobe und stärkte unabsichtlich Irans Position als Regionalmacht dadurch, dass die USA von pro-iranischen, schiitischen Politikern abhing, um Iraks Befriedung sicherzustellen. Seit der Wahl der türkischen Islamischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) im November 2002, ist die Türkei von Israel abgedriftet und entwickelte eigene regionale Gelüste, prallte öffentlich mit Israel zusammen über dessen Angriff auf die ‚Gaza Freiheitsflottille‘ im Mai 2010.

Die strategische Schwäche des arabischen Frühlings: keine Zerschlagung des militärbonapartistischen Staatsapparats

Die anfänglichen Aufstände in Ägypten und Tunesien vermochten es nicht, den Staatsapparat entscheidend zu zerschlagen, da es nicht gelang, die einfachen Soldaten auf die Seite des Volkes zu ziehen und die Kontrolle der alten Befehlsgewalt und des Offizierskorps zu brechen. So aber blieb der Kern des alten Regimes erhalten. Der alte ‚Feloul‘-Machtapparat stellte seine Erhaltung sicher und nahm Gelegenheit sich neu zu formieren, sie nutzen dabei teilweise die Legitimität des Umsturzes, der die Tyrannen gestürzt hatte, denen sie vorher selbst gedient hatten.

Am wichtigsten war, dass die Militärherrschaft mit all ihren wirtschaftlichen Pfründen und ihrer autonomen Gerichtsbarkeit und Gefängnissen die Situation unbeschadet überstehen konnte. Der einzige Preis, den sie entrichten mussten, war die Ersetzung der vergreisten Garde durch frische unbelastetere Kräfte. Als Resultat wurden große Teile der revolutionären Aktivisten gefangen gehalten, auch in Militärgefängnissen gefoltert und dann vor Militärgerichte gestellt und

abgeurteilt. Das zeigte sich deutlich in Ägypten, wo zuerst Tantawi und dann al-Sisi die gewaltige Macht und Reichtümer des Militärs ohne geringste Einbußen bewahren und alle Schande auf die Moslebruderschaft abwälzen konnten.

Ein Grund dafür war darin zu suchen, dass die revolutionäre Bewegung sich auf die friedliche Taktik von Platzbesetzungen und die Agitation um die Losung ‚Armee und Bevölkerung Hand in Hand‘ beschränkte. Die jugendlichen RevolutionärInnen nahmen dieses Gemisch von Pazifismus, Illusionen in die Armee, Mangel an klarer Strategie zur Machteroberung und fehlender Konkretion in den Forderungen von ihren liberalen und libertären Mentoren in den USA und Europa auf.

Natürlich kann eine sich rasch ausbreitende Revolution mit Massencharakter kein ausgefeiltes und vielschichtiges Programm annehmen, doch eine revolutionäre Führung könnte und sollte die Bewegung um Kernforderungen und Losungen scharen, die nicht nur die Bedürfnisse der Massen ausdrücken, sondern auch auf die Schwachpunkte des Regimes abzielen. Darin lag die Bedeutung der rastlosen Agitation der Bolschewiki für ‚Brot, Land, Frieden‘, ‚Alle Macht den Sowjets‘, ‚sofortige Einberufung der Verfassung gebenden Versammlung‘ und ‚Arbeiterkontrolle über die Produktion‘.

Eine Losung wie ‚Armee und Bevölkerung Hand in Hand‘ hätte zwar eine Grundlage für die Verbrüderung mit den einfachen Soldaten sein können, aber da sie unter der Kontrolle des alten Militärapparats blieben, drückte sich in der Formel eine riesenhafte Selbsttäuschung aus und sollte sich als verhängnisvoll in den Tagen nach dem 30.7.2013 erweisen, denn sie wurde dann zum bewussten Deckmantel durch die Militärführung für den konterrevolutionären Staatsstreich.

Die älteren Revolutionsmodelle, besonders die des Bolschewismus, die ignoriert oder geschmäht werden von Advokaten der Gewaltfreiheit wie dem US-Professor Gene Sharpe, geben eine viel klarere Antwort: wenn die einfachen Soldaten

nicht der Kontrolle der Offizierskaste und des Apparats entrissen werden können, würde das Regime, dessen Sturz die Bevölkerung wollte, den Rücktritt ihrer Führungsfigur und seiner Familie überleben. Beispiele in Ägypten und in gewissem Grad auch in Tunesien und im Jemen haben dies bestätigt.

In Syrien wiederum hat der totalitäre Staatsunterdrückungsapparat seine Führungsfigur nicht fallen gelassen – im Interesse seiner Selbsterhaltung. Stattdessen blutete er stark aus und setzte sich eine Anzahl von einzelnen Deserteuren aus der Wehrpflichtigen-Armee des Landes ab und formierte den Kern einer losen und schlecht ausgerüsteten ‚bewaffneten Opposition‘ gegen das ba’athistische Regime in Form der Freien Syrischen Armee FSA.

Der Wohlstand der heimischen Bourgeoisie ist teilweise abhängig von der Beibehaltung der korrupten Verbindung mit dem Staat. Diese blieb fest hinter dem Assad-Regime, verstärkte jedoch damit ihre Unterordnung unter jenes. Ihre ‚oppositionellen Verwandten‘ im Exil versuchten ihre eigene Schwäche und Unfähigkeit zur Beeinflussung der Ereignisse vor Ort durch Appelle an die westlichen imperialistischen Mächte um Unterstützung auszugleichen, wengleich sie bei diesen vergeblich um militärisches Eingreifen zu ihren Gunsten nachsuchten.

Sie ließen sich nicht nur durch die nahezu uneingeschränkte Fähigkeit zu Gewaltanwendung des Assad-Regimes gegen die eigene Bevölkerung einschüchtern, sondern erschraaken auch bei dem Gedanken, dass die Massen, bewaffnet in Selbstverteidigungsorganen, sich nicht mehr willens erwiesen, zu ‚normalen Verhältnissen‘ zurück zu kehren, wenn sie Assads Sturz aus eigener Kraft herbeiführten.

Nationalismus und Internationalismus

Vor dem Hintergrund eines gemeinsamen kulturellen Erbes und Sprache hat der Aufstieg des Nationalismus im 20. Jahrhundert

Bestrebungen für eine geeinte arabische Nation hervorgebracht, einen allarabischen Nationalismus. Dieses strategische Ziel wurde auch von den frühen kommunistischen Parteien angenommen und während der Periode ihrer Stalinisierung beibehalten. Der panarabische Nationalismus wurde auch von den imperialistischen Mächten, v. a. Frankreich und Britannien, bei ihren Manövern gegen das zerfallende osmanische Reich benutzt. Sobald der Sieg jedoch errungen war, verrieten sie sofort ihre arabischen Verbündeten und teilten die Region unter dem Schleier des Mandats der Vereinten Nationen auf.

Die Realität der Balkanisierung der Region garantierte, dass herrschende Klassen und militärische Eliten in den ‚künstlichen Staatsgebilden‘ entstehen konnten. Die Grenzen wurden von Bürokraten in Europa gezogen und ignorierten die kulturellen und ethnischen Identitäten der Bevölkerungen in der gesamten Region. Nichtsdestotrotz lebte der allarabische Nationalismus als Bestrebung unter großen Teilen der Bevölkerung weiter und hat heute auch noch zu einer spontanen Identifikation und Sympathie mit den Kämpfen der Unterdrückten in der gesamten Region geführt.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Region zu einer politischen Hauptschnittstelle zwischen den imperialistischen Westmächten, angeführt von den USA, und dem ‚Ostblock‘. Beide Seiten hatten zwar ihre jeweiligen Einflussphären und Hauptverbündeten unter den herrschenden Klassen, doch der Dreh- und Angelpunkt des Systems war die Schaffung des Staates Israel, und die Hauptleidtragenden waren die Palästinenser. Mit Änderung des Kräfteverhältnisses in der Welt über die Jahrzehnte war dieses ‚System‘ auch radikalen Wandlungen unterworfen, z. B. durch Ägyptens Rückorientierung von der UdSSR zu den USA. Die Kriege in Afghanistan und Irak waren indes Vorboten für einen noch grundlegenden Wandel.

Die arabischen Revolutionen haben dieses Regionalsystem erschüttert. Das ölreiche Katar, die offensichtlich ‚stabilste

Autokratie' unter den Golfstaaten, ließ den von ihm gesponsorten Fernsehsender Al Jazeera als ‚Stimme der arabischen Revolutionen‘ erklingen, die die tunesischen und ägyptischen Aufstände lauthals begrüßte, und spielte eine Hauptrolle bei der Agitation für die Intervention der NATO im Bürgerkrieg in Libyen zwischen dem Aufstand in Bengasi im Februar 2011 und Ghaddafis Sturz ein halbes Jahr später.

Katar ringt nun mit Saudi-Arabien um die Rolle des politischen und finanziellen Hauptsponsors der prowestlichen arabischen Regierungen. Anstelle von Saudi-Arabiens Vorliebe für scheinbar starke, nun jedoch sichtlich brüchige Diktaturen hofft Katar, der Pate für flexiblere und dauerhafte prowestliche Pseudodemokratien zu werden. Die Rivalität zu Saudi-Arabien zeigt sich am deutlichsten in Ägypten, wo die Saudis den Sturz von Mursi und die Errichtung von al-Sisis Diktatur unterstützten, wobei Al Jazeeras ägyptische Fernsehstationen geschlossen wurden.

Katar war wiederum nicht gegen die Intervention des Golfstaatenkooperationsrats im März 2011 zur Rettung der Monarchie in Bahrain, sondern beteiligte sich daran aus Dank für die NATO-Intervention in Libyen.

Die rasche Ausbreitung der arabischen Aufstände und die grenzübergreifende Anteilnahme zwischen den verschiedenen Ländern, in denen sie stattfanden, müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Es beleuchtet auch eine Frage von grundlegender Bedeutung: die Notwendigkeit für RevolutionärInnen in der Region, von den Kämpfen, Fehlern und Katastrophen wie auch den Siegen wechselseitig zu lernen. Das wird nur Früchte tragen, wenn sie selber eine mächtige organisatorische Einheit untereinander und mit den RevolutionärInnen der ganzen Welt mit dem Aufbau von Landesparteien und Programmen, die über den Horizont begrenzter Ereignisse hinausreichen, schaffen. Zeiten der Unterdrückung und Verbannung könnten so fruchtbar genutzt werden wie von den russischen RevolutionärInnen im Ausland vor

1917. Mit anderen Worten, die ArbeiterInnen und SozialistInnen in Nahost brauchen nicht nur politisch unabhängige revolutionäre Arbeiterparteien, sondern eine neue revolutionäre Internationale.

Verwirrung durch innerimperialistische Konflikte

Die Restauration des Kapitalismus in Russland und China und ihr Aufstieg zu imperialistischen Großmächten hat für verbreitete Verwirrung in der internationalen Linken gesorgt. Die Nichterkennung des sich wandelnden Klassencharakters dieser Staaten hat dazu geführt, dass viele die internationalen Konfrontationen und Konflikte weiter durch die Brille des kalten Krieges sehen, mit einem ‚sozialistischen Lager‘ auf der einen und dem imperialistischen ‚Westen‘, v. a. den USA, auf der anderen Seite.

Bei den Ereignissen des ‚arabischen Frühlings‘ hat dies viele dazu verleitet, ihre Haltung zu den verschiedenen beteiligten Kräften aus deren Zugehörigkeit zu den Lagern des kalten Krieges bestimmen zu lassen statt von Klasseninhalten und Programmen.

Als in Libyen die revolutionäre Bewegung nicht imstande war, das Ghaddafi-Regime wegzufegen, haben die USA, obwohl der Herrscher längst seinen Frieden mit dem Westen gemacht und alle antiimperialistische Rhetorik fallen gelassen hatte, sich dazu entschlossen, für seinen Sturz zu intervenieren. Dort hat Washington aus seinen Fehlern in Ägypten und Tunesien gelernt, wo es anfangs noch Mubarak und Ben Ali gegen die unaufhaltsamen revolutionären Bewegungen gestützt hatten. Dieser Fehler hatte die Möglichkeiten zur Beeinflussung des Ausgangs der Revolutionen für die USA stark eingeschränkt. In Libyen war die klare Absicht zu erkennen, die Elemente der Bewegung gegen Ghaddafi zu unterstützen, die als willige ‚Verbündete‘ auszumachen waren und jede weitere

Radikalisierung unterbinden würden. Daraus schlossen etliche Linke, dass Ghaddafi weiterhin den ‚Antiimperialismus‘ verkörpern würde, weil es in ihrer Wahrnehmung nur einen Imperialismus gab, den der USA und seiner Verbündeten. Das wiederum verführte sie zu der Charakterisierung der gesamten Bewegung gegen Ghaddafi als ‚proimperialistisch‘.

Andere liebäugelten mit der Idee, dass im 21. Jahrhundert Massenbewegungen einen Tyrannensturz durch friedliche Mittel vollbringen können und folgerten, dass das revolutionäre Potenzial der Anti-Ghaddafi-Bewegung sich erschöpft hätte, als die Ereignisse zum Bürgerkrieg übergingen. Sie charakterisierten die Auseinandersetzung dann als eine Art ‚Stammeskrieg‘, in der für keine Seite mehr Partei ergriffen werden dürfe.

Andere wiederum erkannten den fortgesetzten demokratischen Antrieb der Revolution zwar an, ließen jedoch ihre prinzipielle Opposition gegen ein Eingreifen der NATO fallen. In Fortschreibung des Sozialimperialismus aus dem 20. Jahrhundert glaubten sie, dass die Intervention durch die ‚demokratischen Imperialismen‘ die einzige Möglichkeit sei, den Sieg der Anti-Ghaddafi-Kräfte zu sichern.

Dieselben Irrtümer wurden in noch größerem Ausmaß im Falle Syriens wiederholt, dieses Mal selbst ohne Entschuldigung einer direkten westlichen Intervention. In Syrien wurde der Niedergang der US-Macht und die konterrevolutionäre Rolle der aufsteigenden Imperialismen Russland und China offenkundig. Putins Demütigung für Obama vor der UNO durch sein Njet im Sicherheitsrat gegen die Billigung von US-Interventionen war ein deutliches Anzeichen für das Bröckeln der unangefochtenen Vorherrschaft, die Washington seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion genossen hatte.

Neben der erhöhten innerimperialistischen Rivalität, die sich im Ukraine-Konflikt und den steigenden Spannungen zwischen China und seinen Nachbarn in Fernost ausdrückt, setzt sich

auch die ins Wanken geratene Strategie der USA nach ihren Niederlagen in Afghanistan und Irak fort. Im Irak hat der verzweifelte Versuch, die Kontrolle durch die Errichtung einer schiitischen kommunalistischen Regierung unter Nuri al Maliki zu sichern, den sunnitischen Aufstand unter Führung der ISIS hervorgerufen und droht das Land in einem schlimmen sektiererischen Bürgerkrieg zu zerreißen. Diese Aussicht hat selbst die Amerikaner dazu gezwungen, ihren einstmals erklärten Feind Nummer 1, den Iran, anzurufen, um wieder einen ‚Fuß auf die Erde‘ zu bekommen. Kaum etwas anderes könnte den Niedergang der US-Macht besser veranschaulichen.

‚Niedergang der Macht‘ heißt aber nicht ‚Verlust aller Macht‘. Die USA bleiben der bei weitem mächtigste Staat sowohl ökonomisch wie militärisch, und wie das Vorrücken der NATO in ganz Ost- und Mitteleuropa an die Grenzen der Russischen Föderation zeigt, wird garantiert weiter jede Anstrengung unternommen, die absolute Vormachtstellung wiederherzustellen.

Es ist gleichfalls sicher, dass Russland und China, entweder zusammen oder allein die USA auf allen Gebieten herausfordern werden, denn es geht um die Neuaufteilung der Welt, was, wie Lenin vor fast 100 Jahren erklärte, in der Natur der imperialistischen Epoche liegt.

Für alle Imperialisten ist die Unterstützung der ‚inneren‘ Feinde ihrer Rivalen Teil der Taktik, um Vorteile im Kampf um diese Neuaufteilung zu ziehen. Dies kann in den imperialistischen Kernländern selbst erfolgen, jedoch leichter noch in den Halbkolonien, durch die sie die Welt kontrollieren. Es ist darum unvermeidlich, dass sie versuchen, revolutionäre Bewegungen in verschiedensten Ländern für ihre Zwecke zu verleiten. RevolutionärInnen müssen in jenen Ländern wiederum die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten zu ihrem Vorteil wenden, wie es auch die Bolschewiki 1917-1918 getan haben. Es gibt allerdings keinen revolutionären Arbeiterstaat, der demokratischen und sozialistischen RevolutionärInnen bedingungslos Waffen liefern

könnte.

Die Bedingungen, die die Imperialisten für Unterstützung stellen, müssen zurückgewiesen werden, und es darf unter keinen Umständen eine Unterordnung unter deren Strategie geben. Mit der Entwicklung neuer Imperialismen ist es notwendig, Illusionen in ein ‚kleineres Übel‘ zu überwinden, etwa in die USA oder EU, weil sie ‚demokratisch‘ wären, oder Russland und China, weil sie ‚antiimperialistisch‘ oder gar ‚sozialistisch‘ bzw. ‚kommunistisch‘ wären. Absolute politische Unabhängigkeit der Klasse bietet die einzige Gewähr, nicht von einem dieser Welträuber benutzt und dann im Stich gelassen zu werden. Der unvermeidliche nationale Druck, der auf allen revolutionären Bewegungen lastet, macht die Schaffung einer neuen revolutionären internationalen Partei, einer 5. Internationale zu einer ehernen Vorbedingung für die Ausgestaltung und Aufrechterhaltung einer unabhängigen Weltsicht für das internationale Proletariat.

Verteidigung, Zusammenfassung und Vollendung der Revolutionen

Der schwer wiegende Vormarsch der Konterrevolution in Nahost und Nordafrika 2013/2014 ist ein Resultat des Scheiterns der wahrhaft revolutionären Kräfte im Versuch, die Revolutionen von 2011 und 2012 zu vollenden. „Eine Revolution, die auf halbem Wege stehen bleibt, schaufelt sich ihr eigenes Grab.“

Heute müssen RevolutionärInnen ihre Errungenschaften gegen wilde Gegenoffensiven der im Vormarsch befindlichen Kräfte der alten Regime verteidigen. Sie haben das Recht, die Solidarität, den materiellen und moralischen Beistand von RevolutionärInnen außerhalb der Region zu erwarten. Das schließt ein: die Hilfe bei den anstehenden Kämpfen wie in Syrien, die Verfechtung des Asylrechts für die Flüchtlinge vor der brutalen Repression und den Rückhalt beim Aufbau von Organisations-, Publikations- und Kommunikationszentren im

Ausland, von denen aus Untergrundarbeit gestaltet werden kann wo nötig. Es bedeutet auch die Entlarvung der Verbrechen der Konterrevolution und die Entfaltung einer internationalen politische Debatte über die Probleme des Kampfes.

Die Lehren aus den Niederlagen und Siegen müssen gezogen werden, damit künftig Niederlagen in Siege umgewandelt werden können. Ohne Zerschlagung der Unterdrückungsapparate kann dies nicht vor sich gehen. Insbesondere muss die Demokratie in den Kasernen bei den einfachen Soldaten vorangetrieben werden, die Kontrolle der Streitkräfte muss den Händen des reaktionären Oberkommandos der alten Regime entrissen werden. Sonst sind Gegenputsche unvermeidlich.

Die einfachen Rekruten müssen volle demokratische Rechte genießen, einschließlich des Rechts auf Zusammenkunft und Diskussion auf Massenversammlungen in ihren Unterkünften, ihre Offiziere sowie Soldatenmannschaftskomitees oder -räte wählen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Streitkräfte nicht mehr als blind gehorsame Werkzeuge zu Putsch- oder Rettungsaktionen für Diktaturen gebraucht werden können.

In den nächsten revolutionären Erhebungen müssen die verbliebenen oder wieder eingesetzten Militärdiktaturen und die absoluten oder ‚konstitutionellen‘ Monarchien aufgelöst und ihre Jahrzehnte lang angehäuften Pfründe beschlagnahmt und verwendet werden, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu stillen. Alle Spitzenfunktionäre des Regimes müssen vor ein öffentliches Gericht gestellt werden, um ihre Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung zu sühnen. Alle politischen Gefangenen müssen frei gelassen, und allen Flüchtlingen muss das Recht auf Rückkehr eingeräumt werden. Die an ihnen verübten Verbrechen müssen offen gelegt und ihre Peiniger vor Gericht gestellt werden.

Die Polizeichefs und Folterknechte, die für diese Unterdrückung verantwortlich sind, müssen gefangen gesetzt und ihre Verbrechen öffentlich gemacht werden. Die

Muchabarat/Nachrichtendienste (Geheimpolizei) und alle paramilitärischen Einheiten des Regimes wie die Baltagiya-Banden („Axtträger“) müssen entwaffnet, aufgelöst und für ihre Verbrechen abgeurteilt werden.

Statt der korrumpierten Polizeitruppen, die die Bevölkerung zu Opfern macht, muss eine Miliz, bestehend aus Arbeitern, Jugend und Frauen sowie ethnischen und religiösen Minderheiten aufgebaut werden. Sie sollen die Ordnung auf den Straßen und in den örtlichen Gemeinden aufrecht erhalten, sollen Überfälle, Diebstahl, Vergewaltigung usw. genau so wie konterrevolutionäre und faschistische Umtriebe bekämpfen. Sie sollen aber unter der demokratischen Aufsicht von örtlichen Delegiertenräten stehen, nicht dem Befehl von stammesmäßigen, religiösen oder kriminellen Banden unterliegen.

Es muss völlige Freiheit zur Bildung politischer Parteien, zu Demonstrationen, Versammlungen und ungehinderte Möglichkeit für Fernseh- und Rundfunksendungen sowie zur Herausgabe von Zeitungen herrschen. Insbesondere Arbeiter und Jugendliche, die an vorderster Front in den Aufständen standen, müssen freien Zugang zu den Medien haben.

Die Löhne müssen sofort angehoben werden. Ein Mindestlohn zum Unterhalt einer Familie und eine gleitende Skala von Löhnen und Einkommen für die Arbeitslosen muss eingeführt werden, um die Inflation in Schach zu halten. Die massenhafte Verteilung von Nahrungsmitteln, Brennstoffen für Küche und Heizung, Kleidung und anderen Lebensmitteln an die Armen muss unverzüglich organisiert werden.

Die Rechte für Frauen müssen etabliert werden, darunter volle Gleichberechtigung vor dem Gesetz, gleicher Zugang zu allen Ausbildungsberufen, Beseitigung von Kleidervorschriften, einer Geschlechtertrennung an öffentlichen Plätzen und Institutionen, strenge Bestrafung von Belästigung, Angriffen und Vergewaltigung. Die Sorge für Kinderbetreuung (Kindergärten, -krippen, auch in Fabriken und Büros) ist

notwendig, um alle Schranken für den Zugang zum Arbeitsleben aufzuheben. Wichtig ist auch die gesetzliche und tatsächliche Festlegung gleichen Lohnes für weibliche Arbeitskräfte. Die Abschaffung der patriarchalischen Kontrolle über die Frauen ist eine besondere revolutionäre Aufgabe. Das Recht auf Zugang zu freien und sicheren Verhütungsmitteln und Abtreibung ist notwendig, damit Frauen die Kontrolle darüber haben, ob und wann sie Kinder bekommen wollen. Frauen müssen darüber bestimmen können, nicht Ehegatten, Väter oder der Klerus.

Die Arbeitslosen, v. a. die Riesenzahl von ausgebildeten, aber unterbeschäftigten Jugendlichen beiderlei Geschlechts müssen eingebunden werden in Beschäftigungsprogramme für gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten, um die Elendsquartiere zu ersetzen durch menschenwürdige Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser usw. Wahlen für eine souveräne und revolutionäre Verfassung gebende Versammlung müssen unter Aufsicht und Schutz von Arbeiter- und Bevölkerungsausschüssen und den entsprechenden Milizen stattfinden. Die Grundlegung eines Gesetzes, das die demokratischen Rechte aller Einwohner schützt, wird jedoch nicht die zentrale Aufgabe dieser Versammlung sein, sondern sie muss vor der gesamten Öffentlichkeit des Landes über Fernsehen, Rundfunk, Internet, 'soziale' Medien usw. eine Debatte darüber führen, wie genau die gesellschaftliche Grundlage, die Eigentumsverhältnisse der neuen Republik beschaffen sein sollen.

Konkret müssen die Massen auf Großversammlungen unmittelbar in die Erörterungen eingreifen können, was mit den Ländereien der reichen Grundbesitzer, den riesigen Besitzungen der Militärführer, den Fabriken und großen Handelshäusern geschehen soll. Diese Debatte sollte also den Blickpunkt auf die Fragen richten, ob die Revolution nicht nur Demokratie, sondern auch den Sozialismus einführen soll.

Wie Trotzki vorausgesagt hat und wie die sozialen Konterrevolutionen in Osteuropa, Russland und China gezeigt haben, kann der Sozialismus nicht in einem einzigen Land

aufgebaut werden. Die Revolution muss permanent werden, nicht nur in dem Sinne, dass sie von den demokratischen Rechten zu den sozialistischen Aufgaben entschlossen voran schreitet, sondern sie muss sich auch auf andere Länder in einer regionalen bis hin zur Weltrevolution erstrecken.

Aus dem Grund muss schon vor dem Triumph der Revolution den Bevölkerungserhebungen und Revolutionen gegen die herrschenden Despoten in allen Ländern Nordafrikas und Nahosts tätige Hilfe zukommen, praktisch und politisch für die PalästinenserInnen und gegen die Blockade des Gaza-Streifens.

Zur Vollendung der arabischen Revolutionen ist es notwendig für die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, einen umfassenden Generalstreik durchzuführen, der sich die Beseitigung jedweder kapitalistischen Regierung, gleich ob als Monarchie oder Republik, die Auflösung jeglicher nichtsnutziger Scheinparlamente, die Ersetzung der Richter des Feloul-Systems und die Wahl einer neuen demokratisch legitimierten Gerichtsbarkeit unter dem Schutz der Arbeiter und revolutionären Jugend zum Ziel stellt.

Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierungen sind ein wesentliches Ergebnis einer solchen Revolution. Ihre dringlichste Aufgabe muss die Beschäftigung mit den brennendsten materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung sein. Grundlage des Handelns muss ein Programm von öffentlichen Arbeiten in dringenden gesellschaftlich notwendigen Vorhaben sein, finanziert aus der Besteuerung und Enteignung der Reichen des Landes wie auch der europäischen und US-amerikanischen großen Firmen.

Die arabischen Revolutionen, die als demokratische Revolutionen im Januar/Februar 2011 begannen, müssen durch die Zerschlagung des gesamten Unterdrückungsapparates der Diktaturen und Monarchien und durch die Erfüllung der demokratischen Bestrebungen der Arbeiter, Frauen und Jugendlichen vollendet werden. Um die dringendsten Bedürfnisse

der Bevölkerung nach Arbeit, Nahrung, Land, Gesundheit, Bildung und den Frauenrechten zu stillen, ist eine gesellschaftliche Umwälzung gegen das Kapital unerlässlich. Ohne sie wird die demokratische und antiimperialistische Revolution sich zurück entwickeln und scheitern.

Allein eine sozialistische Revolution, die die heimische und ausländische Kapitalistenklasse stürzt und ein System auf der Grundlage von Arbeiterräten errichtet, kann die Probleme der unterbezahlten Arbeiter, der arbeitslosen Jugend und der in Armut versinkenden Bevölkerung in Stadt und Land lösen und die ganze nahöstliche und nordafrikanische Region einen.

Die Ausbreitung der Revolution muss zum Aufbau einer Sozialistischen Föderation in ganz Nahost und Nordafrika führen, alle Kräfte gegen den Imperialismus zusammenführen, für die größtmögliche Einbeziehung der natürlichen Ressourcen, die bestmögliche Entfaltung der Produktivkräfte v. a. der menschlichen Arbeitskraft und die planmäßige Beseitigung der Armut sorgen.

Solidarität mit Rojava! Unterstützt den kurdischen Widerstand!

Tobi Hansen, Revolutionärer Marxismus 46, Oktober 2014

Seit nunmehr zwei Wochen steht die Stadt Kobanê in der Region Rojava im Zentrum des syrischen Bürgerkriegs. Truppen des islamo-faschistischen „Islamischen Staates“ (IS) sind diese

Woche bis in die Stadt Kobanê vorgedrungen. Der IS will die selbstverwalteten Gebiete der KurdInnen zerschlagen.

Die Volksverteidigungskräfte der YPG und die Frauen-Bataillone der YPJ leisten heroischen Widerstand und verteidigen aufopferungsvoll ihre Stadt. Mehrere tausend KämpferInnen haben zuvor mehr als 100.000 ZivilistInnen evakuiert. Sie waren es auch, die für die Yeziden im Nordirak einen Fluchtkorridor erkämpft hatten, um sie vor den Massakern des IS zu schützen.

Seit dem 7. Oktober tobt der Straßenkampf in Kobanê und die kurdischen KämpferInnen, gemeinsam mit Bataillonen der FSA haben versprochen, dass Kobanê zu einem „Massengrab für den IS“ wird. Berichte von Selbstmordkommandos der Verteidiger gegen Panzer und Artillerie zeichnen ein deutliches Bild von der militärischen Lage in Kobanê.

Solidarität zeigen! Kein Vertrauen in USA und Türkei!

In vielen europäischen Hauptstädten sind in dieser Nacht und in den letzten Wochen zehntausende KurdInnen auf die Straße gegangen, um ihre Solidarität zu demonstrieren, aber auch, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, dass alle Versprechungen der imperialistischen Staaten und der Türkei im Kampf gegen den IS Schall und Rauch sind. Der Fall Kobanês wird vom Westen hingenommen und toleriert.

Sogar UN-Generalsekretär Ban ruft heute die Weltöffentlichkeit auf, den KämpferInnen und verbliebenen Zivilisten in Kobanê zu helfen. Alle, die die Mittel hätten, dies zu tun, sollten handeln, hofft der Generalsekretär – aber seine Worte werden ungehört bleiben.

Als die USA mit ihrer „Koalition der Willigen“ gegen ISIS in den Krieg zog, hofften gewiss viele auf ein schnelles Ende der ISIS, aber sie sehen sich bitter enttäuscht. Was bringen

auch schon vereinzelte Luftschläge, die weit entfernt von der „chirurgischen Kriegsführung“ sind und sich hauptsächlich gegen Öltraffinerien richten? Die US-Luftwaffe hat zugesehen! Jetzt, da der IS in Kobanê eingerückt ist, bombardieren sie den Ostteil der Stadt. Wohngebiete und Infrastruktur zu zerstören, ist anscheinend einfacher, als Panzer und Geschütze.

Die Politik der USA und ihrer Verbündeten ist weder ein Zufall noch unerwartet. Den Imperialisten geht es im „Krieg gegen den IS“ nicht um Humanität, Selbstbestimmung oder Ähnliches. Im Gegenteil, die Barbarei der Djihadisten ist vielmehr ein Vorwand, die Intervention zur Errichtung einer „stabilen“ US-geführten Ordnung zu legitimieren. Die Luftschläge dienen genau diesen reaktionären Zielen – was sich auch darin ausdrückt, dass sie bislang weitgehend kosmetischen Charakter hatten.

Die KurdInnen von Kobanê, die YPG oder die PKK stören letztlich nur bei den Zielen der Imperialisten und ihrer lokalen Verbündeten (allen voran der Türkei), gerade weil sie sich auf reale Unterstützung durch die Massen stützen. Es zeigt daher auch, wie naiv und illusorisch es ist, sich Hilfe von imperialistischen Luftschlägen zu erwarten, von jenen Mächten, die seit Jahr und Tag die Bewaffnung fortschrittlicher Kräfte im Nahen Osten (der YPG, der FSA) praktisch verhindern.

Nahe der Grenze wartet schon die nächste hochgerüstete NATO-Macht, welche nicht imstande ist, gegen den IS zu kämpfen: die Türkei. Mit Panzern und Geschützen sind sie aufgefahren, denn sie wissen, dass der IS auf dem Boden besiegt werden muss. Schließlich ließ die Türkei die ISIS und die andere islamistische Fraktion im syrischen Bürgerkrieg, die al-Nusra Front, jahrelang von ihrem Territorium aus operieren inkl. der finanziellen und militärischen Unterstützung aus Saudi Arabien und Katar. Aber die Türkei wird den KurdInnen nicht helfen. Das erleben die vielen Flüchtlinge derzeit in der Grenzregion.

Dort werden sie mit scharfer Munition und Tränengas auseinander getrieben. Die Türkei hat proklamiert, eine „Pufferzone“ errichten zu wollen. Diese Pufferzone würde genau dort installiert werden, wo heute die selbstverwalteten Gebiete der Region Rojava sind. Damit wird die türkische Invasion zum Sargnagel des kurdischen Widerstands.

Es ist durchaus möglich, dass die türkischen Truppen genau dann einmarschieren, wenn Kobanê gefallen ist. Dann wird der IS genügend Zeit haben, sich zurückzuziehen und die Türkei wird als Besatzungsmacht in Syrien einrücken. Das entspricht den Ambitionen Erdogans. Damit kann die Türkei weiterhin Einfluss auf den syrischen Bürgerkrieg nehmen.

Diese Taktiken von Erdogan und dem türkischen Militär werden bereits von der kurdischen Bevölkerung in der Türkei mit einem „Serhildan“ (Volksaufstand) beantwortet. Von Diyarbakir bis nach Istanbul gab es militante Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der PKK mit der Polizei und weiteren paramilitärischen Unterstützern des Regimes. Gegen die PKK können Erdogan und die AKP auch auf alle Teile der türkischen Elite zurückgreifen; die CHP unterstützt jede parlamentarische und militärische Vorlage; die Faschisten der MHP unterstützen die Polizei gegen die Kurden. Ebenfalls greifen islamistische Kräfte einer türkisch-kurdischen Hizbullah (nicht zu verwechseln mit libanesischer Hizbollah) Kundgebungen der KurdInnen und Parteigebäude der HDP an. Diese Hizbullah wurde in den 80er Jahren vom kemalistischen Staat aufgebaut und unterstützt, um die Vorherrschaft der PKK unter den KurdInnen zu brechen. Jetzt kann diese Truppe auf eine sechsstellige Anhängerschar bauen und unterstützt natürlich den IS in Syrien.

Für die türkische Linke und die HDP, die erstmals ein Projekt kurdischer Kräfte und der türkischen Linken darstellt, ist diese Situation eine große Herausforderung. Hier muss das Recht auf Selbstverteidigung der Kurden in Syrien behauptet, wie auch den Angriffen der Faschisten in der Türkei getrotzt

werden. Dabei wird auch die HDP wieder akut von Verbotsdrohungen betroffen sein. Dies sollte aber nicht dazu führen, sich als Verhandlungskraft für die AKP Regierung anzubieten, sondern die HDP muss verstärkt die türkische Arbeiterklasse ansprechen und mobilisieren – dies darf kein Kampf der KurdInnen bleiben, die nationalistische Spaltung und Hetze muss bekämpft werden.

Differenzen zu PYD und PKK

Die Solidarität mit dem aktuellen heroischen Kampf heißt jedoch nicht, dass wir die Politik, das Programm und die Taktik der PYD in Syrien oder der PKK in der Türkei teilen. So hat die PYD sich anfangs der syrischen Revolution – beim Aufbau der FSA -de facto herausgehalten. Stattdessen gab es über weite Strecken praktisch ein Stillhalteabkommen mit dem Assad-Regime, wodurch dieses in den kurdischen Gebieten nichts zu befürchten hatte und mehr Einheiten gegen die FSA-Gebiete schicken konnte. Diese Taktik hat zu der Zeit sicherlich die syrische Revolution geschwächt. Auch wenn jetzt verstärkter YPG und FSA-Einheiten zusammen kämpfen, so ist die FSA heute sehr geschwächt im Vergleich zum Beginn.

Die in Rojava errungene kommunale Selbstverwaltung des kurdischen Volkes, die rechtliche Gleichstellung der Frauen, die Ablehnung jeder religiösen oder ethnischen Privilegierung sind zweifellos enorme demokratische Errungenschaften und markieren gesellschaftlichen Fortschritt, den es ohne Wenn und Aber zu verteidigen gilt. Dasselbe gilt für die Abschaffung des Großgrundbesitzes (nicht zuletzt weil die alten Grundbesitzer flohen).

Insbesondere deshalb, weil sie während eines Bürgerkrieges erkämpft wurde, müssen wir sie gegen die IS-Faschisten, den US Imperialismus, gegen die Türkei und gegen das Assad-Regime verteidigen. Der Aufbau von „Volksmilizen“, von Frauenmilizen, ist eine Errungenschaft der Menschen von Rojava.

Allerdings sind die „partizipative Demokratie“ und der „demokratische Konföderalismus“ kein Programm einer sozialistischen oder proletarischen Umwälzung. Im Gegenteil, PYD und PKK streben offen einen „Dritten Weg“ jenseits von Monopolkapitalismus und demokratischer Planwirtschaft an. Das ist eine kleinbürgerliche Utopie, die niemals zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft führen kann, sondern im Rahmen marktwirtschaftlicher Verhältnisse und des Privateigentums an Produktionsmitteln verbleiben muss.

Allein das beschränkt die „Räte“ in Rojava auf politische Verwaltungsorgane einer solchen „gemischten“ Wirtschaft. Der Klassencharakter der „Räte“ bleibt notwendig diffus, was sich nicht zuletzt in der utopischen Vorstellung ausdrückt, dass kein neuer Staat geschaffen werden soll. Wenn die Räte wirklich zu revolutionären Organen einer sozialistischen Umwälzung werden sollen, müssen sie aber zu den zentralen Macht- und Herrschaftsinstrumenten eines zukünftigen Arbeiterstaates, einer Arbeiter- und Bauernregierung werden, die die Wirtschaft auf Basis eines demokratischen Plans reorganisiert und den Kampf um die Befreiung des Kurdischen Volkes als Teil der permanenten Revolution im ganzen Nahen und Mittleren Osten begreift.

Eine über den bürgerlichen syrischen Staat hinausreichende Perspektive bietet die PYD nicht an, nicht einmal ein vereinigtes Kurdistan und schon gar kein sozialistisches. Wie sich ihre „befreite Zone“ inmitten des syrischen Bürgerkriegs, in einem zukünftigen Staat unter Assad oder anderen bürgerlichen Marionetten der einen oder anderen imperialistischen Mächte halten kann? Dazu kein Wort. Die Welt außerhalb Rojavas oder auch Kurdistans spielt eine Nebenrolle. Diese Politik ist Erbe sowohl des Stalinismus wie populistischer und libertärer Einflüsse.

Was die Linke tun kann

All das ändert nichts daran, dass Solidarität mit dem Befreiungskampf heute oberstes Gebot ist. Die deutsche „Linke“ bietet dabei wieder einmal ein blamables Bild zwischen dem Ruf nach UN-Intervention, also imperialistischer Befriedung mit noch mehr „humanitärer“ Verlogenheit. Die anderen frönen einen abstrakten Pazifismus, der darin gipfelt, dass dem kurdischen Volk zwar „Solidarität“ versichert wird – Waffen sollen es aber nicht erhalten.

Es gibt eine Alternative zur imperialistischen Intervention: Wir müssen uns mit dem kurdischen Widerstand solidarisieren. Dieser Kampf um Kobanê und Rojava ist nicht allein Sache der KurdInnen, dieser Kampf ist wichtig für alle Linken und internationalistischen Kräfte. Dabei helfen keine pazifistischen Flausen, die oft mit der Formulierung „es gibt genug Waffen in der Region“ daherkommen. Wir müssen das Selbstverteidigungsrecht der KurdInnen hier verteidigen – und dazu braucht es Waffen, internationale Solidarität und Unterstützung.

Unsere Solidarität gilt hier auch der kurdischen Widerstandsbewegung in der Türkei und den türkischen Linken, die wiederholt versucht haben, die Blockade Kobanês durch die türkische Polizei und Sondereinheiten zu durchbrechen, um so den kurdischen KämpferInnen Unterstützung zu bringen. Politisch geht es darum, die Blockade Kobanês und der anderen kurdischen Gebiete in Syrien durch die Türkei zu brechen und ihnen den Weg für Nachschub, materielle Versorgung und schwere Waffen zu öffnen, so dass sie den Panzern und der Artillerie des IS nicht mehr nur mit Maschinengewehren entgegentreten müssen.

Auch die Arbeiterbewegung in Europa muss sich für materielle und militärische Hilfe ohne irgendwelche politischen Vorbedingungen einsetzen. Dazu gehört auch die Aufhebung des Verbots der PKK sowie zahlreicher anderer kurdischer

Organisationen oder Symbole. Die PKK hat in der Türkei den „Friedensprozess“ abgebrochen, in vielen Städten gibt es militante Auseinandersetzungen mit der türkischen Polizei. Die PKK hat Freiwilligenkontingente aufgestellt, welche den Grenzdurchbruch schafften und nun mit den GenossInnen in Kobanê gegen die IS-Faschisten kämpfen. Bei aller Kritik, die wir an der Theorie und Praxis der PKK haben, müssen wir jetzt solidarisch für die Rechte der KurdInnen, für die Rechte der PKK kämpfen.

Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Kobanê – und damit der größte kurdische Bezirk in Syrien – steht kurz vor dem Fall. Eventuell fällt die Stadt nur kurz, nachdem wir diese Zeilen veröffentlicht haben. Ein Sieg des IS wäre eine Katastrophe nicht nur für das kurdische Volk, für tausende verbliebene BewohnerInnen und KämpferInnen, denen ein Massaker droht. Hunderttausende würden zu Flüchtlingen. Die Selbstverwaltungsstrukturen in Kobanê würden zerstört.

Der Gipfel des Zynismus der NATO-Mächte wäre wohl erreicht, wenn die Türkei nach dem Fall von Kobanê – womöglich mit der Duldung des Assad-Regimes – die Stadt vom IS „befreien“ würde, um so ihre eigene Position bei der Neuordnung des Nahen Ostens auszubauen. In jedem Fall wäre die Niederlage der KurdInnen auch ein brutaler Schlag für die verbliebenen fortschrittlichen, demokratischen Kräfte der syrischen Revolution und des Arabischen Frühlings.

Der heroische Widerstand in Kobanê und Rojava braucht daher JETZT unsere Unterstützung. Der Heldenmut der MärtyrerInnen, der Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ bezeugt aber auch eines: der Freiheitskampf der unterdrückten Völker, der ArbeiterInnen und Bauern ist lebendig. Selbst wenn sie unter ungünstigsten Bedingungen der Übermacht ihre Feinde, der Pogromisten des IS, der zynischen Politik von Regionalmächten, allen voran der Türkei, und der imperialistischen Großmächte – v.a. der USA – unterliegen mögen. Ihr Kampf bleibt uns Mahnung und Auftrag, es ihnen an Entschlossenheit gleichzutun!

- Halte Stand, freies Kobanê!
 - Aufhebung der Blockade! Materielle Hilfe und Waffen für den kurdischen Widerstand!
 - Weg mit dem PKK Verbot!
 - Offene Grenzen für die Flüchtlinge!
 - Nein zu jeder imperialistischen Intervention!
-

Schwache Erholung, massive Aggression, kommende Krise

Markus Lehner/Peter Main, Revolutionärer Marxismus 46, Oktober 2014

Es ist bereits ein Gemeinplatz, von der wachsenden Spannung in den internationalen Beziehungen zu sprechen. Das Zusammentreffen der Krise in der Ukraine mit der 100jährigen Wiederkehr des Ausbruchs des 1. Weltkriegs ist selbst den genügsamsten Kommentatoren nicht entgangen. Innerimperialistische Rivalitäten haben sich bis zu dem Punkt verschärft, an dem die Einnahme von Territorien erwogen wird und bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Allianz USA-EU-Japan und einem möglichen Russland-China-Block durchaus denkbar erscheinen.

Dies ist nicht nur in Osteuropa und dem Bogen der Instabilität spürbar, der sich über Nord- und Ostafrika über den Nahen Osten, den Iran, Afghanistan bis nach Pakistan spannt, sondern auch im ostasiatisch-pazifischen Raum und in den krisengeschüttelten Staaten West- und Zentralafrikas. In Nah- und Mittelost befinden sich Libyen, Syrien und Irak in

staatlichem Zerfall als Folge der US-Besetzungen und Interventionen, die entweder direkt vom US-Imperialismus gesteuert oder von den Golfanrainerstaaten geführt worden sind. Mittlerweile haben die USA stillschweigend die Errichtung einer konterrevolutionären Militärregierung in Ägypten gebilligt, auf deren Konto in wenigen Monaten schon mehr Todesopfer, Massenverhaftungen und Folter gehen als die Jahrzehnte langen Verbrechen unter Mubarak.

Die möglichen Konfliktlinien zeigen sich in der Truppenstationierung der US-Streitkräfte. In Europa sind F-16 Kampfflugzeuge und Fallschirmeinheiten außer in den NATO-Kernländern in Polen und im Baltikum einsatzbereit. Der Ukraine, Moldawien und Georgien wird eine militärische Partnerschaft angeboten. Für den Nahen Osten sind 10000 US-Truppen in Kuwait und weitere 25000 am Persischen Golf stationiert. Der US-Präsident Obama hat zugegeben, dass auch nach dem verkündeten Rückzugsdatum noch Truppen in Stärke von 10000 Mann in Afghanistan verbleiben werden.

Die Achsausrichtung nach Asien muss als US-Strategie dazu gezählt werden, weil sie auf China zielt mit Stärkung der Marine und sonstigen Militärkräften entlang der ganzen Westküste des Pazifik. Die USA unterhalten dort bereits fast 90000 Truppen, 40000 in Japan, 28000 in Südkorea und tausende auf Stützpunkten im Indischen Ozean (Diego Garcia), auf den Philippinen, in Singapur, Thailand, Indonesien und Malaysia.

Obama spricht von einem Bündnisgürtel und gegenseitiger Sicherheit durch den Zusammenschluss zweier Fronten quer durch ganz Asien. Dort treffen die USA jedoch auf die bereits bestehende Schanghai Organisation, der China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadjikistan, und Usbekistan angehören und die Zwecke der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit verfolgt. Für China stellt dies die erste Grundlage für eine neue ‚Seidenstraße‘ dar, durch die unmittelbare Wirtschaftsverbindungen mit Europa verstärkt und die Entwicklung der eigenen riesigen Binnenstruktur

beschleunigt werden können.

Diese internationalen Spannungen und ihr mögliches schnelles Anwachsen haben sich im Konflikt um die Ukraine verdeutlicht. Von Herbst 2013 bis Frühjahr 2014 entwickelte sich eine Krise, ausgelöst durch die Versuche der USA und der Europäischen Union und ihrer Verbündeten bei den nationalistischen Kräften in Kiew, ein Assoziierungsabkommen durchzudrücken, das die bestehenden Bindungen zu Russland entscheidend gekappt und die Tür der Ukraine zur NATO-Mitgliedschaft geöffnet hätte. Die Euromaidan-Bewegung, eine Pseudorevolution, entpuppte sich bald als ein weiterer Versuch der US-Verwaltung, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Die Kriegslüsterheit der USA, ihre Weigerung einem Kompromiss zuzustimmen, sogar einen solchen von europäischen Mächten ausgehandelten zu unterlaufen und ihre Bereitschaft, sich auf faschistische Kräfte bei der Errichtung einer ihnen genehmen Regierung zu stützen, all dies zeigt, dass es sich nicht um eine lokale Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Oligarchen handelt. Der Konflikt ist vielmehr Teil einer weltweiten Strategie, mit deren Hilfe Washington seine Rolle als Weltbeherrscher wieder herzustellen hofft. Hinter dieser ukrainischen Kulisse ist es das Ziel, die Kontrolle der NATO bis an die Grenzen Russlands vorzuschieben. Wenn es gelingt, die Ukraine und Georgien in den Militärpakt zu holen, würden sie im Verein mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei das Schwarze Meer zu einem Operationsgebiet für die NATO machen und den westlichen Einfluss weit nach Zentralasien hineintreiben können.

Die innerimperialistische Konkurrenz beschränkt sich jedoch nicht auf eine Zweifrontstellung wie im kalten Krieg. Die US-Politik zur Ukraine birgt auch einen schwelenden Konflikt mit Deutschland und blockiert Berlins Pläne für Wirtschaftsverbindungen mit China und Russland. Die USA wollen mit Hilfe ihres getreuen Weggefährten Britannien und ihrer Satelliten Polen und baltische Staaten eine militär-

ökonomische Barriere aufrichten, die nicht nur Russland einkesselt, sondern zugleich Deutschlands Machtpläne durchkreuzt. Auf ähnliche Art würden Sanktionen gegen Russland, die dessen Wirtschaft schädigen und die Grundlage für eine schließlich weitere ‚Farbenrevolution‘ schaffen sollen, auch die Wirtschaftsverbindungen nach Westeuropa und besonders Deutschland zerschneiden. Das würde nicht nur einen Markt für Fertigwaren neu eröffnen, sondern auch russisches Öl und Gas durch Versorgung aus den USA ersetzen wollen, wenn das Fracking sich als so ertragreich wie erhofft erweisen sollte. Russland hat auf die Offensive seitens der USA und EU mit der Festigung des Eurasischen Wirtschaftsverbunds mit Kasachstan, Weißrussland geantwortet und ein 400 Milliarden Dollar Gasabkommen mit China geschlossen.

Der enttäuschende Verlauf der Entwicklung nach dem arabischen Frühling hat in den islamischen Ländern zu einer weiteren Polarisierung und Zuspitzung geführt. Die Revolutionen in Ägypten, Libyen und Tunesien endeten entweder wieder in einer repressiven Militärdiktatur oder in Regimen, die für die arbeitenden Massen überhaupt keinen Fortschritt bringen. In Syrien konnte sich das Assad-Regime dank der Unterstützung des russischen Imperialismus an der Macht halten, während die fortschrittlichen Kräfte im Bürgerkrieg, vor allem auf kurdischem Gebiet, immer stärker von islamistischen Milizen an den Rand gedrängt werden. Das nach dem letzten Golfkrieg installierte korrupte Schiiten-Regime im Irak führte zu einem immer stärkeren Zerfall dieses Vielvölkergefängnisses, der in einen neuen Bürgerkrieg münden musste. In Pakistan und Afghanistan ist der weitere ökonomische Tiefgang unvermeidlich mit Problemen nationaler Unterdrückung verquickt, die ebenso von islamistischen Kräften wie auch von den Repressionsorganen für ihre Zwecke zum Terror gegen die Arbeiterklasse genutzt werden. Schließlich hat auch das AKP-Regime in der Türkei angesichts des wirtschaftlichen Einbruchs am Ende des türkischen „Wirtschaftswunders“ zu autoritären Maßnahmen in Verbindung mit islamistischer Mobilisierung gegriffen, um eine

fortschrittlichen Opposition, wie sie in der Ghezi-Park-Bewegung sich andeutete, entschieden entgegen treten zu können.

Weiterhin ist keine Lösung für die Palästina-Frage in Sicht: Die USA sind nicht in der Lage oder Willens eine israelische Regierung, die systematisch jeden „Friedensprozess“ untergräbt, einzubremsen, während die Hams- und Fatah-Führungen der PalästinenserInnen diesen kein strategisches Konzept für eine wirkliche Lösung ihrer armseligen Existenz anbieten können. Die mehrwöchige Zerbombung des Ghaza-Streifens durch die sogenannten Israelischen Verteidigungskräfte stellte wiederum einen Tiefpunkt für die „neue Weltordnung“ und ihre Fähigkeit zur Lösung zentraler nationaler Fragen gerade in der arabischen Welt dar. Alle Projekte der geldmächtigen arabischen Fürstentümer, ob aus Saudi-Arabien, Qatar oder Kuwait, erweisen sich wieder als völlig zahnlos.

Da verwundert es nicht, dass eines ihrer Finanzierungsprojekte, das auch noch kräftig vom AKP-Regime in der Türkei mitaufgebaut worden war, die Organisation „Islamischer Staat“ ihnen nunmehr, wie dem Zauberlehrling, völlig aus dem Ruder gelaufen ist. In ihrer straffen militärischen Struktur, ihrer sozialen Herkunft aus deklassiertem Kleinbürgertum (nicht zuletzt aus dem MigrantInnen-Milieus in den imperialistischen Zentren), ihre menschenverachtende Ideologie und ihren umfassenden Zielen können sie insgesamt als eine neue Art eines islamischen Faschismus bezeichnet werden. Die Golf-Billionäre wollten endlich eine schlagkräftige Truppe, ebenso das AKP-Regime einen Verbündeten gegen KurdInnen und Assad – so konnten sie ihre Basis im syrischen Bürgerkrieg erobern. Von dieser Basis aus greifen sie nun das ganze, nach dem ersten und zweiten Weltkrieg von den Imperialisten in der Region etablierte Staatensystem an. Die im Sykes-Picot-Abkommen festgelegten Grenzen zwischen Syrien, Irak, Libanon, Palästina, ja ganz

Arabien werden von ihnen nicht anerkannt und im Fall von Syrien und Irak bereits überrannt. In den irakischen Sunniten fanden sie militärisch gut ausgebildete und ausgerüstete Verbündete, mit denen sie rasch an modernste Waffen, aber auch fähige Militärführer gelangen konnten. In Nachahmung der berühmten Ausbreitung des Islams im 7. Jahrhundert wollen sie von ihrer kleinen Basis aus nun alle korrupten und im Großen- und Ganzen unbeliebten Regime in der islamischen Welt überrollen und ein neues Kalifat errichten. Auch wenn der US-Imperialismus von der IS-Dynamik zunächst überrascht war, nutzte er diese neue Bedrohung, um die Golf-Monarchien wieder stärker an sich zu binden und ein neues globales Bündnis aufzubauen, mit dem er an der UN vorbei jederzeit eingreifen kann, um den „Terrorismus“ zu bekämpfen. Der IS-Faschismus wie auch die neue US-geführte „Koalition der Willigen“ stellen gleichermaßen eine Bedrohung für die arabischen Werktätigen und darüber hinaus dar, die mit internationaler Solidarität für die dagegen Widerstand leistenden beantwortet werden muss.

Das Auftauchen von China als neuer imperialistischer Macht ist vielleicht der destabilisierendste Faktor von allen. Chinas dynamisches Wirtschaftswachstum war maßgebend für die Unterstützung der US-Vormachtstellung in der Globalisierungsperiode, doch hat der schiere Umfang von Chinas Wirtschaft seit 2006 eine gegenläufige Wirkung eingeleitet. Deren Wachstum hat alle Konkurrenten aus dem Felde geschlagen,⁶ und im Gefolge hat Chinas Hunger nach Rohstoffen die Weltpreise zur gleichen Zeit hoch getrieben, als seine fieberhafte Ausweitung und Fortschritt in immer verzweigtere Produktionssektoren die Lohnkosten im Inland steigen ließen.

Geschichtlich ersichtlich wurde dies anhand von Chinas Fähigkeit, den Erschütterungen der Krise 2008-2009 standzuhalten und sogar einen positiven Einfluss auf die Erholung in einigen Regionen auszuüben. Damit erwies sich China als kapitalistische Großmacht auf eigene Rechnung, als neue imperialistische Macht, deren fortgesetztes Wachstum

letztlich nur auf Kosten der imperialistischen Konkurrenten gesichert werden konnte. Diese Zeichen sind vom Pekinger Regime klar erkannt worden, und sie haben sich langfristig darauf eingestellt. Das zeigen v. a. die grundlegende Modernisierung ihrer Streitkräfte, darunter auch zum ersten Mal seit 6 Jahrhunderten der Ausbau einer Hochseeflotte, aber ebenso die rasche Ausweitung von Kapitalanlagen auf anderen Erdteilen, besonders in Afrika und Lateinamerika, zudem an strategisch bedeutsamen Stellen wie Sri Lanka sowie jüngst im Vorantreiben einer möglichen Alternative zum IWF in Verbindung mit den ‚Schwellenländern‘ Brasilien, Russland und Indien. Dies geht natürlich einher mit der kompromisslosen Wahrung der Interessen in der unmittelbaren Regionalumgebung, deutlich ablesbar an dem Streit mit Japan über die Diaoyu-Senkaku Inseln im Ostchinesischen Meer.

Währenddessen gibt sich auch Japan unter der Regierung von Shinso Abe betont kriegerischer in dieser Auseinandersetzung und möglichen Weiterungen. Die japanische Verfassung soll von etlichen Beschränkungen für Größe und mögliche Ausrichtung der Armee frei gemacht werden. Das ist ein untrügliches Anzeichen für eine neue militärisch offensivere Strategie des japanischen Imperialismus.

In Südasien hat der Wahlsieg von Narendra Modis indischer Bharatiya Janata Partei die Vorhersage einer scharfen Wende zum Westen gestützt, denn Modi hatte als Gouverneur der Provinz Gudjarat neoliberale Politik betrieben. Doch seit der Wahl haben sich die Kontakte zu China verstärkt, und dessen Staatspräsident Xi Jinping hielt Sondergespräche mit Modi während des Treffens der BRIC-Staaten im Juli 2014 in Brasilien ab. Dem sollen Staatsbesuche in Indien, Pakistan und Sri Lanka folgen. Die Aussicht auf Wiederannäherung von China und Indien wäre das klarste Zeichen eines grundlegenden Kräftewandels bei der Umgestaltung der Weltpolitik in den kommenden Jahrzehnten.

Die Beweise für die gewachsene innerimperialistische Rivalität

mehren sich, aber wohin führt dies? Noch vor kurzen wurde vielfach angenommen, dass die Globalisierung die Unruhen des 20. Jahrhunderts endgültig überwunden hätte. Unsere Zeitschrift hat jedoch diese Behauptung stets zurückgewiesen und darauf verwiesen, dass die Globalisierung zwar zur Beschreibung des Zeitabschnitts nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der folgenden Vorherrschaft der USA genügte, dass dies jedoch nur eine Phase in der imperialistischen Epoche darstellt und den eigenen Sturz vorbereitet.

Ökonomische Krisentendenzen

In der Ausgabe vom Februar 2007, also noch vor dem Platzen der Hypothekenblase als erstem Anzeichen für die wachsenden Schwierigkeiten der US-Ökonomie und anderthalb Jahre vor dem Zusammenbruch der Lehman Brothers-Bank mit der wahrscheinlich tiefsten Finanzkrise in der kapitalistischen Geschichte, schrieben wir:

„...bedeutsame Entwicklungen in der Weltlage müssen im Licht von grundsätzlichen Tendenzen gesehen werden, die unter der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft ablaufen. Die allgemeine Tendenz der imperialistischen Epoche zum Niedergang drückt sich in der gegenwärtigen Periode durch Überakkumulation von Kapital und dem tendenziellen Fall der Profitrate, durch seine abnehmende Kraft zur Entfaltung der Produktivkräfte und durch eine allgemein zunehmende Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft aus...Entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Bewunderer der Globalisierung und deren linker Gefolgsleute drückt der gegenwärtige Zyklus keineswegs eine lange Welle des Wirtschaftsaufschwungs des globalen Kapitalismus aus, sondern vielmehr eine Fortsetzung der Krise und schwindender Wachstumsraten.“

Als Entgegnung auf jene, die glaubten, dass das Wachstum China erlaubt hätte, sich von der US-Wirtschaft zu entkoppeln und auch seinen Aufwärtstrend selbst bei einem Abschwung der USA beibehalten könnte, führten wir im gleichen Artikel aus:

„...jeder bedeutende Abschwung in der US-Ökonomie hätte einen sofortigen Einfluss auf Chinas Export orientierte Industrien.“

Als 2 Jahre später das Ausmaß der Krise von fast allen erkannt wurde, zogen wir den Schluss, dass dies nicht ein weiterer Konjunkturzyklus war, der bald von einer Rückkehr zu Wachstum abgelöst werden würde. Wir argumentierten im Gegensatz dazu: „...eine historische Krise des kapitalistischen Systems hat begonnen und kann nur gelöst werden durch eine gleichermaßen historische Vernichtung von Kapital und eine Neuaufteilung der weltweiten Quellen für Mehrwert, Rohstoffe und Märkte...Die Wirtschaftszyklen der nächsten Periode werden durch scharfe Widersprüche und Stillstand mit nur schwachen und schwankenden Erholungen gekennzeichnet sein...Diese Voraussetzungen werden die innerimperialistische Konkurrenz und verschärfte Klassenkämpfe befeuern vor dem Hintergrund einer sich ständig zuspitzenden Umweltkrise.“

Unsere Vorhersagen von schwachen und schwankenden Erholungen sind durch die folgenden Entwicklungen und sogar von den jüngsten Weltwirtschaftsaussichten des IWF bestätigt worden. Ihnen lag die Erkenntnis zu Grunde, dass die Globalisierung wie auch die imperialistische Epoche selber ein Ausdruck davon ist, was Marx die widerstrebenden Tendenzen beim tendenziellen Fall der Profitrate nannte. Obwohl fallende Profitraten eine Folge der Überakkumulation von Kapital sind und von daher grundsätzlich nur durch die Vernichtung von überschüssigem Kapital zurückgesetzt werden können, bemerkte Marx, dass diese Tendenz zumindest vorübergehend durch verschiedene Mittel gebremst werden kann. Er nannte u. a. die Intensivierung der Arbeit, die Expansion des Exportkapitals und die Verbilligung des konstanten Kapitals als Beispiele.

Bei der Globalisierung kommen viele solcher Faktoren in Betracht. Die politische Weltmachtstellung der USA und ihre Kontrolle über internationale Agenturen wie Weltbank und IWF gab ihnen die Mittel, die halbkolonialen Länder zu zwingen, ihre Märkte für US-Waren zu öffnen und vordem staatliche

Bereiche ihrer Ökonomien zu privatisieren. Finanzielle Unterstützung und Kredite wurden nur zu hohen Zinsen und der Annahme von strukturellen Anpassungsprogrammen gewährt, womit die Rückzahlung der Kredite durch die Kürzung von Ausgaben der Regierung für Wohlfahrt und Sozialleistungen finanziert wurde. Ein weiterer wichtiger Umstand, der es dem US-Kapital gestattete, die Löhne im eigenen Land niedrig zu halten und gar zu senken, war dem Aufstieg des chinesischen Kapitalismus zu verdanken, der eine ansteigende Schwemme von immer billigeren Waren lieferte.

Solche Bedingungen ließen das US-Kapital im profitablen Bereich ohne die Säuberung von überschüssigem Kapital. Die US-Konzerne wollten ihre riesigen Investitionen der Vergangenheit in nunmehr veraltete Produktionsanlagen wie z. B. Automobilfabriken jedoch nicht einfach abschreiben, sondern wandten sich unterschiedlichen Formen der Finanzspekulation zu, wo schnellere Einkünfte machbar schienen. Im Gefolge des Zusammenbruchs der Internetaktiengeschäfte und der Al Qaida Attacke auf die Zwillingstürme des Welthandelszentrums kappte die amerikanische Notenbank die Zinsen und ließ eine Flut von billigen Krediten für Firmen und Verbraucher fließen.

Diese Kombination von billigem Geld und Finanzspekulation bereitete den Boden für die Finanzkrise 2008. Ironischerweise zielten die Maßnahmen, die Krise in den Griff zu kriegen, deren Ursache in der Überakkumulation von Kapital lag, auf die Begrenzung der Vernichtung von Kapital. Die Aufkäufe der Zentralbank von wertlosen Papieren, d. h. Anleihen, die nicht zurück gezahlt werden konnten, die Kürzung von Zinsraten auf fast 0 %, ein Anreizpaket von 400 Milliarden Dollar und dann massives monatliches Hineinpumpen von Geldmengen durch ‚quantitative Erleichterung‘ verhinderten den Zusammenbruch des Bankensystems. Doch weil dies natürlich nicht an die Wurzel der Krise ging, konnten wir die schwachen und schwankenden Erholungen voraussagen.

6 Jahre nach Beginn der Krise hat der Grad der Erholung unsere

Vorhersage bestätigt. Natürlich sind Rezessionen und Erholungen in Tiefe und Länge bei verschiedenen Ökonomien nicht gleich verlaufen. Das Ausmaß der Krise 2008 und der daraus folgende Zusammenbruch im Welthandel erzeugten einen hohen Grad an Gleichzeitigkeit in seiner Auswirkung auf der ganzen Welt. Die Erholungsprozesse wiederum hingen von vielen Umständen ab, die kennzeichnend waren für die verschiedenen Ökonomien der großen Länder und nicht wenig von der Politik der jeweiligen Regierungen.

Bei den etablierten imperialistischen Mächten erlitt bspw. Deutschland 2009 einen Rückgang im BIP-Wert um 5,1%, erlebte einen Anstieg um 4,0 % im folgenden Jahr, der sich 2012 um 0,7% verlangsamte. Im Gegensatz dazu schrumpfte der US-BIP 2009 um 2,8%, wandelte sich 2010 in Wachstum von 2,5% und erreichte nach einer Entschleunigung 2012 2,8%. In Spanien ging das BIP 2009 auf 3,8% herunter, erholte sich erst 2011 um winzige 0,1% und brach 2012 und 2013 um 1,6% bzw. 1,3% erneut ein. Die Vergleichszahlen für Großbritannien beziffern sich 2009 auf ein Minus von 5,2%, kletterten dann jedoch in den Folgejahren auf 1,7%, 1,1%, 0,3% bzw. 1,8% (2013).

Die BIP-Statistiken werden für alle großen Ökonomien einigermaßen einheitlich erstellt, außer für China, und bieten ein ziemlich verlässliches Material über den verhältnismäßigen Wandel in Wirtschaftsaktivitäten über die Zeiten und in verschiedenen Ökonomien. Dennoch zeichnen die Zahlen, obwohl sie Aktivität, Umfang und Wert der Transaktionen in der Wirtschaft und nicht die Produktion als solche messen, ein irreführendes Bild von Wirtschaftswachstum. Eine steigende Zahl von Wohnungsverkäufen besagt nicht unbedingt eine erhöhte Anzahl von Häusern, noch deutlicher wird dies bei gesteigerten Aktivitäten am Aktienmarkt. Dort kann dies ebenso eine spekulative Blase wie einen gewachsenen Ausstoß von Firmen bedeuten, deren Anteile gehandelt werden.

In diesem Licht ist es bedeutsam, dass der Produktionsausstoß in keiner der westlichen imperialistischen Mächte den

Vorkrisenstand wieder erreicht hat. Laut dem britischen Amt für nationale Statistik kommen die USA dem mit 2,6% unter dem Schnitt noch am nächsten, während die Zahlen für Großbritannien bei -7,6% und die für Italien, Frankreich und Japan noch über -10% liegen.

Im Gefolge der Rezession ist die Arbeitslosigkeit in allen großen Ökonomien gestiegen, jedoch graduell und zeitlich verschieden. Der Jahresdurchschnitt in Frankreich und Deutschland stieg von 2008 zu 2009 von 7,8% auf 9,5% bzw. 7,5% auf 7,8%. Danach wuchs die Arbeitslosigkeit in Frankreich weiter bis 2012 auf 10,6%, während sie in Deutschland wieder auf 5,3% fiel. Ein viel größerer Kontrast ergab sich in Spanien, 2008 11,3%, 2012 24,9%.

In den USA sind von Februar 2008 bis Februar 2010 8,7 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen. Die Arbeitslosigkeit kletterte von 4,7% im November 2007 auf einen Höchststand von 10% im Oktober 2009. Dann erfolgte eine stete Zunahme der Beschäftigtenzahlen in den folgenden drei Jahren, und im März 2014 war die Zahl der Arbeitsplatzverluste wieder ausgeglichen, 9,163 Millionen waren seit 2010 neu entstanden. Dennoch sollte beachtet werden, dass viele dieser Jobs in den Niedriglohnsektoren von Dienstleistungen geschaffen wurden, wo die Lohnkosten unter den Reproduktionskosten für die Arbeitskraft liegen, so dass selbst jene, die Arbeit haben, noch Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen und von Lebensmittelmärkten und Suppenküchen leben müssen.

Die zyklische Erholung, von der in der angelsächsischen Boulevardpresse so groß getönt wird, kommt in den seriöseren Berichten nicht so optimistisch vor. Die Weltwirtschaftsaussichten des IWF vom Frühjahr 2014 bemerken, dass in den alten imperialistischen Kernländern die Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt immer noch fallen und selbst in den aufstrebenden Märkten die Wachstumsraten nicht mehr das Niveau vor 2007 erreichen werden.

Daraus schließt der Bericht: „Eine Hauptsorge gilt der Möglichkeit einer längeren Periode sehr geringen Wachstums (,säkularer Stagnation‘) in den fortgeschrittenen Ökonomien, v. a. wenn neue Schocks diese Ökonomien treffen oder politische Mittel nicht die Krisennachwirkungen wie erwartet in den Griff bekommen.“

Ein ähnlich pessimistischer Ton findet sich in den Aussichten vom Juli 2014. Der IWF hat seine Prognose für das globale Wachstum um 0,3% auf 3,5% nach unten angepasst und schätzte, dass die „globale Erholung sich fortsetzt, aber in ungleichmäßigem Tempo und die Gefahr von Einbrüchen bestehen bleibt.“

Weiter heißt es: „Das weltweite Wachstum hat sich im ersten Vierteljahr 2014 stärker verlangsamt als erwartet, v. a. weil es zeitweilige Rückschläge gab mit einer scharfen Korrektur an einem früheren Innovationsschub und den Auswirkungen eines strengen Winters auf die Binnennachfrage in den USA.“

Das Wachstum enttäuschte auch in China, wo Maßnahmen zur Kreditdämpfung und auf dem Wohnungsmarkt ergriffen wurden. Das Wachstum hat sich in anderen aufstrebenden Märkten gemäßigt, weil die Auslandsnachfrage sich abgeschwächt hat und auch, weil die Investitionen langsamer als erwartet vonstatten gingen.“

Die andauernde Schwäche der produktiven Investitionen zeigen, dass die Profiterwartung hier niedrig angesetzt werden. Die Profitmasse der Konzerne in den USA hat jedoch stark zugenommen, und die Aktienmärkte waren auf Gipfelfahrt, zeigten damit aber, dass das ‚Wachstum‘ vornehmlich auf fiktivem Kapital beruht. Im Juni erklimmte der Dow Jones Index den historischen Höchststand von 15000 Punkten, zwei Monate später durchbrach er schon die 17000-Marke. Die Kreditstatistik bestätigt diesen Trend: im ersten Quartal nahmen die Anleihen der Firmen um 9,3% zu, im letzten Viertel von 2013 waren es nur 7,7% gewesen. Insgesamt bewegten sich

die aufgenommenen Geschäftskredite auf einem historischen Hoch von 59,399 Billionen Dollar, 347% des BIPs.

Trotz des noch niedrigen Gesamtwachstums steigerten sich die Verbraucherkredite um 6,6% im selbem Zeitabschnitt. Neben der Ungleichheit mit der BIP-Zuwachsrate liegt die Bedeutung dieser Zahlen in den niedrigen Zinsraten, die die Anleihen begünstigen. Wenn aber die Zinssätze zu steigen beginnen, was sie in einer anhaltenden Erholungsphase tun müssten, wenn die Politik des lockeren Geldes endet, wären Rückzahlungen zunehmend schwierig und würden den Grundstein legen für eine neue Finanzkrise.

Ohne produktive Investitionen würde die Beschäftigung in dem für die Mehrwerterzeugung ausschlaggebenden Sektor nicht entscheidend wachsen, und die Jobs würden sich noch mehr auf unproduktive oder unterdurchschnittlich produktive Sektoren verlagern. Das wiederum würde der Wirtschaft keinen Verbraucher gesteuerten Anschub verleihen und auch bei Wahlen keine gute Stimmung erzeugen.

Vor dem Hintergrund einer sehr schwankenden Erholung in den etablierten imperialistischen Staaten haben diverse ‚Retter‘ des Kapitalismus überlegt, welche vermeintlich alternativen Kräfte denn die Rolle eines Zugpferdes für das Wirtschaftswachstum übernehmen könnten, um den lahmen Karren wieder flott zu machen. Viele von ihnen setzten auf die BRICS-Gruppe Brasilien, Russland, Indien, Chinas und Südafrika.

Mehrere von diesen Staaten haben tatsächlich kurz nach dem Tiefpunkt des internationalen Abschwungs verhältnismäßig hohe Zuwächse verzeichnet. Brasilien kam bspw. rasch aus der Talsohle mit einer Abschmelze 2009 auf 0,3% zu einem steilen Anstieg auf 7,5% im Folgejahr, während Indien und China sogar während des Krachs 2008 ihr Wachstum erhielten und 2009 auf 8,5% bzw. 9,2% empor bringen konnten.

Doch die Zuwachsraten konnten in keinem dieser Länder gehalten werden. Brasilien stürzte 2012 auf ganze 0,9% ab. Der rationale Kern in der Vorstellung von den BRICS als durchschlagskräftige Ländergruppe beruhte darauf, dass mehrere von ihnen stark von dem großen Konjunkturpaket profitierten, das eines ihrer Mitglieder, nämlich China, geschnürt hatte, indem es Rohstoffe, Energie und Lebensmittel aus den anderen Ländern importierte.

Nicht entmutigt vom Scheitern der BRICS bei der Rettung des Kapitalismus hielten andere Schlauköpfe Ausschau nach weiteren Kandidaten und verfielen auf die MINT-Gruppe Mexiko, Indonesien, Nigeria und Türkei als Beweis für die restaurativen Kräfte des Kapitals. Als mehrere der BRICS-Länder 2010/2011 die ‚Experten‘ schon enttäuscht hatten, überwand Mexiko die vorherige Schrumpfung 2009 von 5% und kam 2010 zu 5% Zuwachs. Indonesien übertraf in allen drei Jahren nach 2009 die 6%-Marke, während die Türkei ihr Tief 2009 von 4,8% mit einem Sprung auf 9% im Jahr darauf übertrumpfte.

Hier kam jedoch auch MINT als Gruppe nicht im Gleichschritt voran. Obwohl Nigeria 2012 und 2013 mehr als 6% Wirtschaftszuwachs erzielen konnte, krebste Mexiko zu der Zeit schon wieder bei 1,2% und die Türkei bei 3,8%. Diese oder andere ‚aufstrebende Märkte‘ werden von einer Gefahr bedroht, der Aussicht auf steigende Zinsen in den USA; sobald auch nur die Möglichkeit erwähnt wurde, dass die US-Notenbank die Politik des schnellen Geldes aufgibt, floss das Kapital aus diesen Ökonomien zurück in die USA in Erwartung schnellerer Einnahmen.

Nachdem der IWF schon im Juli seine Prognose nach unten korrigieren musste, haben die Herbstgutachten des IWF aber auch der deutschen Wirtschaftsgutachten noch einmal nach unten korrigieren müssen. Für die Weltwirtschaft wurde nochmal von 3,5 (Juli-Gutachten) auf 3,3 korrigiert. Als Begründung wurde angegeben, dass die Wachstumsraten in den BRIC-Ländern regelmäßig zu hoch angesetzt seien bzw. die Entwicklungen im

Mittleren Osten überrascht hätten. Gleichzeitig mussten die deutschen Wirtschaftsinstitute ihre Prognosen dramatisch nach unten korrigieren – statt der erwarteten Konjunkturerholung liegt die Prognose jetzt für dieses Jahr bei 1,3%, mit einer weiteren Abschwächung auf 1,2% für 2015. Besonders schmerzhaft seien die Einbrüche bei den Investitionen und im Export. Im August war der deutsche Export sogar um 5,8% im Vergleich zum Vormonat gefallen – so stark wie nicht mehr seit dem Krisenjahr 2009. Die Investitionen betragen derzeit nur noch 1,9% am BIP, die Auftragslage bricht ein, der ifo-Geschäftsklima-Index sinkt seit 5 Monaten – all dies wird von führenden Wirtschaftszeitungen Deutschlands als klares Krisensignal aufgefasst. Der Einbruch der deutschen Konjunktur ist dabei Gift für den Rest des EU-Raums. Die EU-Wirtschaft bewegt sich wieder klar auf eine Rezession zu, der ehemalige US-Finanzminister Summers sprach auf der Herbsttagung von IWF und Weltbank sogar von einer „EU-Depression“.

Die deutsche Regierung und die deutschen Wirtschaftsblätter ziehen eine andere Konsequenz. So kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ das Prognosedebakel von IWF und Co am 10.10.2014: „Man darf vermuten, dass mit der Finanzkrise mehr zerbrach, als es sich mit einer temporären Nachfrageschwäche erfassen lässt... Langsam sickert in den Prognosen des IWF und anderer diese Erkenntnis ein, dass das Wachstumspotential vielfach wohl geringer ist als zuvor“. Dies heisst nicht mehr und nicht weniger, dass das umlaufende Finanzvolumen um ein Vielfaches die realen Wachstumsmöglichkeiten übersteigt und daher die bestehenden Kapazitäten bei weitem nicht verwertet werden können. Der FAZ-Kolumnist zieht dann auch die notwendige Konsequenz: die bisherige Politik, die Nachfragerückfälle nach der Finanzkrise durch die Politik des lockeren Geldes zu schließen, sei auf ganzer Linie gescheitert. Es müsse wieder zu einer „angebotsorientierten“ Politik zurück gekehrt werden. Dies ist eine akademische Umschreibung für Kapazitätsabbau, bewusstes Scheitern-Lassen auch „systemrelevanter“ Unternehmen und

Kapitale etc. um die „überlebenswerten“, i.e. verwertbaren Kapitale wieder auf Wachstumskurs bringen zu können. Der Vater des Neo-Liberalismus, von-Hayek hat diese Doktrin in dem Satz zusammengefasst, dass die Krise ihr heilendes Werk vollbringen muss. Dies bedeutet Angriff auf die Existenzbedingungen von Milliarden von Menschen auf diesem Planeten. Etwas, vor dem viele Kapitalfraktionen noch zurück schrecken. Auf der Herbsttagung von IWF und Weltbank wurde dies in massiven Angriffen auf den deutschen Finanzminister Schäuble deutlich, der der EU-Konjunkturschwäche endlich durch Investitionsprogramme und Schuldenpolitik entgegenwirken solle. Davon unbeeindruckt vertrat Schäuble, bewusst oder unbewusst Hayek folgend: „Eine Krise hilft immer die Dinge voran zu treiben“ (Stuttgarter Zeitung, 10.10.2014).

Politische Konsequenzen

Der schwankende Charakter der Erholung von der tiefsten Depression der Neuzeit bildet die materielle Grundlage für die gewachsene Aggressivität des Kapitals sowohl im Klassenkampf nach innen in den jeweiligen Ländern wie auch auf internationaler Ebene im Konkurrenzkampf der Großmächte. Die neue Periode der Weltpolitik ist geprägt von scharf zugespitzten innerimperialistischen Konflikten, in denen, wie Lenin es klar und unumwunden formulierte, die Großmächte sich für eine Neuaufteilung der Welt rüsten.

Das heißt nicht, dass ein direkter Konflikt zwischen den Großmächten droht. Vielmehr ist eine Kombination von ‚sanfter‘ Gewalt, um strategische Vorteile zu erlangen, und begrenzten Kriegen zwischen kleineren Staaten zu erwarten, die auch dort, wo sie nicht als Stellvertreterkriege beginnen, die Hauptmächte in die Auseinandersetzung hineinziehen können. Die zu Grunde liegende wirtschaftliche Dynamik treibt die Großmächte zur Konfrontation, allerdings können politische Unruhen in scheinbar weniger wichtigen Ländern ebenso der Auslöser für die nächste Wirtschaftskrise sein wie ein

weiterer spektakulärer Bankrott nach Art der Lehman Brothers-Bank.

Dieses Szenario beleuchtet die Notwendigkeit für RevolutionärInnen, die nationalen und regionalen politischen Entwicklungen in Bezug auf das Gesamtbild auf Weltebene zu untersuchen. Alle Einzelfälle haben ihre eigene Charakteristik abgeleitet vom Klassenkampf in den jeweiligen Ländern, aber die mögliche offene oder unterschwellige Verwicklung der imperialistischen Mächte macht es notwendiger denn je, politisch unabhängige Arbeiterparteien aufzubauen.

International müssen RevolutionärInnen die strategischen Ziele der verschiedenen Imperialismen in Betracht ziehen und betonen, dass wir Solidarität mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung üben und zugleich in den imperialistischen Ländern den Hauptfeind im eigenen Land, die herrschende Klasse bekämpfen.

Diese ehernen Grundsätze sind strenger denn je zu befolgen, denn der Imperialismus hat von den Erfahrungen einer Vielzahl von Bewegungen profitiert, die als demokratische Opposition nicht nur gegen stalinistische Bürokratien wie Solidarnosc begonnen haben, sondern auch gegen unterdrückerische Regime wie das der Apartheid in Südafrika oder das von Marcos auf den Philippinen. Die ‚Farbenrevolutionen‘ in Europa und jüngst die Euromaidan-Bewegung zeugen von dieser Lernfähigkeit des Imperialismus.

Das Potenzial für ähnliche Interventionen existiert auch in China. Unmittelbar stehen neben demokratischen, politischen und gewerkschaftlichen Rechten, nationale Fragen in Tibet und Xinjiang, die weit verbreitete Korruption der Geschäftselite der KP und eine wachsende Reihe von ungelösten Umweltfragen auf der Tagesordnung.

Die kapitalistische Entwicklung von China hat unausweichlich die Dynamik einer in Klassen geteilten Gesellschaft in Gang

gesetzt und trotz Parteidiktatur auch elementare Formen des Klassenkampfes. Im Zusammenhang mit dem schnellen Wachstum stellen sich Fragen nach Verbesserung bei Lohn und Arbeitsbedingungen, aber auch zur sozialen Absicherung, Wohnung, Bildung usw. Um der möglichen Entstehung von radikalen gegen das Regime gerichteten Bewegungen vorzubeugen, sind von offizieller Seite Schritte unternommen worden, die Staatsgewerkschaften zu verändern, dennoch haben Formen von Selbstorganisation ständig zugenommen, und Forderungen nach von der Basis gewählten gewerkschaftlichen VerhandlungsführerInnen haben sich allgemein ausgebreitet.

In diesem Bildungsprozess sind Gewerkschaften und NGOs in den ‚demokratischen‘ imperialistischen Ländern, besonders unterstützt von den europäischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften, eifrig dabei, ihr Modell der Klassenkollaboration und des arbeiteraristokratischen Gewerkschaftertums zu propagieren und zu fördern. Dies liegt nicht nur voll auf der strategischen Linie der westlichen Imperialisten in der Absicht, das Regime zu untergraben, sondern stellt auch den chinesischen ArbeiterInnen eine gefährliche Falle, deren grundsätzliche Bedürfnisse massenhafte, demokratische Gewerkschaften und eine politisch unabhängige Arbeiterpartei sind, die in der Lage sind, die Arbeiterinteressen gegen Bürokraten, eigene bürgerliche Klassengegner und Imperialisten gleichermaßen zu verteidigen und voran zu bringen.

Auf den Einsatz dieser ‚sanften‘ Gewalt hat das Pekinger Regime bereits mit der Mobilisierung des Han-Chauvinismus gegen ausländische Einflüsse, v. a. mit antijapanischen Kampagnen sowie durch wirtschaftliche Zugeständnisse reagiert, um besondere Konflikte zu entschärfen und Reformen einzuleiten. Diese Strategie würde aber bei einem anhaltenden Niedergang des Welthandels nicht haltbar sein.

Vor diesem Hintergrund schwelender innerimperialistischer Rivalität und angesichts einer drohenden weiteren Finanzkrise

in näherer Zukunft haben die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften wie Parteien, kaum die Errungenschaften der Arbeiterbewegung verteidigt. Sie haben sich eher darauf eingelassen, Reallohnkürzungen hinzunehmen oder gar Lohnverzicht zu üben, um Arbeitsplatzverluste der eigenen Mitgliedschaft zu begrenzen, während sie wenig bis gar nichts für die Organisierung von prekarierten Schichten und Jugendlichen taten, die kaum Aussicht haben, in den Arbeitsprozess integriert zu werden, geschweige denn, ihren Traumberuf ergreifen zu können.

Das passt natürlich zu den Nachfahren jener Klassenverräter von 1914, den reformistischen Parteien und Gewerkschaften. Nicht selten haben Organisationen wie die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratische Partei Regierungen geführt, deren Politik zur Krise beigesteuert hat.

Etwas mehr überrascht zumindest anfänglich da schon die Unfähigkeit der Haupttendenzen, die sich auf den Trotzismus berufen, zu erkennen, was die USA und die EU in Osteuropa, v. a. der Ukraine angerichtet haben. Eine Warnung, dass die Euromaidan-Bewegung ein Teil der ‚Farbenrevolutionen‘ war, die vom westlichen imperialistischen Block unter Führung der USA angestoßen und finanziert worden sind, hörte man von diesen Gruppen nicht. Stattdessen setzten sie, an ihrer Spitze das Vereinigte Sekretariat der IV., den Euromaidan gleich mit den echten, spontan demokratischen Bewegungen des arabischen Frühlings und des Widerstands gegen Kürzungspolitik in der EU.

Die Wurzel für diesen Irrtum liegt in dem tief sitzenden Missverständnis von Trozki's Theorie der permanenten Revolution als ‚Prozess‘, der die Errungenschaften der geschichtlich fortschrittlichen Ziele durch Massenbewegungen selbst ohne revolutionäre Führung sichern könne. Sie haben die Macht der DemonstrantInnen auf dem Tahrir-Platzes gesehen, waren aber blind gegen die Gefahr von Seiten der Moslembruderschaft bzw. der Massenillusion in die Armee in Ägypten. Anscheinend haben sie die selbe Schablone auf die

Maidan-Bewegung angewendet, weil auch sie oberflächlich betrachtet in ähnlicher Weise einen städtischen Platz besetzt hielten. Dabei haben sie jedoch die Augen und Ohren nicht nur vor den reaktionären pro-EU Forderungen des Maidan verschlossen, sondern auch vor der offen führenden Rolle von faschistischen Organisationen in der Bewegung.

Dies hat sie zur Anerkennung der Legitimität der Jazenjuk-Regierung geführt, die die zwar sicherlich korrupte und autoritäre, aber immerhin gewählte Janukowitsch-Regierung mit Hilfe von faschistischen Banden stürzte und diese Helfer mit Ministerposten belohnte. Völlig übersehen haben diese ‚Trotzkisten‘ auch die Beteiligung der USA an dem Zustandekommen dieser Kiewer Regierung. Ihren Irrtümern setzten sie dann noch einen hinzu, indem sie die Massaker von Odessa und Mariupol herunter spielten und damit der gezielten Desinformation der westlichen Medien auf den Leim gegangen sind, die die Opfer als Angreifer hingestellt haben.

So wichtig der Konflikt in der Ukraine schon für sich genommen als Versuch zu werten ist, die geostrategische Position der westlichen Imperialisten unter Führung der USA vorzuschieben, ist er auch ein untrügliches Zeichen der Zeit, ein Ausdruck für die kriegstreiberische Dynamik einer zusehends instabilen Welt. In dieser Hinsicht unterstreicht diese klägliche Fehleinschätzung vieler Linker, die unverzeihliche Oberflächlichkeit, mit der diese selbsternannten Erben der aufrechten RevolutionärInnen von 1914 alle Lehren aus den letzten 100 Jahren vergessen haben, die dringende Notwendigkeit für den Aufbau einer neuen, Fünften Internationale. Und ihre Parole lautet erneut: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

Resolution zur Weltlage

Internationales Exekutivkomitee der Liga für die Fünfte Internationale, September 2011, Revolutionärer Marxismus 43, Oktober 2011

1. Die Welt durchlebt eine ausgedehnte Stillstandsphase, die Erholung von 2010 klingt ab und es droht die Wiederkehr der Rezession. Eine weitreichende Kreditklemme, Rettungsschirme für Banken und Industrien, eine Staatsschuldenkrise auf den Anleihemärkten mit Milliardenpekulationen treiben ein Land nach dem anderen zu verzweifelten Einsparmaßnahmen, gerichtet gegen die Arbeiterklasse und die Armen. Aber all dies hat die Krise nicht bereinigt – im Gegenteil.

2. Diese historisch lange Krise bestätigt die Voraussage der Liga für die 5. Internationale, dass wir in eine weitere historische Krise des kapitalistischen Weltsystems geraten sind, ähnlich wie sie die Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen geprägt hat. Es ist daher kein Zufall, dass Regierungen und Wirtschaftsinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds die Errungenschaften der ArbeiterInnen, Bauern und Armen der Nachkriegsperiode zunichte machen wollen. Aber in Europa, Nord- und Südamerika und nun auch im Nahen Osten wehren sich die Massen.

3. Ihnen ist der Entwicklungsweg der Wirtschaften des westlichen Europa verwehrt. Die verschiedenen arabisch-afrikanischen und lateinamerikanischen „sozialistischen“ nationalistischen Regime haben Privatisierungen, Marktwirtschaft und neoliberaler Politik den Weg bereitet gemacht. Die Führungen von Gewerkschaften und Arbeiterparteien haben sich kräftig nach rechts gewendet und sich offen dem Kapitalismus angebedert.

4. Selbst heute wagt es kaum jemand von ihnen, dem Kapitalismus offen entgegen zu treten, eine alternative Gesellschaft vorzuschlagen und über einzelne Abwehrkämpfe hinauszugehen. Doch nur die Umwandlung von Defensiv- in Offensivkämpfe würde es ermöglichen, jenes System zu stürzen, das Milliarden ins Elend stürzt. Doch auf jedem Kontinent nehmen nun ArbeiterInnen, in der Regel mit einem großen Anteil Jugendlicher und junger ArbeiterInnen, die Herausforderung an. Die alten FührerInnen, die den Widerstand bremsen und verraten, müssen ersetzt werden!

5. Die Gewerkschaften und alle Widerstandsorganisationen der ArbeiterInnen, der Jugend, Frauen und BäuerInnen müssen in echte Kampforganisationen umgewandelt werden. Revolutionäre Parteien müssen aus den besten AktivistInnen geformt und international verbunden werden. Diese historische Krise muss die letzte sein! Die geschichtliche Gelegenheit muss ergriffen werden, um eine revolutionäre Masseninternationale wieder zu erschaffen, die die Auswirkungen der Niederlagen der 1980er und 90er Jahre überwinden und dem Kapitalismus endgültig den Garaus machen kann.

Die Weltwirtschaftslage

6. Der gewaltige Einbruch der Aktienmärkte im August, die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA und die fortgesetzten Turbulenzen im Herbst 2011 deuten insgesamt darauf hin, dass wir wieder an der Schwelle zu einer Weltwirtschaftskrise stehen. Nach der globalen Rezession 2008/2009 erholte sich die Weltwirtschaft zwar, konnte dies jedoch nur vor dem Hintergrund von Rettungsmaßnahmen für das Finanzkapital und staatlichen Konjunkturprogrammen gewährleisten. Dies führte im Gegenzug zu einem massiven Anstieg der Staatsschulden und einer Vergesellschaftung der Verluste in unerhörtem Ausmaß.

7. Die kurzlebige Aufschwungperiode der Weltwirtschaft löste jedoch nicht die grundlegenden Probleme des Kapitalismus.

Während der Krise wurde nicht nur nicht genug Kapital vernichtet, um eine neue Ausdehnungsphase des Weltkapitalismus unterfüttern zu können – es wurde das genaue Gegenteil bewirkt. Die Intervention des Großkapitals diente zur Rettung von Finanzkapital, den Großbanken und Fonds, aber auch den großen Industriemonopolen und reproduzierte somit die bestehende Überakkumulation.

8. Das Resultat der Rezession hat zu einer Periode wachsenden Ungleichgewichts der Wirtschaftsentwicklung geführt. Die aufstrebenden BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China) und Deutschland sowie einige andere eng verbundene Staaten (z.B. Skandinavien) haben sich industriell stark ausdehnen können. Aber diese Ausweitung war nur die Kehrseite der Beinahe-Stagnation bzw. des Niedergangs von USA, Japan und weiten Teilen der Europäischen Union und – schlimmer noch – bei einer Reihe von Halbkolonien.

9. Gerade jene Mittel zur ‚Rettung‘ der Weltwirtschaft und zur schwachen Erholung haben die Wurzeln für die Wirtschaftskrise nicht berührt und leiten eine neue weltgeschichtliche Periode ein: eine Periode der Krise des kapitalistischen Weltsystems. Die Überakkumulation von Kapital hängt wie ein Damoklesschwert über der Weltwirtschaft:

- Die staatlichen Maßnahmen retten das Finanzkapital und heizen deren Operationen weiter an. Dies bläst die Spekulation auf Weltebene weiter auf und zieht nun auch Staats-, wie private, v.a. Bankschulden in den Sog, ebenso die Rohstoff- und v.a. auch die Lebensmittelmärkte.
- Dies wiederum untergräbt die Mittel der traditionellen imperialistischen Rezepte zur Verhütung weiterer Zusammenbrüche auf den Finanzmärkten.
- Die spekulativen Wellen, die die Warenmärkte überschwemmen, und die Politik der Zinslockerung durch die Staatsbank der USA, aber auch der Europäischen Zentralbank, um ihre Ökonomien anzukurbeln und so ihre

Märkte für chinesische und andere Exporteure zu erhalten, erhöhen den inflationären Druck auf die Halbkolonien und China gewaltig und zielen in Richtung Aufwertung ihrer Währungen.

10. In der ersten Hälfte von 2011 verstärkten sich die Anzeichen für eine Verlangsamung der Weltwirtschaft, angeheizt durch die massiven Kürzungsprogramme in Südeuropa, Britannien und den USA sowie der Schuldenlast, die viele Länder zunehmend drückt. Der Tsunami und die Kernreaktorkatastrophe in Fukushima bewirkten, dass die japanische Wirtschaft weiter in der Stagnationsklemme steckt. Es lässt sich jedoch nicht ausschließen, dass ein dritter Schub von Zinslockerung in den USA und internationale Absprachen zwischen USA, China und Europa die globale Rezession hinauszögern. Doch die Mittel zur Ankurbelung der Weltwirtschaft sind äußerst beschränkt und funktionieren höchstens als Zeitgewinn, verschärfen im Grunde aber die Probleme. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Maßnahmen ähnliche Wirkungen wie 2008-10 erzeugen, zumal sie Hand in Hand mit ungeheuren Einschnitten bei den Staatsausgaben gehen und so enormen Rückbau von Staatsverträgen und Soziallohn bedeuten. Wir werden folglich bestenfalls Stillstand, wahrscheinlich allerdings einen Wirtschaftsabschwung im kommenden Jahr erleben, der möglicherweise eine noch schlimmere weltweite Rezession als die jüngste einleitet.

11. Die Entwicklung der USA war der Schlüssel zum Verständnis des vorübergehenden Aufschwungs der Weltwirtschaft nach der globalen Rezession. Die Hebung des US-Verbrauchs verschaffte zeitweise den Exportländern Zuwächse. Aber genau diese Auswirkungen, die eine Erholung zuließen, sind nun mehr oder weniger erschöpft. Der US-Dollar hat sich als Leitwährung weiter abgeschwächt. Eine Rezession in den USA und ein Rückgang der US-Einfuhren werden Länder wie China, Indien, Brasilien und deren Industrien empfindlich treffen, die auf eine hohe Kapazitätsauslastung angewiesen sind, um den nötigen

Profit zu realisieren. Auch diese Länder zeigen Anzeichen, dass ihr Höhepunkt im Wirtschaftszyklus überschritten ist. Der Anstieg der Inflation – und hier v.a. der Anstieg der Verbraucherpreise für Lebensgüter der Arbeiterklasse – sind weitere Zeichen dieser Entwicklung und zugleich Ausdruck der Politik von Zinslockerungen (Quantitative Easing).

12. Ein Hauptmerkmal der Wiederbelebung war, dass große Teile der halbkolonialen Welt weiterhin unter massiven inflationären Tendenzen und Schuldenlasten litten, d h. ihr Stillstand und weiterer Rückgang sind im Rahmen dieser „Wiederbelebung“ für imperialistische Länder festgeschrieben. Das betrifft weite Teile Afrikas, aber auch geostrategisch bedeutsame und bevölkerungsstarke Länder wie Pakistan.

Wachsende Risse innerhalb des Kapitals und zwischen imperialistischen Staaten und Blöcken

13. Wir haben die neue Periode seit 2008 korrekt als historische Krise des Gesamtsystems analysiert und betont, dass es sich nicht nur um eine „normale“ Wirtschaftskrise handelte, sondern dass die Krise weitere Attacken auf die Arbeiterklasse, die Armen, das Kleinbürgertum der ganzen Welt sowie die weitere Ausplünderung der Halbkolonien zur Folge haben muss. Sie verschärft aber ebenso die Spaltungen zwischen den Fraktionen der herrschenden Klasse. Dies zeichnet sich nun in Differenzen in der Wirtschaftspolitik fast aller imperialistischer Staaten und v.a. den vermehrten Rissen und Konflikten zwischen den imperialistischen Mächten ab.

14. Die Kämpfe zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen, insbesondere Finanz- und Industrie(export)kapital, sind Auseinandersetzungen zwischen Monopolen, die in entgegengesetzte Wirtschaftsrichtungen streben. Das Finanzkapital braucht die spekulative Investition, was eine anti-inflationäre Politik und Währungsstabilität erfordert, damit das investierte Geld

nicht entwertet wird. Diese Politik kann aber nur betrieben werden, wenn überschüssiges fiktives Kapital, das sich in den vorhergehenden Perioden und in der spekulativen Jagd nach Waren und Währungen angehäuft hat, verteidigt wird.

15. Das Industriekapital und die Exportnationen wollen ihre Herstellungskapazitäten erhalten. Sie brauchen eine Politik der Anreize und befürworten auch zu einem gewissen Grad antizyklische Maßnahmen. Doch auch diese Politik fordert letztlich den Schutz überzähligen Kapitals. Zwar wird die Notwendigkeit, größere Mengen von Kapital zu vernichten, von allen anerkannt, aber natürlich soll es nicht das eigene sein. Während der Rezession bedeutete dies, dass nach staatlichen Eingriffen gerufen wurde, jetzt erheben sich Stimmen für staatlichen Schutz gegen Konkurrenten.

16. Die globale Rezession und ihre Nachwehen haben allgemein bewiesen, dass sich das Finanzkapital auf Kosten von kleineren und schwächeren Kapitalteilen und erst recht gegenüber der gesamten Gesellschaft behauptet hat. Innerhalb des Finanzkapitals wiederum haben sich die Gewichte – wenn auch nicht geradlinig – zu Gunsten der zinsträchtigen Sphäre verlagert. Dieser Wandel muss zur Kenntnis genommen werden, um die Politik der maßgebenden imperialistischen Regierungen in der Krise verstehen zu können.

17. Aber die Erkenntnis dieser Spaltungen fördert gleichermaßen das Verständnis für die Politik der ArbeiterInnenbürokratien und den Aufstieg von populistischen und nationalistischen Bewegungen während und seit der Krise. Die verschiedenen Fraktionen des Kapitals haben sich v.a. mit Hilfe ihres Medienmonopols als „Opfer“ der Krise präsentieren können und haben ihre Rolle als Profiteure des Systems in den Hintergrund gedrängt. Sie rügen die Politiker, „nicht auf die Märkte zu hören und die Wirtschaft zu vernachlässigen.“ Finanzspekulanten wie Warren Buffett stellen sich als große „Sparer“ dar, die nun so tun, als sei ihre Sorge um die zukünftigen eigenen Profite identisch mit der Sorge der

Kleinverdiener um ihre Ersparnisse. Wen also machen sie für die Krise verantwortlich? Die Konkurrenz fremder Staaten (z.B. Deutschland bzw. China), Subventionen für weniger erfolgreiche andere Kapitalfraktionen (die Industrie) und den Staat, der viel zu viel Geld für Fürsorge, „gescheiterte Existenzen“ wie Arme und Einwanderer hinauswirft. Damit wird die ideologische Basis gelegt, wie und warum Kapitalfraktionen sich mit aufkeimenden reaktionären Massenbewegungen wie der Tea Party in den USA arrangieren und sie gar aufbauen können und wie reaktionäre konservative Parteien sich einen massenhaften Anhang von KleinbürgerInnen und Mittelschichten verschaffen können, da diese Schichten selbst schwer unter den Druck der Krise geraten sind.

18. Die Industriekapitalisten und einige Sektoren des Finanzkapitals fordern eine Politik, die die Nachfrage nach ihren Produkten sichert. Sie beklagen sich über „Spekulanten“ und „einseitige Politik“, v.a. nach angloamerikanischem Modell. Das dient mehreren Zwecken. Erstens lädt es die Schuld für die Krise auf eine „falsche Politik“ ab und will selbst vom System und seinen inneren Widersprüchen ablenken. Zum anderen wird mit dem Finger auf andere, v.a. ausländische Kapitalfraktionen gezeigt und damit die Tatsache verschleiert, dass alle große Industriemonopole selbst Hauptinvestoren an den Finanzmärkten und engstens mit den Großbanken verbunden sind. Sie richten sich auch an den „ehrlichen“ Produzenten, an das Kleinkapital und die Bauernschaft und sogar den hart arbeitenden Proletarier und die hart arbeitende Proletarierin. Sie versuchen sich als Investoren hinzustellen, deren Hauptziel nicht der Profit ist, sondern die Produktion sinnvoller Güter; sie wollen glauben machen, sie hätten Verständnis für die Sorgen und Probleme aller Menschen, die etwas Nutzbringendes schaffen wollen. Mit Hilfe dieses ideologischen Vorstoßes wollen sie Teile des Kleinbürgertums und der Mittelschichten sowie die ArbeiterInnenaristokratie und -bürokratie auf ihre Seite gegen die ausländische Konkurrenz und die vermeintlichen „Privilegien“ anderer

Sektoren des Kapitals ziehen. V.a. in Europa, aber auch den USA oder Brasilien haben die Gewerkschaften unter ihren bürokratischen Führungen willfährig auf diese demagogischen Argumente reagiert und sich mit den Bossen der Großindustrie zusammengetan, um „ihre“ Firmen und „ihre“ Arbeitsplätze zu retten oder um wenigstens Schlimmeres zu verhindern. In den USA bedeutete dies, Obama und die Demokratische Partei praktisch für Nichts zu unterstützen. In Europa wurde dieser Kurs durch die reformistischen sozialdemokratischen Parteien gesteuert, im Wesentlichen unterstützt durch die Linksreformisten wie Union de Gauche oder die Linkspartei.

19. Anders als die populistischen, reformistischen sowie die extrem rassistischen bzw. offen faschistischen Kräfte behaupten, die die Lösung der Krise v.a. in einer ‚richtigen‘ bürgerlichen Politik sehen, müssen wir betonen, dass das Chaos und die Desorientierung der herrschenden Klasse, die Schwäche der bürgerlichen Ideologie, der Mangel an Vertrauen und Orientierung, die Halbherzigkeit der Maßnahmen ein notwendiges Resultat der Systemkrise sind, der die herrschende Klasse nicht auf den Grund gehen will und kann. Eine ernsthafte Prüfung würde nämlich offenbaren, dass sie keine Antwort auf die Krise hat – zumindest keine, die die Gesellschaft vorwärts bringen könnte. Sie würde auch offenbaren, dass die wirkliche Lösung der Krise nur darin liegen kann, das akkumulierte Vermögen der Gesellschaft dem Privateigentum entschädigungslos zu entreißen und den hoch vergesellschafteten Produktionsprozess weltweit bewusst demokratisch zu planen.

20. Natürlich haben jetzt auch die diversen selbsternannten Antikrisenstrategen des bürgerlichen Lagers, kleinbürgerliche Reaktionäre, reformistische Politiker und Gewerkschaftsbürokraten, Hochkonjunktur und verkünden, mit ihren Vorschlägen wäre die Krise und ihre Ursachen zu meistern. Aber alle neoliberalen und keynesianischen Weisheiten oder eine Mixtur aus beiden können mit dem Problem der Überakkumulation von Kapital auf Weltebene nicht fertig

werden. Mit ihren Konzepten gibt es kein Entrinnen vor den wachsenden Spaltungen, Ungleichheiten und Konkurrenzsituationen auf der Welt. Die wachsenden Widersprüche sind allgegenwärtig und spitzen die innerimperialistischen Risse und Konflikte zu, denn die globale Überakkumulation des Kapitals kann nur durch eine massive Vernichtung von Kapital gelöst werden. Daher geht der Kampf zwischen den großen Monopolen und ihren Staaten um eine Neuaufteilung der Welt, ausgelöst durch den Niedergang v.a. der bisherigen Führungsmacht USA und dem Aufstieg anderer Mächte.

21. Allerdings hat die wirtschaftliche Ausdehnung von China, der übrigen BRIC-Länder oder Deutschland und dessen verbundenen Staaten die ökonomischen Verhältnisse keineswegs stabilisiert, sondern das Zentrum der Wirtschaftsschwerkraft verschoben. Sie haben den US-Imperialismus weiter untergraben. Die Herabstufung der Währung der immer noch größten Wirtschaft der Welt durch Standard and Poors drückt dies aus. Die künftige Funktion des Dollar als erste Reservewährung der Welt wird in der nächsten Etappe in Frage gestellt.

Der US-Imperialismus

22. Der US-Imperialismus ist von inneren Widersprüchen befallen. Noch ist er die einzig reale Weltmacht und will überall herrschen. Er ist der Weltsheriff des Imperialismus. Aber die „Kosten“ dieser Weltherrschaft drücken ihn immer stärker. Seine industrielle Basis dünnt aus. Die USA haben sich immer noch nicht von der Krise erholt und nicht das Vorkrisenniveau in der Produktion erreicht. Ihre globalen militärischen Interventionen zeigen nicht die gewünschte Wirkung. V.a. in Afghanistan hat sich auch nach einem Jahrzehnt von Besatzung und Krieg keine neue, von den USA geführte Ordnung etabliert, sondern es läuft auf eine Art Regierungsbeteiligung der Taliban hinaus. Auch der Einfluss in Pakistan, und damit dieser Eckpfeiler seiner Politik in

Mittelost, ist erheblich geschwächt. Dagegen wächst der chinesische Einfluss in Asien. Die Revolutionen in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten haben den Kontrollgriff der USA gelockert, eine „Stabilisierung“ im imperialistischen Sinn ist nicht in Sicht. Die Frage der Anerkennung Palästinas in der UNO wird die USA weiter vor den Augen der Massen als äußerst demokratiefeindlichen Imperialismus bloßstellen, falls Frankreich und Britannien sich im UN-Sicherheitsrat nicht ihrem Veto anschließen.

23. Die durch das Patt zwischen Präsident und Kongress nahezu gelähmte US-Politik in der Schuldenrahmenfrage hat die tiefen Risse auch innerhalb der herrschende Klasse enthüllt und darüber hinaus die Schwäche des US-Imperialismus auf die globale Tagesordnung gesetzt. Obama steht als schwacher Präsident da, vor den Augen der Weltöffentlichkeit offenbart sich der Niedergang der USA. Dieses Szenario ermutigt die Regierungen Chinas und Russlands, die US-Regierung und den Kongress als Hauptbedrohung für die Stabilität der Weltwirtschaft anzuprangern, ohne dass diese darauf reagieren können. Wichtiger noch zeigt der „Kompromiss“ zwischen Obama und der Republikanischen Partei in der Schuldenfrage und der offene Streit innerhalb der Kapitalistenklasse der USA und der Staatsbank über eine Neuauflage der Nullzinspolitik, dass sich die Fraktionsbildungen innerhalb der herrschenden Klasse eher noch verschärfen.

24. Im nächsten Jahr wird sich die US-Politik vornehmlich mit den Wahlen und inneren Angelegenheiten beschäftigen, was die USA weiter schwächen wird.

25. Obamas Politik und somit jene der Demokratischen Partei hat einen Teil seiner Anhängerschaft enttäuscht und ihren Gegnern, die sich in Form der reaktionären Tea Party-Bewegung formiert haben, Auftrieb gegeben. Die Gefahr, dass er die Wahlen verlieren könnte, die größeren Schwierigkeiten bei der Suche nach Unterstützung für eine Wahlkampagne wie vor 4 Jahren, aber auch die drohende Rezession werden den

Präsidenten, die Partei und die Verbindungen zu den AnhängerInnen, den Gewerkschaften und den Gemeinschaften der Unterdrückten (Schwarze, Latinos) vor eine Zerreißprobe stellen. Dies könnte neue Interventionsmöglichkeiten eröffnen, um den ArbeiterInnen, der Jugend und den unterdrückten Schichten anzubieten, mit der Demokratischen Partei zu brechen und eine eigene Arbeiterpartei in den USA aufzubauen.

China

26. Die USA haben in der Krise als imperialistische Macht an Boden eingebüßt. Dafür hat sich China trotz aller bestehenden oder steigenden Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land nicht nur als wachsende Wirtschaft und Exportweltmeister etabliert, sondern hat auch imperiale Ansprüche angemeldet. Seine Wirtschaft hat sich umfassend gewandelt, stellt technologisch hochwertigere Waren her und exportiert v.a. selbst mehr und mehr Kapital, um seine künftige Weltgeltung zu untermauern. Der Kapitalexport wird wahrscheinlich dem Warenexport in naher Zukunft den Rang ablaufen. China versucht nicht nur, seine wirtschaftliche Stellung in den imperialistischen (USA, Europa) wie halbkolonialen Ländern systematisch auszubauen, sondern schickt sich auch an, seinen militärischen Horizont zu erweitern, obwohl es noch lange dauern dürfte, ehe es das US-amerikanische Niveau erreicht hat. Auch politisch-diplomatisch pocht China auf mehr Einfluss in internationalen Gremien. Das ist in Hinblick auf den Kurs bedeutsam, der den Dollar als Leitwährung durch ein „Währungskorbssystem“ ablösen will. Dieses Bestreben ist natürlich diktiert von der Notwendigkeit, dem Aufwertungsdruck auf die eigene (unterbewertete) Währung, den Yuan, entgegen zu wirken. Gleichzeitig ist es Ausdruck der Furcht vor einem Zusammenbruch des Dollars und die damit zusammenhängenden verheerenden Folgen für die chinesische Ökonomie.

27. Neben Russland scheint China der einzige mächtige Staat zu sein, der eine klare politische Strategie verfolgt, der mit

einer Stimme in der Weltpolitik spricht und über ein stabiles Regime verfügt, das Wirtschaftswachstum gewährleistet. Doch die Abhängigkeit von Weltwirtschaft und zyklischen Krisen, die kapitalistischen Gesetzen gehorchen, erschüttert auch die innere Entwicklung Chinas. Sie führt hier ebenso zu Spannungen innerhalb der Kapitalistenklasse, wenn ein neues Finanzkapital sich als zunehmend gewinnende Klassenfraktion erhebt. Eine Wirtschaftskrise wird auch in China eine Riesenwelle von Firmenzusammenbrüchen und Konzentrationsprozessen bewirken.

28. Schon in der jüngsten Periode war die soziale Unruhe in China beträchtlich. Durch eine Krise wird sie immer explosivere Formen annehmen. Auf dem Land und in den Städten werden Abermillionen Bauern und Bäuerinnen und v.a. WanderarbeiterInnen davon bedroht sein. Auch die Spannungen zwischen den Nationalitäten werden zunehmen. In einer solchen Situation kann sich die vermeintliche Stärke des Landes, die Diktatur der KP Chinas, ins Gegenteil verkehren. Das Defizit an bürgerlicher Demokratie sowie an Formen der Regulierung von Klassenstreitigkeiten kann sogar ökonomische oder politische Teilkämpfe zu einem brisanten Pulverfass machen. Die arabische Revolution und ihr Ruf nach Demokratie und Freiheit sind im letzten halben Jahr in China nicht ohne Anklang geblieben. Angesichts einer möglichen allgemeinen sozialen und politischen Protestbewegung wird auch die Einheit der alleinigen Partei einer schweren Zerreißprobe unterzogen, denn in ihr sind noch die „Gewinner“ der kapitalistischen und imperialistischen Politik als bedeutende Teile der neuen herrschenden Klasse und eine große Zahl von proletarischen und armen Mitgliedern vereint, die auf die „Verliererseite“ der Entwicklung gedrängt worden sind. Schon jetzt spiegeln sich die Fragen des Regelwerks an industriellen Beziehungen in der Debatte um neue Arbeitsgesetze in China wider.

29. Die Klassenkämpfe in China setzen die Frage von gewerkschaftlicher Massenbewegung und demokratischen Forderungen (Demokratie, Landfrage, Nationalitätenfrage) auf

die Tagesordnung und damit die Notwendigkeit einer revolutionären Partei, die eine Strategie der permanenten Revolution vorschlägt.

Europäische Union

30. Die Europäische Union hat sich in ihren Teilen seit Ausbruch der Krise unterschiedlich entwickelt. Deutschland, Skandinavien, Österreich, Polen und die Niederlande haben den Abwärtstrend auffangen können. Die südeuropäischen Länder Griechenland und Portugal hingegen, aber auch Irland, sind immer tiefer in den Strudel der Rezession geraten, womit sich ihr halbkolonialer Abhängigkeitsstatus von den führenden EU-Mächten verstärkt hat. Spanien und Italien stehen unter erheblichem Druck. Die Spekulationswellen gegen ihre Ökonomien könnten zu massiv werden, um sie durch Stützungskäufe vor dem Ruin zu retten. Die Schulden einer Reihe von europäischen Ländern müssen wahrscheinlich zumindest teilweise abgeschrieben werden.

31. Nicht nur die Schwächen der Europäischen Union, der EZB und der Eurozone, haben die Krise aufgedeckt, sondern v.a. die Tatsache, dass eine Reihe von europäischen Staaten nunmehr der direkten politischen Diktatur imperialistischer Agenturen wie der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds unterstehen, die ihnen Kürzungsprogramme verordnen. Die Wirkweise des Euro hat einen deutlichen Schub wirtschaftlicher Machtfülle v.a. zugunsten Deutschlands in Gang gebracht. Dieser Machtzuwachs zeigt sich anhand der verbesserten Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft und einiger anderer auf Kosten der schwächeren und stärker von der Krise geschüttelten Länder. Auch der Vorsprung von Deutschland vor Frankreich, von Italien und Spanien ganz zu schweigen, hat sich ökonomisch vergrößert. Der deutsche Imperialismus ist also wirtschaftlich gestärkt aus der Krise hervorgegangen.

32. Zugleich hat die Krise auch die politischen Risse innerhalb der EU vertieft und den Mangel an einer

langfristigen Strategie Deutschlands und Frankreichs erkennen lassen, was wiederum ein Spiegelbild der Konflikte innerhalb der Kapitalistenklasse und einer gegen die EU gerichteten Strömung aus dem Spektrum der schwächeren Kapitalfraktionen und des Kleinbürgertums ist. Diese Differenzen wurden deutlich demonstriert in den unterschiedlichen außenpolitischen Zielsetzungen in Bezug auf die Haltung zum Einsatz in Libyen.

33. V.a. vom Standpunkt des deutschen Imperialismus aus muss die gegenwärtige Krise dazu genutzt werden, aus der inneren Schwäche Europas und der Eurozone aktiv den eigenen Vorteil zu ziehen. Kurzzeitig aber drängen die inneren Konflikte der deutschen herrschenden Klasse auf eine Lösung, und dies wird möglicherweise eine Veränderung des Regierungskurses in Deutschland mit sich bringen, da Kanzlerin Merkel aufgrund ihrer Passivität und zögerlichen Entschlusskraft stärker unter Druck kommt.

34. Spannungen und Spaltungen werden also in kurzer Frist in Europa weiter steigen. In Deutschland und Frankreich, aber auch in Spanien und Italien, geraten die Regierungen in heftigen Zugzwang. Die französischen Präsidentschaftswahlen könnten das Ende von Sarkozys Amtszeit bedeuten. Zapatero könnte gleichfalls von einem konservativen Kabinett abgelöst werden. In Deutschland muss die Regierung sich stärker auf ein Arrangement mit SPD und Grünen einlassen; vielleicht gibt es sogar vorgezogene Neuwahlen, wenn die FDP weiter an Stimmen verliert.

35. Die Eurozone wird sich in der nächsten Periode drastisch verändern müssen, um die EU fit dafür zu machen, als ernsthafter politischer Konkurrent in den Ring um die Vorherrschaft in der Welt gegen USA und China steigen zu können. Daraus ergeben sich für die EU vier Optionen:

a) Es könnte zum einem Integrationsschub hin zu einer deutschen Vorherrschaft mit Frankreich als Juniorpartner des deutschen Imperialismus und einem föderativen Block um beide

Staaten anstelle einer ausgreifenden Staatenföderation kommen. Ein solches Szenario, das natürlich nicht sofort entstehen könnte, würde einen grundlegenden Wandel im Kräfteverhältnis der globalen Mächte mit sich bringen. Je wahrscheinlicher dies werden sollte, desto konkreter stellt sich die Frage nach der britischen Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union.

b) Wenn es zu einem Zusammenbruch der Eurozone käme – ob daraus der Zusammenbruch der EU insgesamt resultiert, steht auf einem anderen Blatt – ergäbe sich in jedem Fall eine noch nicht dagewesene Umgestaltung Europas. Sie würde enorm reaktionäre Konsequenzen haben: Wiedererrichtung von Grenzschlagbäumen, Protektionismen und die Kappung von eingespielten Wirtschaftsverbindungen. Der ganze Kontinent würde von einer nationalistischen Welle überspült werden.

c) Die Schaffung eines Kerneuropas könnte ein zeitweiliges Resultat oder Teil einer Entwicklung aus den beiden vorgenannten Optionen sein. Ein Ausschluss einiger Länder aus der Eurozone könnte sich als notwendig erweisen, um einen schlagkräftigeren und einheitlicheren imperialistischen Block als Variante des ersten Szenarios zu formieren oder könnte die Weiterentwicklung einer Neuordnung als engere Föderation um Deutschland herum nach dem Zusammenbruch der Eurozone bedeuten.

d) Die EU verbleibt im gegenwärtigen Zustand, wenigstens für einige Zeit. Das würde wiederum Deutschland als wirtschaftlicher Führungsmacht in die Hände spielen, andererseits aber die Weltrolle der EU und ihrer imperialistischen Mitglieder global schwächen und würde auf Dauer wieder zu den drei eben genannten Alternativen führen.

36. In allen Fällen ist eine Umwandlung, Anerkennung und Kodifizierung einer politischen Machtkonzentration in den Händen der großen imperialistischen Staaten und Bourgeoisien, v.a. Deutschlands vorgesehen. Politische Gräben müssten dabei überwunden und die militärische Kooperation verstärkt werden.

Dazu müsste aber auch eine pro-europäische Ideologie in die Köpfe von zumindest Teilen der Mittelschichten, des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse eingepflanzt werden. Diese Aufgabe wird natürlich dadurch erschwert, dass die hauptsächliche Krisenbewältigungspolitik der EU immer mehr Angriffe auf die Arbeiterklasse verlangt. Es gibt jedoch auch Teile des Kapitals, die mit der Ideologie von einem „sozialen Europa“ mit dem Hintergedanken spielen, Elemente einer keynesianischen Strategie einzuführen, von denen sie glauben, sie könnten auf gesamteuropäischer Ebene, aber nicht mehr im nationalen Rahmen angewandt werden.

37. Aber keine dieser kapitalistischen Überlegungen dient den Interessen der Arbeiterklasse. Was sie braucht, ist ein Europa des Widerstands gegen Kapitalismus und Krise, ein Europa für die ArbeiterInnen. In der jüngsten Vergangenheit haben wir in Europa mehr Widerstandsbewegungen erlebt als in irgendeinem anderen imperialistischen Block. In Griechenland und Frankreich sind vorrevolutionäre Situationen entstanden. In Portugal, Spanien, Italien, ja sogar in Britannien fanden Demonstrationen von Hunderttausenden statt. Die nächste Runde von Attacken wird scharfe Klassenauseinandersetzungen nicht nur von oben zeigen, sondern auch massenhaften Widerstand dagegen und dadurch möglicherweise eine Verbreiterung bestehender Bewegungen. Massenhafte Besetzungen, militante Streiks bis hin zu Generalstreiks, Verbindungen von Kämpfen und ein gemeinsamer europaweiter Widerstand werden auf der Tagesordnung stehen. Das wiederum heißt: offensiv der Forderung nach einer ArbeiterInnenregierung Nachdruck verleihen, die auf den Organen einer solchen Bewegung fußt, und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa als einzig fortschrittliche Alternative zur imperialistischen Integration des Erdteils propagieren.

Weitere Kandidaten für eine Neuaufteilung

der Welt

38. Japan, obgleich immer noch zweitgrößte Wirtschaft der Welt, stagniert schon lange. Der Tsunami und die atomare Katastrophe von Fukushima haben das weitere Zurückfallen noch beschleunigt. Der kürzliche Regierungswechsel ist bereits der sechste in den letzten Jahren. Dies zeigt nur, dass die japanische Ökonomie festgefahren ist und alle „Ankurbelungsmaßnahmen“ in den letzten 20 Jahren nur in der Aufstauung eines gewaltigen Schuldensees mündeten. Aber die ArbeiterInnenbewegung ist äußerst schwach seit den Niederlagen gegen den neoliberalen Kurs in den 80er Jahren. Doch künftig könnte die Grundlage für eine Wiederbelebung und neue Radikalisierung der ArbeiterInnen- und Studentenbewegung gelegt werden.

39. Russland ist gestärkt aus den letzten Entwicklungen hervorgegangen, hat jedoch wirtschaftlich großen Nachholbedarf und hinkt im Vergleich mit den übrigen Kontrahenten weit nach. Russland verfügt allerdings über ein hochgradig staatskapitalistisches System, das ein bonapartistisches Regime unter dem als Präsident wahrscheinlich wieder gewählten Putin nur dürftig demokratisch bemäntelt. Unter allen Ländern mit imperialistischen Ambitionen hat Russland die schwächste und kleinste „radikale Linke“. Selbst die linken ReformistInnen zählen nur einige Hundert. Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung sind politisch sehr schwach und oft unfähig zum Kampf. Dies resultiert aus den demoralisierenden Auswirkungen der kapitalistischen Restauration, der Repression und den nationalen und ethnischen Spaltungen, die vom Staat geschürt werden. Grundlegend für diese Entwicklung ist jedoch die extreme Atomisierung der Gesellschaft als Folge des Stalinismus und der kapitalistischen Restauration. Diese Lähmung muss in Zukunft überwunden werden.

40. Indien hat in der vergangenen Periode eine rasante Kapitalentwicklung durchlaufen. Dennoch treten Ungleichheiten

in der Entwicklung noch krasser zu Tage als in China. Diese Ungleichheiten haben sich nicht zu einer Umgestaltung des gesamten Wirtschafts- und Verkehrssystems und des sozialen Gefüges in großem Stil verdichtet. Darin spiegelt sich der weiterhin halbkoloniale Charakter des indischen Kapitalismus wider. Die USA und Indien verstärken zur Zeit ihr Bündnis gegen den wachsenden chinesischen Einfluss in Pakistan, auf Sri Lanka und im gesamten südasiatischen Raum.

41. Die einsetzende Inflation trifft die indische Bevölkerung sehr hart. Populistische Massenbewegungen haben ebenso Zulauf wie der regionale Kampf der Naxaliten. Ein Abschwung, ja selbst schrumpfende Wachstumsraten der indischen Wirtschaft würden die politische Lage noch explosiver machen.

42. Wie Russland und Indien ist auch Brasilien ein Sieger der weltwirtschaftlichen Umbrüche. Der Staat versucht nun, zur lateinamerikanischen Kontinentalmacht aufzusteigen. Er schwankt zwischen Kollaboration mit den USA und dem Aufbau einer eigenen Einflusssphäre. Die Ausweitung des brasilianischen Kapitalismus erleichterte es der Regierungspartei PT, Teile der ArbeiterInnenklasse einzubinden. Dies inkludiert nicht nur die aristokratischen, sondern auch die ärmeren Sektoren. Es brachte ihr bei den letzten Parlamentswahlen das beste Ergebnis der PT-Geschichte. Ihre Kandidatin Dilma setzte sich gegen die Rechte trotz einer Schmutzkampagne als neue Präsidentin durch.

43. Aber in der kommenden Periode werden sich auch die Widersprüche im brasilianischen Kapitalismus offenbaren und außerdem die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und ArbeiterInnenbewegung zuspitzen – innerhalb der Gewerkschaft CUT, möglicherweise auch in der PT. Gleichzeitig gibt es bedeutende zentristische Organisationen in Brasilien, die Nutzen aus dieser Lage ziehen könnten. Brasilien ist wahrscheinlich der Schlüssel zur weiteren Entwicklung Lateinamerikas.

Die halbkoloniale Welt

44. Für die meisten anderen Länder der halbkolonialen Welt, mit einzelnen Ausnahmen in Lateinamerika, waren die Auswirkungen der Krise verheerend. Seither befinden sie sich zumeist im Zustand der Stagnation. Inflation und Preiserhöhungen haben die Länder empfindlich getroffen, selbst jene, die einen klaren Zuwachs des Bruttoinlandprodukts verzeichnen konnten wie Sri Lanka.

45. In den Halbkolonien ist eine dramatische Verelendung der Bevölkerung als Ergebnis von Inflation und v.a. von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln vor sich gegangen.

46. Die Lebensmittel sind Spielbälle von Spekulanten geworden. Zugleich haben sich die imperialistischen Länder und Staaten wie Saudi-Arabien immer mehr bäuerliches Land in den Halbkolonien einverleibt. Die lokalen Produzenten wurden von ihrem Land vertrieben, und die Anbauflächen für Lebensmittel zum heimischen Verbrauch verkleinern sich. Die Landflucht wächst und damit der Zuzug in städtische Slums. Die noch produzierten Nahrungsmittel werden exportiert, manchmal sogar durch die Beschäftigten der Länder oder Konzerne, den neuen Grundbesitzern, als letztes Mittel gegen den Hungertod. Das führt nicht nur zu Preissprüngen und Enteignungen der einheimischen Bauernschaft, sondern auch zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung in einer zunehmenden Zahl halbkolonialer Staaten mit der Konsequenz von Unterernährung und Hunger. Somalia und Kenia bieten nur einen Vorgeschmack auf weit schlimmere Hungerkatastrophen, die demnächst auch woanders um sich greifen werden, nachdem die Verarmung, der Landraub und die Folgen des Klimawandels dies vorantreiben.

47. Pakistan ist ein Land, wo sich alle Folgen der globalen Krise bemerkbar machen. Es ist das Zentrum des globalen Kampfes um die Neuaufteilung der Welt. Die USA führen ihren „Krieg gegen den Terror“ auf pakistanischem Boden. Dies drückt gleichermaßen die Vorherrschaft der USA und die Willfährigkeit

des pakistanischen Staats und seiner herrschenden Klasse aus. Zugleich erhöhen sich die Spannungen mit China, das hier um Einfluss bemüht ist. Nicht nur der Krieg, auch die Wirtschaftskrise mit fortwährender Stagnation und Umweltschäden drehen immer mehr an der Abwärtsspirale des Landes. Das wird anhalten. Im letzten Jahr ist zudem die Gewalt von religiösen Sekten angewachsen wie zuletzt in Karachi. Aber auch Arbeitskämpfe haben unter widrigsten Umständen zugenommen. Diese Ereignisse weisen auf extrem reaktionäre Gefahren in dieser Situation und andererseits auf fortschrittliche Anzeichen und ein revolutionäres Potenzial hin. Der Kampf für eine neue ArbeiterInnenmassenpartei wird entscheidend sein.

48. Sri Lanka ist immer noch geprägt von dem konterrevolutionären Sieg der chauvinistischen Rajapakse-Regierung. Dieser Zustand wird durch die nationalistische Politik der Opposition aus UNP und JVP noch verschlimmert. Sri Lanka zieht imperialistische Investitionen aus den USA und Europa an. Auch China und Indien wollen mehr Einfluss in Sri Lanka. Das Wirtschaftswachstum ist jedoch begleitet von einer weiteren Verelendung und Entrechtung der tamilischen Bevölkerung, von massivem Inflationsanstieg und schlimmsten Formen der Ausbeutung in den ökonomischen Freihandelszonen.

Die revolutionäre Welle in Nahost

49. Die Wirtschaftskrise wird in den kommenden Monaten überall zu spüren sein. Der globale Kampf um die Neuaufteilung der Welt wird alle Großmächte dazu zwingen, ihre inneren Probleme anzugehen wie auch den internationalen Konkurrenzkampf zu verschärfen. Es wird auch neue Bündnisse in diesem Prozess geben. Aber die Attacken auf die ArbeiterInnenklasse und die Armen müssen auch vermehrten Widerstand hervorrufen.

50. Die Revolutionen in Nordafrika und Nahost sind Vorboten einer Wende der politischen Weltlage. Ein bedeutender Auslöser dieser Bewegungen waren die Auswirkungen jener Maßnahmen, die

den Ländern von den ImperialistInnen auferlegt wurden, um die Weltwirtschaft anzukurbeln.

51. Sie waren die Ursache für die massive Verarmung. Zusätzlich griff in all diesen Ländern, trotz sonstiger Unterschiede, eine hohe Arbeitslosigkeit der Jugend um sich. Ein Gemisch aus Hoffnungslosigkeit und Zorn entlud sich schließlich.

52. Die Revolutionen in Nordafrika und Nahost mündeten auch in einen Sturz von Regierungen, die Jahrzehnte lang stabil schienen. Sie offenbarten jedoch zugleich sehr deutlich die Führungskrise. Natürlich intervenierten die imperialistischen Mächte, allerdings nicht mit einheitlicher Strategie, und versuchen nun, pro-imperialistische Regierungen in Ägypten, Libyen und Tunesien zu errichten. Zur selben Zeit ließen sie die blutige Unterdrückung und Zerschlagung von demokratischen Massenbewegungen etwa in Bahrain und Syrien zu.

53. Selbst in Israel ist die Lage nicht mehr stabil. Dort hat eine soziale Massenbewegung fast eine halbe Million Menschen gegen die Regierung auf die Beine gebracht, und der Antrag der palästinensischen Regierung vor der UNO auf Anerkennung eines eigenen Staates dürfte Israel und die USA weiter schwächen. Eine fortgesetzte massenhafte Unterdrückung der PalästinenserInnen könnte die Entstehung einer dritten Intifada-Bewegung auslösen.

54. Die Schlüsselaufgaben für Nahost und Nordafrika aber bleiben: a) die Vollendung der demokratischen Ziele der Revolution, einschließlich voller Rechte zur Bildung von Gewerkschaften, Parteien, Pressefreiheit und für eine verfassunggebende Versammlung, b) ein Nein zu jeglicher imperialistischer Einmischung und Truppenstationierung, Enteignung der imperialistischen Besitzungen, c) Verstaatlichung der Banken und Finanzinstitutionen und der großen Firmen, ihre Verwaltung unter ArbeiterInnenkontrolle und die Aufstellung eines Plans zur Bedürfnisbefriedigung der

Armen, ArbeiterInnen und Bauern und zur Sicherung von Beschäftigung, d) der Aufbau von ArbeiterInnen-, Bauern- und Soldatenräten, e) die Zerschlagung des staatlichen Unterdrückungsapparats, die Auflösung der Polizei und deren Ersetzung durch eine Arbeitermiliz, f) die Errichtung einer ArbeiterInnen- und Bauernregierung, die Rückhalt bei Räten und Milizen hat und die die Forderungen der demokratischen Revolution durchsetzt und einen Plan aufstellt, die Wirtschaft neu aufzubauen, g) und schließlich die Schaffung eines Bundes von ArbeiterInnenstaaten in Nahost und Nordafrika.

55. Die Imperialisten und die verschiedenen bürgerlichen und reaktionären Kräfte wollen die Revolution entgleisen lassen. Ihnen stellen sich aber mehrere Hindernisse in den Weg. Dazu müssen sie zunächst die revolutionären Massen auf längere Sicht demobilisieren. Es ist eine Sache, sie in eine Allianz mit falschen Freunden zu locken, aber eine andere, ihnen ihre Fähigkeit zu rauben, sich wieder zu erheben, sich gegen die falschen FührerInnen und Imperialisten zu wenden, d.h. den konterrevolutionären Ausgang abzuschließen und zu stabilisieren.

56. Wir sind jedoch noch nicht so weit. In den nächsten Monaten kann der Protest in anderen Teilen der arabischen Region neu aufflammen. Der Sturz Gaddafis bedeutet auch, dass der libysche Staatsapparat an Zusammenhalt verloren hat. Einer der nächsten Konfliktherde wird der Versuch des Übergangsrates und der Imperialisten sein, die Aufständischen zu entwaffnen. Ähnlich sieht sich das Assad-Regime in Syrien immer noch einem entschlossenen Widerstand ausgesetzt, trotz der blutigen Massaker an den oppositionellen Kräften.

57. Selbst wenn die ImperialistInnen zeitweilig eine ‚demokratische‘ Konterrevolution herbeiführen könnten – wie wollen sie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für eine dauerhaft stabile soziale Lage und die Einbindung größerer Teile der Gesellschaft schaffen?

58. Alle Revolutionen haben allerdings auch die Führungskrise der Arbeiterklasse und der Massen verdeutlicht. Sie zu überwinden, wird zur Schlüsselfrage. Nicht zuletzt kommt dem Ausgang der ägyptischen Revolution die tragende Rolle zu. Ägypten ist nicht nur das Land mit dem zahlenmäßig größten Proletariat der Region. Dort sind auch Kräfte der ArbeiterInnenbewegung, Gewerkschaften, Betriebsorganisationen und eine sozialistische Linke unter Einschluss zentristischer und reformistischer Gruppierungen vorhanden, die vor die Aufgabe gestellt sind, eine neue revolutionäre ArbeiterInnenpartei aufzubauen, die als Pol und Ansporn für die gesamte Region dienen könnte.

Die Führungskrise

59. Mit Eintritt in eine neue Phase der globalen kapitalistischen Krise, eine neue weltgeschichtliche Periode müssen wir auch dringlich eine Bilanz der Entwicklung der ArbeiterInnenklasse u.a. Klassen ziehen.

60. Wir meinen das Auftauchen von Massenvolksbewegungen, die das Schlachtfeld betreten haben, d.h. die Revolutionen in Nah- und Mittelost und Nordafrika. Revolutionäre Massenbewegungen führten zum Sturz von Diktatoren, aber sie werden ihr revolutionäres Potenzial nur einlösen können, wenn die Arbeiterklasse an die Spitze der Revolution gelangt. Es ist tragisch, dass die Krise der proletarischen Führung von einem Teil der internationalen Linken – reformistischen, stalinistischen und rechtszentristischen Gruppierungen – falsch interpretiert worden ist, um ihr Etappenkonzept von Revolution zu untermauern. So tragen sie eher zum Problem als zu dessen Lösung bei.

61. Darüber hinaus hat ein Teil der Linken international geleugnet, dass eine revolutionäre Entwicklung und eine Erhebung gegen das reaktionäre Gaddafi-Regime oder das Regime in Syrien überhaupt stattgefunden hat. Sie behaupten, dass diese revolutionären Massenströmungen nur Erfindungen der

Imperialisten (insbesondere der USA) seien. Diese „Linken“ ziehen die mutmaßlich „antiimperialistischen“ bürgerlichen Diktaturen dem Kampf um Befreiung mit allen „Risiken“ und „Ungewissheiten“ vor – einschließlich der unvermeidlichen Intervention von „außen“. ArbeiterInnen und Unterdrückte dürfen das nie vergessen oder jenen vergeben, deren Politik ein reines Echo von Linksbonapartisten wie Hugo Chavez, der kubanischen Bürokratie oder der russischen und chinesischen Imperialisten darstellt.

62. Die arabischen Revolutionen sind ein Lackmustest für alle politischen Organisationen in der aktuellen Periode. Wir müssen uns auf jene Kräfte beziehen, die mit Unterstützung für die Revolutionen und mit Opposition gegen die imperialistische Intervention geantwortet haben und eine Etappentheorie der Revolution ablehnen. Gleichzeitig kritisieren wir ihre eigenen Schwächen (z.B. den Glauben der morenistischen UIT und LIT an den objektiven geschichtlichen Prozess).

63. Natürlich verkörpern Führungsfragen nicht nur eine Frage des Nahen und Mittleren Ostens oder Nordafrikas. Während und nach der Rezession verhinderten die großen Gewerkschaftsdachverbände und reformistischen Parteien entweder Massenwiderstand oder warfen ihn aus der Bahn. Allgemein gesprochen, haben sich die reformistischen Massenparteien und die wichtigsten Föderationen der Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren nach rechts bewegt. Sie befürworten eine Politik des „Sozialkompromisses“ und der Klassenzusammenarbeit. Als Resultat der Tiefe der Systemkrise selbst hatten sie in einer Reihe von Ländern Erfolg mit einer gewissen Einbindung in die Regierungspolitik.

64. Nichtsdestotrotz haben wir auch im vergangenen Zeitraum beobachtet, dass diese Führungen auch gezwungen wurden, für partielle und begrenzte Aktionen zu mobilisieren, sich selbst an die Spitze der Massenbewegungen stellen mussten (wie z.B. die CGT und Intersyndical in Frankreich). Dies spiegelt wider, dass sie durch die Massen zur Mobilisierung genötigt werden.

Dies verdeutlicht auch, dass trotz der äußerst reformistischen und vollständig ungeeigneten Strategien der reformistischen Parteien- und Gewerkschaftsführungen die systematische Anwendung der Einheitsfronttaktik ihnen gegenüber eine Schlüsselfrage für die nächste Periode darstellt. Jede Organisation – wie immer „revolutionär“ sie sich präsentiert – die diese Notwendigkeit gegenüber den ReformistInnen zurückweist oder sie nur auf die „linken“ unter ihnen eingrenzen möchte (die oft nicht die Masse der Klasse anführen) versagt bei dieser täglichen Notwendigkeit.

65. Nicht nur die reformistischen Parteien gingen nach rechts. Auch die populistischen Bewegungen – besonders die „bolivarischen“ um Chavez, Morales und Correa – marschierten in die gleiche Richtung. Dies gilt nicht nur für ihre konterrevolutionäre internationale Politik, Gaddafi u.a. reaktionären Regimes gegen deren eigene ArbeiterInnenschaft und Jugend Rückhalt zu verschaffen. Es gilt auch für „ihre“ Länder selbst, wo sie sich nach rechts und gegen unabhängige Klassenkampfströmungen in der Arbeiterbewegung wandten.

66. Der Marsch nach rechts trifft auch für die kubanische Bürokratie zu, die derselben internationalen Linie wie Chavez folgt, deren marktsozialistische Wirtschaftspolitik aber auch die verbleibenden Elemente der Planwirtschaft untergräbt und in ähnlich verheerende Konsequenzen münden wird wie die jugoslawischen Wirtschaftsreformen der 1980er Jahre. Dies wird jedoch in nächster Zeit die Alternative – proletarische politische Revolution oder soziale Konterrevolution – auf die Tagesordnung stellen.

67. In Nepal sind die MaoistInnen immer tiefer in die Widersprüche ihrer eigenen Etappentheorie verstrickt. Das wird unausweichlich Auswirkungen auf die maoistischen Organisationen weltweit und besonders in Indien haben, schafft aber auch eine gute Gelegenheit für revolutionäres Eingreifen.

68. Schließlich haben wir auch in einer Zahl asiatischer

Länder wie Indien, Thailand usw. Massenbewegungen gegen Vetternwirtschaft und Korruption erlebt, was die Relevanz demokratischer Fragen in der gegenwärtigen Periode veranschaulicht, von denen wir in den kommenden Jahren mehr erleben werden.

69. Die im vergangenen Zeitraum emporkommenden linksreformistischen Parteien haben sich auf der Seite der herrschenden Ordnung geschlagen, indem sie die GewerkschaftsbürokratInnen und RechtssozialdemokratInnen vor revolutionärer Kritik in Schutz nahmen, dem Aufbau klassenkämpferischer Basisorganisationen entgegentraten und internationale Versammlungen wie das ESF zu inhaltsleeren Veranstaltungen verkommen ließen, obgleich sie wenigstens koordinierten Widerstand hätten initiieren können.

70. In der zurückliegenden Phase haben auch syndikalistische Kräfte keine Alternative zur bürokratischen Kampfführung angeboten. Denn obwohl jene Kräfte wie die SUD in Frankreich im letzten Jahr die Generalstreiklösung populär gemacht haben, stellt ihre Anti-Partei-Haltung – sie reicht von offener Feindseligkeit gegen alle politischen Parteien (Teile der SUD) bis zur Passivität in dieser Frage (Cobas in Italien) – ein Haupthindernis für den Aufbau antikapitalistischer Parteien in Italien und Frankreich dar.

71. In jüngster Vergangenheit beobachteten wir auch das Entstehen größerer, sich nach links bewegender zentristischer Parteien und Bündnisse in Europa (NPA, Linksblock, Antarsya) und Lateinamerika (PSOL) sowie das Wachstum etablierter zentristischer Organisationen in Brasilien und Argentinien (auch aufgezeigt in einer halben Million Stimmen für die „Linksfront“ aus PTS, PO und IS (UIT-Sektion) bei den argentinischen Vorwahlen). Eine Reihe unter ihnen ist in eine tiefe Krise geschlittert – wie die NPA und der Linksblock – wegen der rechtszentristischen Natur der Politik ihrer Führungsriege.

72. Die letzten Jahre jedoch liefen nicht auf ein Entstehen größerer, nach links orientierter zentristischer Organisationen hinaus. Ein Grund dafür lag im Vermögen der Imperialisten und ArbeiterInnenbürokratien, die Krise in einer Anzahl von Ländern zu verwalten und die ArbeiterInnenklasse und den Widerstand zu spalten. Der andere lag jedoch in einem Sektierertum, das den Massenorganisationen den Rücken zukehrte (am deutlichsten abzulesen am zunehmenden Einfluss des autonomen Milieus), oder politischer Anpassung an den Linksreformismus bzw. einer Kombination aus beiden Faktoren.

73. Doch wir können davon ausgehen, dass die globale kapitalistische Krise die ArbeiterInnenbewegung gründlich durchrütteln, in Spaltungen, Umgruppierungen und Schwenks von rechts nach links und umgekehrt führen wird. Das birgt auch Chancen, neue ArbeiterInnen- und antikapitalistische Parteien aus der Taufe zu heben, aber auch das Erscheinen linkszentristischer Kräfte, die für beständig revolutionäre Politik gewonnen werden können und müssen.

Zusammenfassung

74. In den zurückliegenden Monaten zeigte die weltwirtschaftliche Tendenz, dass die kurzfristige Aufschwungsperiode nach der globalen Rezession an ihr Ende gelangt ist und ein neuer weltweiter Abschwung droht.

75. Die imperialistischen Bourgeoisien zeigten sich unfähig, die Krise ihres eigenen Systems zu lösen. Ihre „Lösungen“ – enorme Stützung der Banken, was in Schuldenkrisen mündete, das Schnüren drastischer Sparpakete, scheinen zu einer neuen Rezession in den USA und einer Strukturkrise der Europäischen Union und ihrer Währung zu führen. Das hat eine wachsende Zahl Regierungskrisen in immer mehr imperialistischen und großen halbkolonialen Staaten heraufbeschworen – in den USA, Japan, den meisten europäischen Ländern, Britannien und Indien. Rechtskräfte erstarkten in mehreren Ländern – die Tea-Party-Bewegung in den USA, die rassistischen, rechtspopulistischen

Parteien in Westeuropa, faschistische oder halbfaschistische Parteien in Osteuropa und in Halbkolonien sowie die sektiererischen Pogrome in Pakistan.

76. Weiter können wir erwarten, dass der Abschwung, wenn nicht der katastrophale Niedergang im Gefolge einer neuen Rezession – potenziell schärfer als die letzte – sicherlich zu massiver Zuspitzung der Angriffe auf die arbeitende Klasse, die Armen, aber auch große Teile des Kleinbürgertums und der Mittelschichten führen wird. Im Gegenzug wird sich die Führungskrise in den großen Gewerkschaftsverbänden, zwischen reformistischen Parteien und der ArbeiterInnenklasse und innerhalb der zentristischen Organisationen zuspitzen.

77. Die Revolutionen in Mittelost und Nordafrika haben ein Stadium erreicht, wo die proletarische Führungskrise auch dort immer offensichtlicher wird, auch wenn schwer vorstellbar ist, wie der Imperialismus im Moment eine längerfristige Neu-Ordnung errichten kann.

78. Wir gehen davon aus, dass dies zu einer politischen Explosion in Palästina, zunehmenden Konflikten und Auseinandersetzungen in Ägypten, Libyen und anderen Ländern führt.

79. Darüber hinaus werden wir auch die Auswirkungen der Krise und eine heftige Eskalation des Klassenkampfes in den meisten Halbkolonien erleben. Kurzum, wir treten in ein neues Stadium der globalen Krise und Klassenkämpfe.

Sri Lanka: Präsident löst das

Parlament auf

Peter Main, Infomail 1029, 14. November

Am späten Freitagnachmittag, dem 9. November, gab Sri Lankas Präsident Maithripala Sirisena von der Sri Lanka Freedom Party (SLFP; Freiheitspartei Sri Lanka) bekannt, dass er das Parlament des Landes auflösen und im Januar Neuwahlen durchführen lassen würde. Obwohl er es nicht für notwendig hielt, sein Handeln zu erklären, ist der Grund dafür nicht schwer zu finden. Zwei Wochen zuvor hatte Sirisena, der bei den Wahlen 2015 gegen Mahinda Rajapaksa, den damaligen Führer der SLFP, an die Macht kam und mit Ranil Wickremesinghe von der UNP (Vereinigte Nationalpartei) eine Regierung bildete, Wickremesinghe kurzerhand entlassen und Rajapaksa zum Premierminister ernannt.

Innerhalb weniger Stunden hatten die Anhänger von Rajapaksa die Fernsehsender gestürmt und die Kontrolle über diese übernommen. Regionalregierungen, welche von seiner Partei, der Sri Lanka People's Front (SLPP; Volksfront Sri Lanka), dominiert werden, sagten der neuen Regierung Unterstützung zu. Doch solche Taktiken funktionierten nicht überall. Als die SLPP-AnhängerInnen versuchten, am Sonntag dem 28. Oktober, den Erdölminister am Eintritt in sein Büro zu hindern, eröffneten seine Wachen das Feuer und verwundeten drei, von denen zwei später starben.

Wickremesinghe stellte selbstverständlich die Rechtmäßigkeit der Handlungen des Präsidenten in Frage und wies darauf hin, dass ein Premierminister im Amt bleibt, solange er die Unterstützung einer Mehrheit des Parlaments genieße. Sirisena war sich nicht sicher, ob Rajapaksa im Gegenzug beweisen konnte, dass er eine solche Mehrheit besitzt, und so suspendierte er – gleichzeitig mit der Entlassung des Premierministers – auch das Parlament bis zum 16. November. Zweifellos kalkulierte er damit, dass Rajapaksa und seine

AnhängerInnen, zu denen auch die klerikal-faschistischen von Bodu Bala Sena (BBS; Buddhistische Streitmacht) gehören, mit ihrer Kontrolle über die Medien, gepaart mit Einschüchterungen und Bestechungen, den Weg zur Unterstützung des Parlaments bis dahin finden könnten.

Der verfassungsmäßig von der Regierung unabhängige Parlamentspräsident seinerseits forderte Sirisena auf, das Parlament wieder einzuberufen, damit es entscheiden kann, wer Premierminister werden soll. In einem Schreiben an die diplomatischen VertreterInnen bezeichnete er auch die Handlungen von Sirisena als verfassungswidrig. Sirisena schien dann nachzugeben, indem er eine kürzere Aussetzung des Parlaments bis zum 5. November vorschlug, diese aber später wieder zurückzog und erneut den 14. November vorschlug.

Unterdessen besetzte Wickremesinghe, der darauf bestand, dass er der rechtmäßige Premierminister blieb, die offizielle Residenz und mobilisierte seine AnhängerInnen, um in der Hauptstadt Colombo zu demonstrieren und alle Versuche, ihn zu entfernen, zu blockieren.

Rajapaksa seinerseits begann, ein Kabinett zu bilden, das eindeutig darauf abzielte, DeserteurInnen aus der UNP durch das Angebot von Ministerposten und Gehältern anzuziehen. Dies gelang mit 5 UNP-Abgeordneten, die Geschäftsbereiche akzeptierten, aber andere lehnten das Angebot ab und veröffentlichten die Bestechungsgelder, die ihnen angeboten wurden.

Rivalität

Parlamentarische Arithmetik und die Fähigkeit, AnhängerInnen zu mobilisieren, sind nicht die einzigen Faktoren in diesem Konflikt zwischen den wichtigsten bürgerlichen Parteien. Sri Lanka steht im Zentrum der Rivalität zwischen China und den USA, wobei letztere von Indien unterstützt wird, das die Insel als Teil seines „Interessenbereichs“ betrachtet. Tatsächlich

wurde Rajapaksa erst 2015 durch die Intervention der „westlichen“ Mächte besiegt, die dafür sorgten, dass sich ihm nur ein Kandidat entgegenstellte – Maithripala Sirisena, sein ehemaliger Verbündeter! Es gibt keine Ehre unter Dieben!

Es ist daher von großer Bedeutung, dass der chinesische Botschafter Cheng Xueyuan zu den ersten gehörte, die dem neuen Premierminister zu seinem Amtsantritt gratulierten, während die BotschafterInnen aus den USA, Großbritannien und Indien zunächst eine Einladung von Sirisena ablehnten und stattdessen an einem von Wickremesinghe nach seiner Entlassung einberufenen Treffen teilnahmen.

Angesichts der Unbeliebtheit der Regierung Wickremesinghe, die die versprochenen großen Reformen nicht umgesetzt, Anschuldigungen gegen Mitglieder der früheren Regierung von Mahinda Rajapaksa nicht nachgegangen ist und eine sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage zu verantworten hat, gibt es keinen Grund, warum sich die breite Masse der Bevölkerung zu seiner Verteidigung zusammenschließen sollte.

Seit Anfang des Jahres hat die Rupie 11 Prozent ihres Wertes verloren, so dass Importe, insbesondere Öl, immer teurer werden. Gemäß den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) hat sich die Koalition der „Good Governance“ (guter Regierungsstil) auch auf Pläne zur Privatisierung sowohl im Bildungs-, als auch im Gesundheitssektor geeinigt, die jedoch auf starken Widerstand stießen. In den letzten Monaten gab es auch große Streiks bei der Eisenbahn und zwei Tage vor der Entlassung des Premierministers einen Generalstreik, in der Landessprache Hartal genannt, auf den Plantagen. Die schreckliche Situation der ArbeiterInnen dort wird in ihrer Forderung nach einer 100-prozentigen Erhöhung der Löhne zusammengefasst – was ihnen immer noch weniger als 6 Euro pro Tag einbringen würde!

Die Auflösung des Parlaments durch Sirisena wird zweifellos vor Gericht angefochten werden. Aber unabhängig vom Ausgang

darf Opposition zur undemokratischen Einsetzung einer Rajapaksa-Regierung nicht mit Verteidigung von Wickremesinghe verwechselt werden. Wie die aktuelle Situation zeigt, war die von der UNP geführte Regierung schwach und intern gespalten, abhängig von der Unterstützung durch Tamil National Alliance (Tamilischer Nationalbund) sowie der LSSP (Partei für soziale Gleichheit Sri Lankas) und der CP (Kommunistische Partei).

Rajapaksa stellt eine stärker konsolidierte rechte Kraft dar, zu der nun nicht nur DeserteurInnen aus der UNP, sondern auch außerparlamentarische Kräfte wie die klerikalen FaschistInnen gehören, die bereit sind, gegen den Widerstand der ArbeiterInnenklasse gegen das unvermeidliche Sparprogramm eingesetzt zu werden. Die ArbeiterInnenorganisationen sollten nicht danebenstehen und zusehen, wie eine solche Truppe die Regierungsgewalt übernimmt.

In dieser Situation haben die ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen Sri Lankas, ob im privaten oder öffentlichen Sektor, ob in den Städten, auf dem Land oder in den Plantagen, ob Singhalesinnen, Tamilinnen oder Musliminnen, ein gemeinsames Interesse daran, den Putsch zu verhindern. Es geht nicht um die Verteidigung von Wickremesinghe, sondern um die der beschränkten demokratischen Rechte des Parlaments. Wer regiert, sollte nicht dem parteipolitischen Kampf der herrschenden Cliques, geschweige denn den rivalisierenden ImperialistInnen überlassen werden.

Die Gewerkschaften und diejenigen Parteien, die sich bekennen, die Interessen der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen zu vertreten, sollten ihre Mitglieder und AnhängerInnen auf die Straße mobilisieren und demokratische Ausschüsse auf lokaler Ebene bilden, um nicht nur Demonstrationen, sondern auch Streiks bis hin zu einem unbefristeten Generalstreik zu organisieren. Dieser muss jede neue Regierung dazu zwingen, im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung mit dem Sparprogramm des IWF zu brechen.

Diese jüngste politische Krise ist letztlich ein weiterer Beweis dafür, dass keine Partei, die sich für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus einsetzt, ein halbkoloniales Land wie Sri Lanka voranbringen kann. Solange Regierungen nicht nur die Anforderungen der internationalen Institutionen wie des IWF, sondern auch die Ausbeutung der Ressourcen des Landes durch internationale Unternehmen akzeptieren, unabhängig davon, ob sie ihren Sitz in den USA, der EU, China oder Japan haben, müssen sie Maßnahmen wie Privatisierung und Kürzungen bei den Sozialleistungen durchsetzen.

Was wir brauchen, ist eine ArbeiterInnenpartei, die sich der Aufgabe widmet, eine Regierung auf der Grundlage der eigenen Organisationen der ArbeiterInnen zu bilden und den Kapitalismus durch ein Programm der Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren unter der Kontrolle der ArbeiterInnen selbst zu stürzen. Nur so kann die wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geplant werden. Alle solchen Schritte würden zweifellos durch den bestehenden Staatsapparat und seine Repressionskräfte in Gestalt der Polizei und des Militärs angegriffen werden, weshalb von Anfang an eine ArbeiterInnenpartei als revolutionäre Partei aufgebaut werden muss.

Türkische Wirtschaft am Abgrund

Markus Lehner, Neue Internationale 231, September 2018

Schon Anfang Juni stellte der bekannte Ökonomeprofessor

Kenneth Rogoff im Guardian die Frage: „Sind die überkochenden Wechselkurs- und Schuldenkrisen in Argentinien und der Türkei lokale Ereignisse? Oder sind sie Warnzeichen für tiefer liegende Brüche in den aufgeblähten globalen Schuldenmärkten im Umfeld steigender Zinsen?“ (Guardian, 11.6.2018). Auch wir haben bereits länger auf eine seit 2016 zu beobachtende geänderte weltwirtschaftliche Situation hingewiesen, die insbesondere für eine Reihe von „Schwellenländern“ („emerging markets“) zu Problemen führen muss. Die Krise in der Türkei ist eben kein Einzelfall. Sie weist viele Parallelen mit ähnlichen auf, die sich in den letzten Monaten in Argentinien, Ägypten, Südafrika und Pakistan zugespitzt haben. Das wieder steigende Zinsniveau in den USA, die US-Steuerreform und die gerade anlaufende starke Investitionswelle in den imperialistischen Zentren haben die Kapitalflüsse umgekehrt – massiv werden Investments aus nicht mehr so profitabel angesehenen „emerging markets“ in die Triaden-Länder zurückgeführt.

Nach außen hin, zum Teil auch in den deutschen Medien, erscheint es so, als ob sich die derzeitige Zuspitzung der Wirtschaftskrise in der Türkei durch das Zusammenstoßen von zwei irrationalen Egoisten, dem türkischen Autokraten Erdogan und dem US-Präsidenten Trump, ergeben habe. Erdogan selbst versucht, die Aktionen des US-Präsidenten zu nutzen, um die eigentlichen Probleme als Ergebnis eines „terroristischen Wirtschaftskrieges“ gegen die Türkei darzustellen. Sicherlich haben die US-Sanktionen wegen der Affäre um den US-amerikanischen Pastor Brunson (der wegen angeblicher Verbindungen zu der Gülen-Bewegung und „Terrorunterstützung“ in türkischer Untersuchungshaft sitzt) und die bald darauf folgenden Strafzölle für Stahl und Aluminium den bereits vorher schon katastrophalen Verfall des Werts der türkischen Lira nochmals beschleunigt.

Inflation und Verschuldung

In den letzten sechs Monaten hat die Lira 40 % ihres Werts gegenüber dem Dollar verloren, in der Woche nach der Verkündung der Sanktionen gleich noch mal 20 %. Momentan liegt die Teuerungsrate offiziell bei 15 % und mit der jüngsten Verteuerung von Importen ist mit noch sehr viel mehr zu rechnen. Dies ist an sich schon ein politisch gefährlicher Wert. Viel schlimmer ist, dass der Währungsverfall Ausdruck eines Verschuldungsproblems von Kernbestandteilen der türkischen Ökonomie ist. In den letzten Jahren konnte in der Türkei hohes Wachstum nur durch massiven Zufluss ausländischen Kapitals gesichert werden: Ihre Leistungsbilanz ist seit mehr als einem Jahrzehnt negativ (2017: -5,5 % des Bruttoinlandsproduktes), d. h. kann nur durch entsprechenden Kapitalzufluss aus dem Ausland gedeckt werden. Dies stellt de facto (auch wenn es die Form von „Investitionen“ annimmt) eine jährlich wachsende Verschuldung türkischer Haushalte und Unternehmen in US-Dollar in der Höhe von 3-5 % der Jahreswirtschaftsleistung dar und führte zu wachsenden Auslandsschulden türkischer Privatunternehmen, aktuell in einer Höhe von 220 Milliarden US-Dollar. Diese Summe entspricht den tatsächlich in US-Dollar bestehenden Verbindlichkeiten abzüglich der eigenen Dollar-Vermögen. Insgesamt sind die türkischen Privatunternehmen in Höhe von 60 % des BIP verschuldet, die Hälfte davon in den besagten Fremdwährungen. Mit Einnahmen in Lira wird gerade deren Bedienung in Dollar immer teurer. Doch auch die Lira-Schulden werden von den Banken oft über Fremdwährungs-Gegenwerte finanziert, so dass sich das Schuldenproblem bei ihnen noch viel gravierender darstellt. Unmittelbar müssen sie und nicht-finanzielle Unternehmen in diesem Jahr noch 51 bzw. 18,5 Milliarden US-Dollar an Schuldendienst tilgen. Angesichts des beschleunigten Lira-Verfalls, des Einbruchs der türkischen Börse (40 Milliarden Verlust in der Woche nach den Trump-Aktionen) und der politischen Weisung Erdogans, Zinserhöhungen um jeden Preis zu verhindern, ging logischerweise in der

Wirtschaftswelt die Angst vor einer baldigen Zahlungsunfähigkeit wichtiger türkischer Banken um – dies auch mit beträchtlichen Folgen für einige europäische Großbanken (insbesondere in Spanien und Italien). Erschwerend kommt hinzu, dass die Türkei im Vergleich zu anderen Schwellenländern geringe Dollarreserven angelegt hat. Diese wurden jetzt zur vorläufigen Stabilisierung des Lira-Werts eingesetzt, aber inzwischen sind die Devisenreserven auf den Gegenwert von Importen für 4 Monate gefallen. Mitte August stuften die Rating-Agenturen Moody's und S&P türkische Staatsanleihen von „Ramsch“ auf „hoch spekulativ“ herab. In jedem Fall verteuern sich alle Geschäfte mit ausländischer Kapitalbeteiligung durch die „Kreditwürdigkeitskriterien“ auch anderer Finanzinstitutionen um ein Vielfaches und sind mit immer größeren Auflagen verbunden.

Der mit viel Pomp verkündete 15-Milliarden-Kredit aus Katar ist angesichts des dargestellten Schuldenproblems ein Witz. Ebenso wenig bringt eine mögliche Hinwendung zu Russland wirtschaftlich. Das Land wird vielmehr selbst von einer schweren ökonomischen Krise und von Auslandsverschuldung heimgesucht. Diese häufig in den deutschen Medien zitierte Hinwendung drückt eher Befürchtungen der deutschen Außenpolitik aus als eine tatsächliche Strategie Erdogans. China, das sich bei anderen „Problemfällen“ derzeit stark engagiert (z. B. Pakistan, Iran) hat überhaupt keine Veranlassung, seinen Konflikt mit den USA auch noch durch Unterstützung der Türkei zu verschärfen und Geld zu riskieren, das man gerade im Handelskonflikt mit den USA anderweitig braucht. Tatsächlich deutet einiges in die Richtung, dass man angesichts der Lage wieder eine Annäherung an die EU (insbesondere an das deutsche Kapital) versucht. Die plötzliche Aufhebung der Ausreisesperre für die deutsch-türkische Journalistin Mesale Tolu ist ein Indiz dafür. Dies wäre der einzige Geldgeber von Gewicht außerhalb des IWF, ohne einen Kniefall vor den USA tun zu müssen. Allerdings wäre auch hier der politische Preis hoch, da der deutsche Imperialismus

so seinen Einfluss in der Region unverhofft wieder ausbauen könnte.

Die Bundesregierung, in erster Linie die SPD-MinisterInnen Nahles und Scholz, ließen bereits ihre Bereitschaft verlauten, den NATO-Partner Türkei unterstützen zu wollen und dabei auch einmal über politische Differenzen mit Erdogan hinwegzusehen.

In der Schuldenfalle

Früher oder später müsste Erdogan nach kapitalistischer Logik also zwei Dinge machen: rasche und heftige Erhöhung des Zinsniveaus und die Anfrage um ein wirksames Kreditprogramm des „Internationalen Währungsfonds“ (IWF). Dies geschah etwa vor kurzem im Fall von Argentinien und Ägypten. Das Problem für Erdogan und die AKP: Massive Zinserhöhungen würden einerseits zu einer massiven Pleitewelle in Bauwirtschaft, Einzelhandel, Unternehmensneugründungen etc. führen, andererseits dazu, den IWF und seine „BeraterInnen“ ins Land zu holen, die dann de facto die Wirtschaftspolitik übernehmen. Denn der IWF knüpft seine Milliardenkredite zumeist an sehr konkrete Forderungen in Bezug auf Wirtschafts- und Sozialpolitik und bestimmt, welche Unternehmen zu eliminieren seien. Die AKP würde also einen großen Teil ihrer (klein)bürgerlichen Wählerschaft offen ins Messer laufen lassen und Erdogan schnell das Gesicht als vermeintlicher „Anti-Imperialist“ verlieren. Die Alternative wären Verstaatlichungen überschuldeter Wirtschaftszweige und die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. Dies wiederum würde die türkische (nicht-kemalistische) Bourgeoisie mit der AKP brechen lassen.

Angesichts der bisherigen Erklärungen Erdogans und seiner MinisterInnen und BeraterInnen ist nicht erkennbar, dass sie zu einem dieser beiden Wege bereit sind. Wenn das Verschuldungsproblem, das Dahinschmelzen der Devisenreserven, der Verfall der Währung und die Explosion der Inflation so weiter gehen, droht die Zahlungsunfähigkeit großer Banken und

der Zusammenbruch wichtiger Unternehmen. Angesichts des Umfangs der investierten Werte werden insbesondere EU-Kapitalien wie Deutschland sicher versuchen gegenzusteuern und „Angebote“ machen. Möglicherweise wird die Unzufriedenheit von Teilen der die AKP unterstützenden Kapitale und Schichten schon vorher einen Kurswechsel erzwingen. Dies könnte sogar zum Sturz Erdogans oder zu einem diesmal professionell durchgeführten Putsch führen.

ArbeiterInnenklasse

Für die türkische ArbeiterInnenklasse bedeutet die Krise schon jetzt einen massiven Einschnitt. Nicht nur die Verteuerung des alltäglichen Lebens, auch eine wachsende Arbeitslosigkeit (offiziell bei 10 %) schmerzen. Für kommendes Jahr gehen die internationalen Agenturen von einer Rezession mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 0,5 % (nach den starken Wachstumsraten der letzten Jahre eine völlige Umkehr) und einer Inflation von über 20 % aus. Zusammen mit Firmenpleiten wird dies die Arbeitslosigkeit nochmals in die Höhe schnellen lassen. Der Widerstand der ArbeiterInnenklasse in der Türkei ist weiterhin durch die gewerkschaftsfeindliche Politik, die Einschränkungen für betriebliche und überbetriebliche Organisierung und die Aushebelung demokratischer Rechte durch das Regime extrem schwierig. Hinzu kommt, dass die Unterdrückung der KurdInnen und der türkische Nationalismus auch in der ArbeiterInnenklasse wirken, diese spalten und schwächen.

Erfolge wie beim für den Yves-Rocher-Konzern arbeitenden Kosmetik-Betrieb Flormar im östlich von Istanbul gelegenen Gebze (Anerkennung der Vertretung durch die Gewerkschaft Petrol-Is) sind Zeichen für einen möglichen Wandel angesichts der ökonomischen Krise (labournet, 17.8.2018). Erdogan scheint sich des Potentials bewusst zu sein, das von einer organisierten, widerständigen ArbeiterInnenklasse in der Krise ausgehen könnte. Daher verschärfte er auch per Dekret vom 15.

Juli die Kontrolle und staatliche Aufsicht über die Gewerkschaften.

(<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1095149.repression-in-der-tuerkei-gewerkschaften-in-erdogans-visier.html>)

Angesichts von Inflation, Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten etc. liegen die Kampfziele für die ArbeiterInnen auf der Hand: Kampf um die Anpassung der Lohn- an die Preisentwicklung, keine Entlassungen, Aufteilung der Arbeit auf alle durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht, Kontrolle über die Betriebe, Öffnung der Bücher etc. Unter den Bedingungen der Türkei kann dies nur im Verbund mit dem Kampf um elementare demokratische Rechte, für Gewerkschafts- und Streikrechte, gegen die politische Repression und Unterdrückung von Organisationen geschehen, die die ArbeiterInnenklasse, die Interessen des kurdischen Volkes, anderer Minderheiten und der Geflüchteten vertreten. Dazu wird die ArbeiterInnenklasse jedoch eine politische Organisation brauchen, die in der Lage ist, ein Programm gegen die Krise des Kapitalismus aufzustellen und in den Kampf um die politische Macht umzusetzen. Es wäre die Zeit für Linke in der HDP, für ein sozialistisches Programm zu kämpfen und sich gegen den rechten Flügel zu behaupten, der sogar mit einem IWF-Kredit liebäugelt.

Gegenüber der sich notwendigerweise verschärfenden Krisenpolitik des Kapitals muss sich die türkische ArbeiterInnenklasse auf ihre schärfste Waffe, den Massenstreik bis hin zum Generalstreik, besinnen! Ein solcher Kampf würde freilich sofort die Frage der Selbstverteidigung gegen die Repression, die Notwendigkeit von Streikkomitees und Selbstverteidigungsmilizen aufwerfen. Er würde die Machtfrage stellen in einer Form, die Erdogans Regime und der bürgerlichen Herrschaft ein Ende setzen könnte. Die internationale ArbeiterInnenbewegung muss ihre von Verelendung und blutiger Repression bedrohten KlassengenossInnen in der Türkei dabei mit allen Mitteln unterstützen!

Tendenzen der Weltwirtschaft

Markus Lehner, Neue Internationale 230, Juli/August 2018

Die lange Phase der Stagnation nach der großen Rezession 2008/2009 und der Krise in der Eurozone 2011/2012 scheint 2017 beendet worden zu sein. Während es im Jahr 2015/2016 sogar möglich schien, dass die Weltwirtschaft in eine weitere Rezession geriet, wendete sich die Kurve – auch zur Überraschung vieler professioneller WirtschaftsanalytInnen – nach oben. 2017 lag das Weltwirtschaftswachstum laut IWF-Statistik bei 3,8 % und wird nach dem IWF-Bericht [„World Economic Outlook“](#) auch in diesem und im nächsten Jahr auf diesem Niveau (3,9 %) bleiben.

Zyklische Erholung

Wir müssen dies als eine echte zyklische Erholung beurteilen, da sie nicht nur in einigen Regionen oder Ländern einen Aufschwung zum Ausdruck bringt, sondern auch ein globaleres Muster aufweist. Es enthält eine durchschnittliche Zunahme von 0,6 % in den „fortgeschrittenen Volkswirtschaften“ (in den üblichen Statistiken wird dies für imperialistische Länder ohne China und Russland verwendet) auf Wachstumsraten um 2 % (alle für 2017) und eine Zunahme von 0,4 % in den Schwellen- und Entwicklungsländern auf Wachstumsraten um 5 %.

Die Erholung wird durch eine unerwartete Investitionstätigkeit (sowohl in den exportorientierten Volkswirtschaften als auch in den sich berappelnden Rohstoffexportländern) mit einem entsprechenden Anstieg des Verbrauchs und der Lagerbestände in den Schwellenländern getrieben. Auch der Abwärtseffekt der Restrukturierung der Anlageinvestitionen in China und Indien scheint beendet zu sein. In den fortgeschrittenen

Volkswirtschaften ist die lange Phase seit 2008/09, in der fast keine realen (und nicht nur Ersatzinvestitionen) Nettoinvestitionen getätigt wurden, definitiv zu Ende gegangen. Die realen Nettoinvestitionen stiegen 2017 in den Industrieländern um 5 %.

In China ist das Investitionswachstum, das nach den Initiativen nach der globalen Krise bei 10 % lag, auf 5 % gesunken – scheint aber nun den Tiefpunkt der Investitionsrestrukturierungsprogramme erreicht zu haben. Chinas BIP-Wachstumsrate hat sich in diesem Jahr wieder bei 6,6 % stabilisiert.

Die allgemeine Erholung hat auch die Wachstumsraten des Welthandels wieder stabilisiert. Zusammen mit der Industrieproduktion (+6 %) stieg auch die Zunahmequote des Welthandels im Jahr 2017 von 4 % auf 10 %. Davon profitierten vor allem die großen Exportwirtschaften wie China, Deutschland, Japan und die USA. Andererseits drückte die Erholung der Industrieproduktion auch die Rohstoffpreise, insbesondere für Öl und Metalle, nach oben. Der IWF-Primärrohstoffpreisindex stieg zwischen August 2017 und Februar 2018 um 16,9 Punkte. Die Ölpreise kletterten (von einem Tiefstand von 30 US-Dollar pro Barrel) auf 65 US-Dollar pro Barrel ab Beginn dieses Jahres. Der Erdgaspreisindex stieg deutlich um 45 Prozent, während die Metallpreise (insbesondere Aluminium!) sich um 8,3 Prozent erhöhten. All dies gab den rohstoffexportierenden Ländern in der Tat wieder einen Handlungsspielraum und sie zeigten sich erneut als starke KonsumentInnen und ImporteurInnen von Waren auf den Weltmärkten (z. B. Brasilien).

Offensichtlich wurde der Aufschwung durch eine lange Zeit der Umstrukturierung, von Aufnahme neuer Schulden (auf der Grundlage von nahezu Nullzinsen in bestimmten imperialistischen Ländern) und einigen weiteren Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse (Verbesserung der „Arbeitsproduktivität“) vorbereitet. Während es sicherlich

eine Ausweitung der Produktion und in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gibt, steigen die Löhne nicht oder bleiben einfach hinter den Produktivitätssteigerungen zurück. Dies zeigt sich auch daran, dass die Inflation in den entwickelten Volkswirtschaften nicht nennenswert zunimmt (d. h. unter oder um 2 % bleibt). Niedrige Arbeitslosenquoten und ein wachsender Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften bedeuten dagegen, dass sich die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnenklasse wie in allen Höhepunkten des Zyklus verbessert. Dies lässt sich bereits an den moderaten Erfolgen gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen in Deutschland und einigen seiner osteuropäischen Lieferketten ablesen.

Wie lange wird der Zyklus dauern?

AnalystInnen erklären, dass das aktuelle Wachstum über dem „Potenzial“ liegt. D. h. wenn es keine Veränderungen in der Arbeitsproduktivität oder strukturelle Gründe für die Nachfrageausweitung gibt, muss der Zyklus in übliche Beschränkungen (Überkapazitäten, erweiterter Preiswettbewerb usw.) geraten. So erwarten die KommentatorInnen die Gefahr eines konjunkturellen Abschwungs für 2019/20, während für die USA die Sondereffekte der Steuerreform bis Ende 2020 anhalten könnten (wann sie, insbesondere im Hinblick auf Schuldenprobleme, den Abschwung dann schärfer als anderswo machen werden). AnalystInnen weisen auch darauf hin, dass keine der entwickelten Volkswirtschaften gut auf den Abschwung vorbereitet ist, da ihre Schuldenprobleme weitaus mehr als bisher Gegenmaßnahmen verhindern werden.

Es gibt in der Tat auch weitere Risiken für den Aufschwung, die ihn viel schneller zunichte machen könnten. Der erste dieser Faktoren ist ein unerwarteter Nebeneffekt aus dem Auftauchen aus der Stagnationsphase: Durch die Erholung der Investitionen und Zinsen im imperialistischen Kern kommt es zu einem nachhaltigen Kapitalrückfluss dorthin. Mehrere

„Schwellenländer“ befanden sich in einer unerwarteten Geschwindigkeit vom Kapitalabfluss ergriffen. In unterschiedlichem Ausmaß waren die folgenden Länder von der Wende der Ereignisse stark betroffen: Argentinien, Türkei, Ägypten, Brasilien, Mexiko, Peru, Südafrika. Besonders Argentinien brauchte die Unterstützung des IWF, die Türkei und Ägypten befinden sich in heftigen Turbulenzen. Brasilien mag sich leicht erholt haben, aber wegen der politischen Instabilität kann es schnell zur IWF-Überwachung zurückkehren. Offensichtlich sind Lateinamerika und Afrika als Ganzes die (Halb-)Kontinente, die sich auf der Gegenseite des Erholungszyklus befinden. Angesichts der Unbeständigkeit der Finanzmärkte hätte jeder Zahlungsausfall eines dieser „Schwellenländer“ in der Art Argentiniens in den Jahren 2000/2001 heute weitaus schwerwiegendere Auswirkungen.

Der zweite Risikofaktor ist die Krise der Europäischen Union. Eine mögliche Schuldenkrise Italiens hinterließe einen weitaus heftigeren Einschlag als die Griechenland-Krise 2012-2015. Während die größten Teile der Staatsschulden im Besitz italienischer Banken sind, gehören diese zum Rückgrat des europäischen Bankensystems. Ein Ausfall einer der großen italienischen Banken (z. B. Unicredit) entspräche einem Lehman-2.0. Auch wenn die drittgrößte Volkswirtschaft der verbleibenden EU (nach Großbritanniens Austritt) den Euro verlassen würde, würde dies das gesamte EU-Projekt sicherlich erheblich verändern. Es würde wahrscheinlich einen endgültigen Rückfall Europas und Deutschlands/Frankreichs in der internationalen Konkurrenz weit hinter die großen imperialistischen Mächte bedeuten. Auch die Auswirkungen des Brexit werden die britische wie auch die EU-Restwirtschaft in bisher nicht absehbarer Weise schwächen. Insbesondere ein ungeregelter Ausstieg Anfang 2019 könnte zu Turbulenzen mit Abschwächungseffekten auf den Aufschwungszyklus führen.

Drohender Handelskrieg

Neben diesen eher regionalen Unsicherheiten gibt es eine konstante Volatilität (Unbeständigkeit) der Finanzmärkte im Allgemeinen. Die Kurs-Gewinn-Beziehungen an den Aktienmärkten sind nach wie vor jenseits jeglicher wirtschaftlicher Vernunft, d. h. Ausdruck einer Vermögenswerteinflation. Hierzu zählt auch die Preisinflation in anderen Immobilienwerten, z. B. Mieten und Immobilienpreisen. Während die Bankregulierungsbestimmungen aus der Zeit nach 2009 teilweise abgeschafft werden (z. B. durch die Gesetzgebung der Trump-Regierung), werden sie ohnehin durch die Entwicklung alternativer Möglichkeiten der Kreditbereitstellung umgangen. So haben z. B. Vermögensverwaltungsgesellschaften wie BlackRock die Investmentbanken als die wichtigsten Akteurinnen bei der finanziellen Unterfütterung großer Deals ohne viel Regulierung in den Schatten gestellt. Wie die Turbulenzen an den Finanzmärkten im Februar und März um mehrere politische und wirtschaftliche Ereignisse herum zeigten, haben die Schwankungen an den Finanzmärkten und die Stressindikatoren (z. B. spezifische Zinsdifferenzen) wieder zugenommen. Die Möglichkeit einer neuen Finanzkrise, insbesondere am Ende des Zyklus, ist also nicht geringer geworden.

Eine der wichtigsten Fragen für die weitere Entwicklung ist die Klärung des Welthandelsregimes oder allgemeiner die der künftigen Weltwirtschaftsordnung. Die Ankündigung von Zöllen auf Stahl und Aluminium für Importe in die USA durch die Regierung Trump hat die Möglichkeit eines erweiterten Handelskrieges und der Abschaffung des WTO-basierten Handelsregimes eröffnet. Im Gegensatz zu dem, was Trump der Welt erzählt, hatten die USA tatsächlich lange Zeit von der bestehenden Handelsordnung profitiert (sogar von den enormen Handelsdefiziten seit einigen Jahrzehnten). Das Problem ist in der Tat, dass die Ursachen, die die USA vom System profitieren ließen, die Konkurrenz zu den USA gestärkt und auch die Position des US-Kapitals geschwächt haben, um diese

Vormachtstellung in der Zukunft sehr lange halten zu können. Dies ist der wahre Grund für die Bestrebungen einiger Teile der US-Bourgeoisie (die hinter der Trump-Administration stehen), das bestehende Handelsregime in Frage zu stellen. Ihr Hauptangriffsziel ist in der Tat China, gefolgt von einem möglichen EU/Russland-Block unter deutscher Führung als zweitem Kandidaten.

Es stimmt zwar, dass die USA im Moment ein jährliches Handelsbilanzdefizit von 800 Mrd. Dollar einfahren, doch wird dieses andererseits aufgewogen durch einen Überschuss im Dienstleistungssektor (250 Mrd.), einen Nettoeinkommenszufluss (v. a. Profite) von 150 Mrd. und einen Nettokapitalinvestitionszustrom (400 Mrd.). Die beiden letzten Phänomene bedeuten, dass auf der einen Seite „die Welt“ (besonders China, Japan und Deutschland) gewillt ist, zur Finanzierung der US-Importe (ihrer Exporte) massiv Kredit zu gewähren. Zum anderen sind die USA gleichzeitig eine/r der wenigen BürgerInnen, der/die zugleich eine/n der größten EmpfängerInnen von Profiten und Zinseinkünften aus dem Ausland darstellen. In gewissem Sinn funktioniert das US-Modell wie eine gigantische Investmentbank: zu niedrigem Zinsfuß borgen und zu viel höherem ausleihen.

Internationales Währungssystem und Konkurrenz

Offensichtlich basiert diese profitable Position des US-Kapitals auf seiner Rolle als Welthegeemon, als Zentrum der Finanzmärkte, als Dominator des auf Regeln beruhenden Welthandels und nicht zuletzt als Eigentümer der zentralen Weltreservewährung Dollar. Mit dem Zusammenbruch von Bretton-Woods in den frühen 70er Jahren kann man pointiert sagen, dass das Weltwährungssystem endlich vom Goldstandard zum System einer „US-Goldkreditkarte“ übergegangen ist. Ausgehend von den großen Auslands-Dollar-Vermögenswerten der Rohstoffexporteure („Petrodollars“) entwickelte sich das Währungssystem zu einer

Beziehung, in der ein wachsender Anteil des Dollars durch US-Auslandsverschuldung gestützt wird. Auf diese Weise beruht das ganze System auf dem Vertrauen in die große „Kreditkarte“ der USA, indem es die Geldexpansion auf Weltebene auf die steigenden Defizite der USA aufbaut (nicht nur die Handelsdefizite; die USA sind mit Abstand die größte Schuldnerin mit mehr als 8 Billionen Dollar) und schließlich auf das Vertrauen, dass das amerikanische Finanzsystem bei Bedarf auch liquide sein wird.

Die HauptgläubigerInnen der USA sind China, Japan und mehrere EU-Staaten. Die berühmten 3 Billionen Dollar, die China als Währungsreserve hält, sind für das Land nicht nur positiv. Tatsächlich wird ein großer Teil des Überschusses, den China erzielt, unproduktiv in diesen Reserven angesammelt. Einer der wichtigsten positiven Effekte für China besteht darin, die Währung stabil zu halten und sie gegen Kapitalabflüsse sowie gegen Aufwertungsdruck zu verteidigen. Für viele Länder ist die riesige Menge an Dollarreserven, die sie halten müssen, eine große Belastung für ihre Entwicklung, die sie zum Zwecke der Stabilität in Kauf nehmen müssen. Man sieht die Auswirkungen daran, dass aus politischen Gründen Länder wie die Türkei und Argentinien ihre Dollarreserven viel stärker reduziert haben als andere – und das Problem sofort in ihrer neuen Wirtschaftslage spüren.

Kein Wunder, dass es mehrere Gründe und verschiedene Bestrebungen gibt, die „US-Goldkreditkarte“ loszuwerden. Seit einiger Zeit sind der Euro und der Yen in der Tat zu Ersatzwährungen aufgerückt und erhalten einen stetig steigenden Anteil. Nicht nur im Zusammenhang mit Abkommen mit der Initiative Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) versucht auch China, den Yuan (Renminbi) als Ersatzwährung zu fördern und damit die unproduktive Masse an Dollarreserven abzustößen. Der Trend ist hier sehr deutlich und beängstigend für die US-Vorherrschaft: Während in den 1990er Jahren noch drei Viertel der Weltreserven in US-Dollars

bestanden, ist dieser Anteil heute auf unter 65 % gefallen, mit einem klaren Trend zum Ende der Dollar-Dominanz.

Aber nicht nur der Dollar ist in Gefahr. Die angenehme Rolle eines größten Weltschuldners und Herrschers der Finanzmärkte hat die US-Dominanz in wichtigen Industriesektoren untergraben. D. h. die Verlagerung vieler Branchen nach China, Japan oder Europa birgt in der Tat die Gefahr, dass sich diese WettbewerberInnen in der „Wertschöpfungskette“ auch in Wirtschaftszweigen klettern, die den USA vorbehalten schienen.

Aufholen der Konkurrenz

Auch in der IT- und Hightechbranche spüren US-Unternehmen inzwischen den Atem des Drachen – Bedrohung für die nationale Sicherheit! Eine der gewinnbringendsten Maßnahmen der Globalisierungsphase war die Entwicklung großer internationaler Liefer-/Produktions-/Handelsketten, der so genannten Wertschöpfungsketten. Der Welthandel hat Produktions-/Logistik-/Entwicklungskapazitäten intensiv über die Grenzen hinweg vernetzt, nicht nur extensiv. Die deutsche Automobilindustrie hat ihre Hauptproduktionsstandorte in den osteuropäischen Ländern und verbindet sie eng und zeitnah (just in time) mit den zentralen Werken in Deutschland selbst. Die Krise von 2008/2009 konnte einige dieser Wertschöpfungsketten nur kurz unterbrechen. Insbesondere die deutschen und chinesischen Industriekomplexe haben diese Wertschöpfungsketten in den letzten Jahren erweitert. Mit dem chinesischen Projekt der neuen „Seidenstraße“ besteht sogar eine strategische Möglichkeit, die Lieferketten dieser beiden regionalen Blöcke zu verbinden. Ein weiteres Element besteht im Potenzial der russischen Energiekomplexe als wichtigem Lieferanten von Gas und Öl für diese beiden Blöcke (siehe die Sorgen der USA über die neuen Gasleitungen von Russland nach Deutschland).

Die US-Industrie ist in diesem Wettbewerb um das Knüpfen effektiver Wertschöpfungsketten zurückgefallen. Ihr bisheriges

Hauptprojekt war der NAFTA-Block. Da dies seine Grenzen im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem China- und dem deutschen Block zeigt, versucht die Trump-Administration offensichtlich, Kanada und Mexiko zu Abkommen mit weiter verschlechterten Bedingungen zu zwingen. Ein weiteres Ziel der US-Bourgeoisie ist die Aufhebung der Beschränkungen, direkt in China zu investieren und das Land mit US-Investitionen zu durchdringen. Das würde es ihr ermöglichen, ihre bereits bestehenden Lieferketten, z. B. in der IT-Branche, unter ihrer direkteren Kontrolle auszubauen. Beide Projekte können nur unter hohem politischen Druck erreicht werden.

All diese Faktoren erklären, warum das US-Kapital derzeit offen als aggressiver Imperialist agieren muss, wobei Trump als Präsident die geeignetste Figur ist, diese Rolle zu verkörpern. Es muss auch einen enormen inneren Widerstand überwinden. Der Handelskrieg, den Trump jetzt führt, trifft auch die US-Industrie stark. Die Zölle auf Aluminium wirken wie eine Steuer auf eine große Menge von Produkten (97 % der Aluminiumindustrie in den USA verarbeitet tatsächlich importiertes Aluminium). Die Vergeltungszölle werden ebenfalls wehtun. Ein vollständig ausgeweiteter Handelskrieg wird in der Tat bald den Welthandel verringern und die gegenwärtige Erholung treffen, wobei der IWF eine um 1 % geringere Wachstumsrate erwartet. D. h. die Maßnahmen könnten bald zu einem Zusammenbruch des Zyklus und zu einer neuen Rezession führen. Das wird die Teile der US-Bourgeoisie, die hinter der aggressiven Politik stehen, nicht einschüchtern: Sie werden dies als ein notwendiges Übel betrachten, das die US-KonkurrentInnen am meisten treffen und die USA wieder in eine Position bringen wird, in der sie die Regeln des Welthandels und der Kapitalströme diktieren können.

Kampf um die Neuaufteilung der Welt

Die Katastrophe des G7-Gipfels in Kanada, das Fehlen eines Kompromisses bei den Zollstreitigkeiten sowie die

internationalen Turbulenzen um den Ausstieg aus dem Iran-Atomabkommen (das zu schweren Wirtschaftssanktionen z. B. gegen europäische Unternehmen wie Airbus führen könnte) – all dies bedeutet, dass wir in eine heiße Phase politisch/wirtschaftlich scharfer Kontroversen zwischen den USA und dem Rest der Welt eintreten. Im Moment ist nicht klar, ob, wie und bis zu welchem Grad die anderen ImperialistInnen zusammenarbeiten werden, um der US-Aggression zu begegnen. Es könnte einige geben, die versuchen, den Konflikt zu beruhigen und spezielle Vereinbarungen zu treffen (wie es Australien bereits getan hat). Deutschland versucht nach wie vor zu verhandeln und die aggressivere französische Linie zu mäßigen (Angst vor Zöllen auf deutsche Autos). Auch China und Japan scheinen einen offenen Konflikt noch zu vermeiden. Kanada und Mexiko werden an vorderster Front stehen, da sie unmittelbar vom NAFTA-Streit betroffen sind. So könnte es Trump am Ende gelingen, seine Agenda durchzusetzen, indem er alle anderen spaltet, bevor der Handelskrieg wirklich eskaliert. Auf der anderen Seite war Trumps Umkippen des G7-Gipfels keine kluge Tat. Zusammen mit dem Treffen der SOZ könnten sich die USA einer weitaus größeren Anti-US-Front gegenübersehen, als sie vielleicht gedacht haben. Vielleicht sind wir Zeugen des Anfangs des Endes der US-Hegemonie, mit Trump als ähnlichem Sinnbild wie ein dekadenter römischer Kaiser.

Pakistan: Taktik bei den Wahlen zum Parlament

[*Revolutionary Socialist Movement*](#), 8. Juli 2018 , Infomail 1011, 10. Juli

Die Parlamentswahlen in Pakistan am 25. Juli finden vor dem

Hintergrund politischer Turbulenzen im ganzen Land statt. Wer auch immer gewinnt, es ist unwahrscheinlich, dass das Ergebnis das politische Gefüge stabilisiert, selbst innerhalb der herrschenden Klasse. Im Gegenteil, der Machtkampf zwischen ihren verschiedenen Flügeln und zwischen den verschiedenen Institutionen des Staatsapparates wird weitergehen.

Sicher vorherzusagen sind auch weitere massive soziale Angriffe auf die Massen in Form des „Kriegs gegen den Terror“, Privatisierungen, Verschuldung und Angriffe auf demokratische Rechte. Wir müssen uns auch weitere Schritte in Richtung einer autoritäreren Herrschaftsform einstellen.

Dennoch werden die Wahlen das öffentliche Interesse an politischen Fragen wecken und die ArbeiterInnenbewegung muss dies nutzen, um sich auf die bevorstehenden Angriffe vorzubereiten. Die Tatsache, dass es keine ArbeiterInnenpartei mit wirklichen Wurzeln in der Klasse gibt, ist Beweis genug für die schwere Krise der Führung und politischen Orientierung auf allen Ebenen. Wir müssen die Wahlperiode nutzen, um zwei entscheidende Aufgaben anzugehen.

Die erste und unmittelbarste davon ist die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Kampf gegen die kommenden Angriffe auf die Beine zu stellen. Wir rufen alle Gewerkschaften, Bewegungen der Unterdrückten und KandidatInnen der ArbeiterInnenklasse und des Massenkampfes auf, ihre Anstrengungen zu vereinen und eine solche Einheitsfront zu schaffen.

Die zweite Aufgabe besteht darin, die Arbeit am Aufbau einer Massenpartei der ArbeiterInnenklasse voranzutreiben. Selbst um Angriffe abzuwehren, ist es notwendig, nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch vom Militär und der Justiz völlig unabhängig zu sein. Bei den Wahlen selbst bedeutet dies, den KandidatInnen solcher Parteien keinerlei Unterstützung zu gewähren, auch wenn sie sich „demokratisch“, „populär“ oder gar „sozialistisch“ nennen.

Obwohl es keine Partei mit wirklichen Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse gibt, die im ganzen Land KandidatInnen aufstellen kann, gibt es in einigen Distrikten KandidatInnen linker Organisationen, die behaupten, proletarisch oder sogar sozialistisch zu sein. Wo diese wirklich Kampagnen und Kämpfe der ArbeiterInnen und Unterdrückten repräsentieren, können wir sie kritisch unterstützen, auch wenn ihre Programme und Politik begrenzt oder unzureichend sind.

Wo KandidatInnen der AWP (Awami Workers Party), der Barabri-Partei, der ArbeiterInnen- und Bauernpartei MPK, oder VertreterInnen von Massenkämpfen der ArbeiterInnen und Unterdrückten unabhängig von den bürgerlichen Parteien stehen, geben wir ihnen kritische Unterstützung. Eine Stimmabgabe für solche KandidatInnen kann ihren Kämpfen Ausdruck verleihen und die Moral unter ihren AnhängerInnen erhöhen.

Das gilt zum Beispiel für Ali Wazir, der ein führender Vertreter des Paschtun Protection Movement (PTM) ist und massenhaft unterstützt wird. Er steht nicht als Kandidat der PTM, weil ihre Führung sich weigert, offizielle KandidatInnen aufzustellen, um einen Konflikt mit den bestehenden bürgerlichen PaschtunInnenparteien zu vermeiden. Wir sind nicht dieses Zögern entschieden ab, offen mit bürgerlichen Parteien der PaschtunInnen zu brechen und betrachten Ali Wazirs Kampagne als eine Gelegenheit, für Klassenunabhängigkeit und eine ArbeiterInnenpartei zu kämpfen.

Wir sehen dieselben prinzipienlosen Wahlkombinationen wie bei der Führung des PTM bei einigen KandidatInnen der Awami Workers' Party (AWP), die in der Provinz KPK Allianzen mit offen bürgerlichen Parteien, der Pakistan People's Party (PPP) und der National (Qaumi) Watan Party eingegangen sind. Solche KandidatInnen, deren gesamte Kampagnen eine Ablehnung der Notwendigkeit politischer Unabhängigkeit darstellen, sollten nicht unterstützt werden. Ebenso wenig sollten wir KandidatInnen die Stimme geben, die auf unzulänglichen Plattformen stehen, auch wenn sie als sozialistisch bezeichnet

werden, wo sie niemanden außer sich selbst vertreten.

Wir geben nur kritische Unterstützung, denn keine/r dieser KandidatInnen steht auf einem revolutionären Programm, die meisten beschränken sich auf Forderungen nach rechtlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformen. Diese sind zwar eindeutig unterstützenswert, aber als Strategie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme im Interesse der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten völlig unzureichend. Viele KandidatInnen vermeiden es sogar, die wirklich zentralen Themen wie den Kampf gegen militärische Operationen, imperialistische Plünderung, nationale und soziale Unterdrückung oder Angriffe auf demokratische Rechte zu erwähnen.

Einige, wie Ali Wazir, argumentieren, dass eine soziale Revolution notwendig ist, selbst um die unmittelbaren Bedürfnisse zu befriedigen, legen aber dennoch kein Übergangsprogramm vor, das solche Forderungen mit der Eroberung der Macht verbinden kann. Deshalb unterstützen wir diese KandidatInnen nicht wegen ihrer Programme, sondern trotz ihrer.

Wir verbinden unsere Kritik mit konstruktiven Forderungen und Vorschlägen für den Aufbau einer wirklichen ArbeiterInnenpartei. Gerade weil sie eine gewisse Massenunterstützung haben, sollten diese KandidatInnen und ihre Parteien die Initiative ergreifen sowohl im Kampf um die unmittelbaren Probleme als auch bei der Gründung einer solchen Partei mit wirklichen Wurzeln in den Gewerkschaften und Betrieben, unter den Jugendlichen und in den Kämpfen der Frauen und anderen unterdrückten Schichten.

Wir, die Revolutionary Socialist Movement, werden alle Schritte zu einer Einheitsfront des Kampfes und für eine ArbeiterInnenpartei unterstützen. Wir werden argumentieren, dass die Partei von Anfang an unabhängig von allen bürgerlichen Kräften sein muss und sich auf ein revolutionäres

Aktionsprogramm stützen sollte, das die Tageskämpfe mit der sozialistischen Revolution in Pakistan verbindet.